

Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert: Für einen neuen Generationenvertrag

5. Auflage (2017)

von Jürgen Rüttgers

Vorwort

Obwohl viele Wissenschaftler und Politiker schon früh auf die Brisanz des Themas „Demografischer Wandel“ hingewiesen und politisches Handeln eingefordert hatten¹, ist zu lange zu wenig geschehen. Warum ist das so, fragte ich mich. Nachdem ich die folgende Studie auf meiner Website bei der Universität Bonn veröffentlicht hatte, war ich überrascht und erfreut über die große Resonanz. Zwar ist das Projekt „Demografischer Wandel“ noch lange nicht überall angekommen, aber die Politik nimmt sich des Themas an. Dies haben mir die vielen Veröffentlichungen gezeigt, die ich für die 5. überarbeitete Auflage ausgewertet habe. Die Bundesregierung hat verschiedene Detailvorschläge durch die zuständigen Bundesminister vorgelegt. Alle Parteien haben im Wahlkampf 2013 in ihren Wahlprogrammen das Thema aufgerufen. Wirtschaft und Gewerkschaften begründen ihre Forderungen häufig mit der Notwendigkeit, den demografischen Wandel zu gestalten. Auf meine Vorschläge in den früheren Auflagen, das Renteneintrittsalter abzuschaffen, gab es unterschiedliche Reaktionen. Während in den öffentlichen Kongressen und Veranstaltungen die Idee

¹ Siehe Meinhard Miegel, Sicherheit im Alter, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, Stuttgart, 1. Aufl., 1981

Zustimmung fand, reagierten die Sozialwirtschaft, die Sozialverbände und die mittelständische Wirtschaft eher ablehnend. Der frühere Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering hielt es für möglich, das Renteneintrittsalter flexibel zu gestalten.² Gefreut habe ich mich darüber, dass der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Gesamtmetall Martin Kannengiesser und der Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber sich in einem Interview dem Vorschlag angeschlossen haben.³

Das Thema „Altersarmut“ insbesondere bei Frauen hat in den letzten Jahren Fahrt aufgenommen und mündete in der Mütterrente. Laut und vernehmlich wird darüber gestritten, ob eine Altersarmut droht oder ob nicht eher die Jungen ein Armutsproblem haben. Denn für diejenigen, die heute 65 Jahre alt sind, ist die materielle Versorgung günstig – wenngleich diese Altersgruppe dennoch von der Sorge um drohende Altersarmut umtrieben ist.⁴ Der renommierte Forscher Prof. Axel Börsch-Supan hält die Diskussion sogar für eine „Gespensterdebatte zum Schaden der gesetzlichen Rente“⁵. Stattdessen beklagt er die Absenkung des Rentenniveaus in den vergangenen Jahren. Als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium schlägt er zusammen mit Achim Wambach und Friedrich Beyer vor, die Einstellungsbedingungen zu erleichtern und die Erwerbsquote von Frauen und Älteren zu erhöhen.

² Franz Müntefering, Schlaglöcher in der Sackgasse, Handelsblatt, 21. März 2012, S. 72. In einem Grundsatzartikel zur Rentenpolitik ging er auf die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die vielfach gefordert wird, nicht ein; siehe S. 19 dieser Studie

³ Martin Kannengiesser, Berthold Huber, „Maloche macht die Menschen kaputt“, Süddeutsche Zeitung 22. Dezember 2011, S. 20; siehe S. 95, a. A. Andreas Kruse, Arbeitnehmer sollte ab 50 selbstständig über die Arbeitszeit entscheiden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 2012, S. 10

⁴ Vgl. Bundesregierung, Lebenslagen in Deutschland, Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, S. XXIX.

⁵ Axel Börsch-Supan, Eine Gespensterdebatte zum Schaden der gesetzlichen Rente, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 2012, S. 13.

Ziel muss nach dieser Ansicht möglichst 40 Jahre Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenkasse sein.⁶ Nun hat durch die Verabschiedung von Vorruhestandsprogrammen, die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten, die Rente mit 67 u. a. und sich auch durch die öffentliche Debatte der Trend zu einem früheren Renteneintritt verändert. Es gibt aber auch Debatten, die zur Rücknahme bereits beschlossener Veränderungen auffordern (Rente 67, frühes Abitur, G8).

Zwar scheint unstrittig zu sein, dass in Zukunft verschiedene Bevölkerungsgruppen von Altersarmut bedroht sind, wenn keine Anpassungen der heutigen Systeme vorgenommen werden. Eine Antwort auf dieses Problem gibt es aber noch nicht.

Franz Xaver Kaufmann weist mit Recht darauf hin, dass Politiker dazu neigen, „nur das Problem anzuerkennen, was sie als politisch handhabbar einschätzen.“⁷ Hinzu kommt, dass „demografische Probleme Wahlperioden sprengen, ja sogar langjährige Regierungszeiten. Ihre Wirkungen entfalten sich nur sehr allmählich; und sie produzieren in der Regel keine dramatischen Momente, welche die Politik zu Handeln hier und jetzt herausfordern“.⁸ Demnach wäre eine Strategie falsch, die auf das Drohen mit Mega-Problemen setze, ohne Gestaltungswege aufzuzeigen. Die demografischen Veränderungen seien politisch gestaltbar.⁹

⁶ Regierungsberater: Altersarmut ist derzeit kein großes Problem, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Februar 2012, S. 11. Börsch-Supan geht davon aus, dass die Lebensarbeitszeit wegen der steigenden Lebenserwartung verlängert werden muss; siehe auch: „Frührentner werden schneller alt“, Süddeutsche Zeitung, 28. November 2012, S. 18.

⁷ Franz-Xaver Kaufmann, *Schrumpfende Gesellschaft*, Bonn 2005, S. 160.

⁸ Franz-Xaver Kaufmann, a. a. O., S. 34.

⁹ Deutschland könnte Demographie trotzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 05. März 2013, S. 11.

Deshalb sollen in der 5. Auflage dieser Studie auch neue Themen aufgegriffen werden, die im Laufe der letzten Zeit sich als relevant für die Bewältigung des demografischen Wandels gezeigt haben.

Dazu gehört die notwendige Anpassung des Arbeitsrechts, die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes, das Ausweichen der Kommunalpolitik bei der Umgestaltung der Infrastruktur, größere Anstrengungen beim Thema Innovationen.

Ich bin mir sehr bewusst, dass bei einem Langzeitprojekt wie dem demografischen Wandel die Gefahr besteht, dass prognostizierte Entwicklungen anders als erwartet eintreten. Darauf weist nicht zuletzt völlig zu Recht Professor Thomas Straubhaar in seiner Mut machenden Analyse zum demografischen Wandel hin. Sein Plädoyer lautet: Anstatt sich in Fatalismus zu ergehen und jede Prognose der Bevölkerungsentwicklung als Bestätigung eines Negativtrends zu betrachten, solle der demografische Wandel kritisch hinterfragt und konstruktiv begleitet werden.¹⁰ Andere Stimmen gehen sogar noch weiter. Hannes Weber mahnt, dass der demografische Wandel nicht zur generellen Erklärung für Fehlentwicklungen in der Renten-, Arbeits- und Sozialpolitik missbraucht werden dürfe.¹¹ Auch Entwicklungen wie den Bevölkerungsschwund im ländlichen Raum löst Weber argumentativ von der generellen Demografiedebatte. Denn, so postuliert er, dieser Trend sei nicht spezifisch auf den ländlichen Raum anzuwenden, da die Geburtenziffer in den Städten nicht höher liege. Im Gegenteil: Mit dem

¹⁰ Vgl. Thomas Straubhaar, „Der Untergang ist abgesagt“. Wider die Mythen des demografischen Wandles, Hamburg 2016.

¹¹ Vgl. Hannes Weber, Demographie als Problem und als Lösung, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Oktober 2016, S. 6.

demografischen Wandel hätte sich auch einiges zum Positiven verändert, wie beispielsweise ein höherer „Pro-Kopf-Lebensstandard“.¹² Eine andere These geht davon aus, dass Gesellschaften, die den demografischen Wandel in Richtung einer alternden Bevölkerung durchleben, finanzpolitisch eher zu einer Deflation als zu einer Inflation neigen würden. Denn die ältere Generation, so die Annahme, würde mehr sparen und würde daher Wert auf hohe Zinsen legen, während jüngere Generationen eher eine lockere Geldpolitik mit niedrigen Zinsen unterstützen würden.¹³ Hierzu passt auch, dass Senioren eher geneigt sind, ihr Vermögen in Aktien und Anleihen anzulegen.¹⁴ Einige dieser Analysen und Prognosen in diesem Zusammenhang sind zweifelsohne kritisch zu hinterfragen.

Das menschliche Leben ist oft vielfältiger, als noch so gute Wissenschaft voraussagen kann. Aber letztlich kann kein Zweifel daran bestehen, dass die alternde Bevölkerung immense Herausforderungen mit sich bringt: Wer sich hierbei nicht beteiligt, die notwendigen Veränderungen zu gestalten, versündigt sich gegenüber der Zukunft.

In diesem Bewusstsein will die Studie einige konkrete Ansatzpunkte aufzeigen, um den notwendigen Wandel zu gestalten:

- Deutschland braucht einen neuen Generationenvertrag, der nicht nur – wie bisher – zwei, sondern drei Generationen umfasst: Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige und Rentner.

- Wir brauchen eine Erziehungs- und Bildungsrente.

¹² Vgl. ebd.

¹³ Vgl. Philip Plickert, Die Geldpolitik sieht grau, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. April 2015, S. 18.

¹⁴ Vgl. Daniel Mohr, Senioren sind die aktiveren Anleger, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juli 2014, S. 19.

- Wir können den drohenden Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen stoppen und umkehren.
- Wir können ein flexibleres System sich ergänzender Alterseinkommen zur Verhinderung von Altersarmut einführen.
- Wir brauchen eine Mindestrente.
- Unser Rentensystem muss transparenter werden.
- Kindererziehung muss auch bei der Rente berücksichtigt werden.
- Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenbezug müssen flexibler gestaltet, das gesetzliche Renteneintrittsalter abgeschafft werden.
- Die demografischen Herausforderungen lassen sich nicht allein durch Zuwanderung bewältigen. Es gibt aber in Europa viele junge, gut ausgebildete Menschen, die Arbeit suchen.
- Wir müssen eine generationengerechte Lebenswelt aufbauen.
- Deutschland braucht eine Strategie der Haushaltskonsolidierung und des Wachstums, um die Kosten des demografischen Wandels bewältigen zu können.

Über weitere Vorschläge, aber auch über kritische Anmerkungen würde ich mich freuen.

Demografischer Wandel: Bedrohung oder Chance?

Obwohl die Zahl der Geburten in Deutschland im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr wieder angestiegen ist, ändert dies nichts daran, dass seit 1972 mehr Menschen gestorben sind als Kinder geboren wurden.¹⁵ Zwar war die Geburtenziffer mit 1,5 Kindern je Frau seit 1982 nicht mehr so hoch, was vor allem auf mehr Zuwanderung zurückgeführt wird, jedoch beschreibt dies nicht eine Wende der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland.¹⁶ In rund 25 Jahren lebt in Deutschland womöglich „die älteste Bevölkerung der Welt“¹⁷.

Seit Jahrzehnten diskutiert Deutschland über Gastarbeiter und Facharbeiter, über Zuwanderung und Auswanderung, über Bevölkerungsexplosion und Bevölkerungsrückgang, über eine älter werdende Gesellschaft und den demografischen Wandel. Unzählige Bücher und Aufsätze wurden darüber geschrieben, viele Interviews gegeben. Kommissionen wurden eingesetzt und Berichte erarbeitet. Alles ist bekannt.

Diskutiert wurde viel. Langsam bahnt sich das Thema seinen Weg auf die politische Agenda.¹⁸

¹⁵ Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 225/16 vom 30. Juni 2016.

¹⁶ Vgl. o. V., Einwanderer treiben Geburtenrate hoch, Frankfurter Allgemeine Zeitung 18. Oktober 2016, S. 17.

¹⁷ So eine Prognose des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1999; zit. nach: Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 142.

¹⁸ Hier sei auf die im Jahr 2012 von der Bundesregierung vorgelegte und sukzessive weiterentwickelte Demografiestrategie hingewiesen. Siehe hierzu: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/StatischeSeiten/Breg/Demografiestrategie/Artikel/2015-08-21-zusammenfassung.html;jsessionid=72291DB1082C911A9A8EAD381315C7A5.s7t2>, abgerufen am 1. August 2016.

Fragt man Menschen auf der Straße nach den demografischen Veränderungen und ihren Folgen, sehen die meisten mehr Risiken und Probleme als Chancen.¹⁹ Ihnen fallen häufig nur wenige Stichworte ein: „Pflegeversicherung“, „Rente mit 67“ und – seit einiger Zeit zunehmend – „Altersarmut“. Andere – wie Roland und Andrea Tichy – sehen weitreichendere Folgen: „[D]er unaufhaltsame, sich von Tag zu Tag beschleunigende Verfall unserer Bevölkerung, die Überalterung unserer Gesellschaft, die graue Revolution wird das Antlitz Europas stärker verändern als die Französische, die Russische oder die osteuropäische Revolution, wird größere gesellschaftliche Veränderungen anrichten als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen.“²⁰

Es wird Zeit, zu handeln. Jedes Jahr, das vergeht, ohne den demografischen Wandel aktiv zu gestalten, wird Deutschland teuer zu stehen kommen.

Wir müssen zwischen zwei alternativen Wegen entscheiden.

Was geschieht, wenn nichts geschieht?

Die „mächtige Industrie der Alterslosigkeit“²¹ wird dann weiter obsiegen. Sie wird dafür sorgen, dass der Jugendwahn weitergeht – in der Werbung, der Sprache, der Moral. Schon in den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts hieß es: „Traue keinem über 30“. Mit 40 bekam man Depressionen, weil man nicht mehr jung war. Heute müssen viele 30-Jährige noch zu Hause wohnen, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten können. Das Studium dauert und kostet. Und junge Akademiker

¹⁹ Vgl. o. V., Familienpolitik als Antwort auf alternde Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2012, S. 12.

²⁰ Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 10.

²¹ Ebd., S. 13.

mit Abschluss werden von Praktikum zu Praktikum geschickt. Ohne ein festes Einkommen ist an Heirat und Kinder nicht zu denken. Viele können sich nur über Wasser halten, wenn Eltern und Großeltern ihnen finanziell aushelfen.

Die „jungen Alten“ sind aktiv, gut drauf, weltweit unterwegs, sportlich und fit. Sie dürfen alles sein, nur nicht alt und weise. Sie brauchen Cremes und Tinkturen, damit nur ja kein Fältchen ihre Gesichtshaut verunstaltet. Sie sind von morgens bis abends aktiv und konsumfreudig vom Wochenanfang bis zum Wochenende. Das Fernsehen umwirbt die 14- bis 49-Jährigen. Nur diese Bevölkerungsgruppe ist relevant – werberelevant. So hat es der ehemalige RTL-Chef Helmut Thoma gesagt.²² Und alle reden es ihm nach. Aber die Zahl der Erwerbstätigen bei den 55- bis 64-Jährigen ist in keinem anderen EU-Land so stark gestiegen wie in der Bundesrepublik, das ist vor allem dem demografischen Wandel geschuldet. Diejenigen, die jedoch auch nach Vollendung des 65. Lebensjahres weiterarbeiten tun dies meist zusätzlich zu ihrer Rente oder im Rahmen eines sogenannten Minijobs.²³ Den jungen Alten geht es gut. Doch die Jungen haben, wenn sie alt sind, eine schlechte Altersversorgung. Dafür dürfen 16-Jährige nun bei Landtagswahlen in Brandenburg, Schleswig-Holstein sowie den Stadtstaaten Bremen und Hamburg wählen – in weiteren Landesparlamenten wird dies diskutiert.

²² Vgl. Helmut Sendlmeier, Helmut Thoma und die Steinlaus, manager magazin Online vom 11. März 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,681006,00.html> (abgerufen am 11. April 2011).

²³ Vgl. Thomas Öchsner, Jenseits der 60 ist seltener Schluss, Süddeutsche Zeitung 16. Juli 2015.

Der Kampf „Alt gegen Jung“ wird immer stärker. Alte beschwerten sich, wenn es im Kindergarten nebenan zu laut ist, der Kindergarten, in den sie vielleicht einst ihre eigenen Kinder geschickt haben.²⁴ Es gibt Altenpolitiker, die Kinderstimmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz messen wollen. In den zahlreichen Debatten über die Reformen der sozialen Sicherungssysteme bricht ein Verteilungskampf aus. Ab wann, so fragen sich die Jungen, lohnt es sich nicht mehr, Alten noch neue Herzschrittmacher, Hüft- oder Kniegelenke einzusetzen? Angesichts der entsprechenden Debatten ist bereits von einem „Krieg der Generationen“²⁵ die Rede.

Der Staat muss immer mehr als Altenpfleger eingreifen, weil in den bestehenden Kleinfamilien niemand mehr da ist, der die Betreuung der Alten übernehmen kann. Wer keine Kinder hat, hat auch niemanden, der ihn pflegt. Inzwischen gibt es auch einen schwarzen Markt für Frauen aus Osteuropa, die in Privathaushalten alte Menschen betreuen. Schätzungen von Fachleuten gehen davon aus, dass zwischen 100.000 und 150.000 Frauen in deutschen Seniorenhaushalten arbeiten. Viele sind unterbezahlt. Der Lohn ist sittenwidrig. Vermittler kassieren große Teile des Lohns.²⁶ Dazu kommt der weiter fortschreitende Trend zur Individualisierung. Er führt dazu, dass sich vor allem junge Menschen immer mehr aus familiärem und sozialem Engagement zurückziehen.²⁷ Die Kosten für die Altenpflege sind mit einer Normalrente nicht mehr zu zahlen. Deshalb wurde der Beitrag für die Pflegeversicherung in einer ersten großen Reform seit 20 Jahren zum 1. Januar 2015 um 0,3

²⁴ Vgl. Marten Hahn, Wer schreit, hat Recht, Frankfurter Rundschau, 10. Februar 2011.

²⁵ Günther Lachmann, Krieg der Generationen, Welt am Sonntag, 10. August 2003.

²⁶ Nina von Hardenberg, Alicia geht auf Dienstreise, Süddeutsche Zeitung, 28./29. Dezember 2013, S. 5.

²⁷ Vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 87f.

Prozentpunkte für die Versicherten angehoben. Hierdurch soll ein Pflegevorsorgefonds aufgebaut werden²⁸ Fraglich bleibt, ob diese Reform ausreicht oder, ob die große Mehrheit der Pflegebedürftigen eine Versorgung auf niedrigstem Niveau erhalten wird, während sich nur ganz wenige Wohlbetagte exzellente Leistungen erkaufen können.²⁹ Wer alt ist und staatliche Hilfe braucht, verfügt nur noch über ein Taschengeld. Die kommunalen Kassen explodieren. Die Bürgermeister stöhnen unter der Last der Pflegekosten. Sie haben zu wenig Geld für die Bildung der Jungen. Gleichzeitig steigen die Abwasser- und Müllentsorgungsgebühren. Denn: Die Kosten bleiben gleich, müssen aber auf immer weniger Köpfe verteilt werden.³⁰ Die Sozialabgaben insgesamt werden im Jahr 2017 die Marke von 40 Prozent überschreiten.³¹

Die Folge dieses Weges wird sein, dass es uns in Deutschland heute gut und morgen schlechter geht. Der Lebensstandard mag im Durchschnitt gleich bleiben. Aber einige werden reicher und viele relativ ärmer. Diejenigen, die keine durchgehende Berufsbiografie haben, werden mit Altersarmut kämpfen – vor allem Frauen. Ein erster Ansatz dem entgegenzuwirken ist die „Mütterrente“, die Erziehungszeiten auf die Rente von Frauen anrechnet. Diese soll nun sogar noch ausgeweitet

²⁸ Vgl. Die Welt, Erste große Reform nach 20 Jahren, 30. Mai 2014, S. 10.
Vgl. Guido Bohsem, Die CSU und ihre Konkurrenz-Pflegereform, Süddeutsche Zeitung, 12. September 2011, S. 7.

²⁹ Vgl. Christian Elger, „Arbeit und Alter nicht ausschließen“, Interview in der Kölnischen Rundschau, 3. März 2012, S. 22.

³⁰ Vgl. Frank Uferkamp, Kleinere Stadt, höhere Gebühr, Westdeutsche Zeitung vom 18. August 2011, S. 4.

³¹ Vgl. Kerstin Schwenn, Sozialabgaben steigen 2017 über die 40-Prozent-Marke, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juni 2016.

werden.³² Gleichwohl scheint die Gesellschaft desorientiert und die Gegenfinanzierung fraglich.

So kann es kommen, so muss es aber nicht kommen. Beim zweiten Weg geht es darum, was geschieht, wenn etwas geschehen soll?

Unsere Gesellschaft steht dann vor einer großen Anpassungsleistung.

Wir werden wieder länger arbeiten. So wie es früher einmal war. Der Ruhestand ist nämlich eine Einführung der Neuzeit. Er lag 1889 bei 70 Jahren – dort wo ihn zahlreiche Ökonomen auch heute wieder festsetzen wollen³³ 1950 wurde er auf 65 Jahre herabgesetzt.³⁴

Die Altersgrenze ist eine Altersversicherungsgrenze. Das wird so nicht bleiben. Wir werden lange, aber selbstbestimmter arbeiten. Im Durchschnitt wird jeder Arbeitnehmer mehr als nur rund 1.300 Arbeitsstunden im Jahr leisten müssen.³⁵

Nur einen Teil dieser Zeit arbeitet man im Betrieb oder Büro, je nach Notwendigkeit. Es kommt nicht mehr darauf an, wie lange man im Betrieb ist, sondern was man leistet. Es gibt eine Basisrente, die nicht politisch, sondern nach Leistung errechnet wird – so viel wie man eingezahlt hat. Gegen Altersarmut gibt es eine Mindestrente.

Viele junge Alte engagieren sich nach Eintritt in den Ruhestand in sozialen Hilfs- und Nachbarschaftsdiensten. Sie verdienen sich –

³² Vgl. o. V., CSU will Mütterrente ausweiten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, im Internet abrufbar unter: www.faz.net/agenturmeldungen/dpa/csu-will-muetterrente-ausweiten-14359303.html, (abgerufen am 7. August 2016).

³³ Philip Plickert, Viele Ökonomen für Rente mit 70, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 2016, S. 19.

³⁴ Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, Altersträume. Illusion und Wirklichkeit, Darmstadt 2007, S. 18, S. Wurm, F. Berner, C. Tesch-Römer, Altersbilder im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschehen (Apuz) 4-5/2013, S. 4.

³⁵ Vgl. J. Fuchs / M. Hummel / S. Klinger / E. Spitznagel / S. Wanger / G. Zika, Die Spuren der Krise sind noch länger sichtbar. Entwicklung des Arbeitsmarktes 2010, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Kurzbericht 3/2010, S. 3.

solange es geht – noch etwas dazu. Solche Teilzeittätigkeiten sind gesellschaftlich hoch anerkannt. In neuen Formen des Zusammenlebens helfen sich Menschen unterschiedlichen Alters. Die ältere Nachbarin wird zur „Ersatzoma“. Der junge Nachbar hilft bei kleineren handwerklichen Reparaturen. Pflegende Angehörige werden zu „Deutschlands größtem Pflegedienst“.³⁶

Die Frage, wofür man lebt, bekommt wieder eine zentrale Bedeutung. Das Leben soll nicht nur schön sein, sondern Sinn ergeben. Deshalb sind Freunde so wichtig wie die Familie.

All das erfordert ein Umdenken. Wir alle leben dann anders, aber besser. Die Wirtschaft funktioniert, weil es genügend Erwerbstätige gibt. Durch Reformen der sozialen Sicherungssysteme lassen wir auch in Zukunft keinen ins Bodenlose fallen. Für Kinder gibt es ausreichende und vielfältige Betreuungsmöglichkeiten, so dass der Nachwuchs nicht etwa als Belastung und „Karrierebremse“ empfunden wird. Die Menschen leben in attraktiven Städten mit einem barrierefreien und modernen Wohnangebot. Sie genießen das Flair des Urbanen genauso wie die Erholung in dem nahegelegenen Park. Unsere Gesellschaft hat sich von einer Industrie- zu einer kreativen Wissensgesellschaft gewandelt.

Um diese Zukunft zu gestalten, braucht Deutschland einen neuen Generationenvertrag. Dieser Generationenvertrag darf nicht nur das Rentensystem umfassen. Das Zusammenleben der Generationen, so wie es in Zukunft sein wird, muss sich in den staatlichen und gesellschaftlichen Grundentscheidungen widerspiegeln.

³⁶ Vgl. Matthias Wetzstein / Alexander Rommel / Cornelia Lange, Pflegende Angehörige – Deutschlands größter Pflegedienst, Robert Koch–Institut (Hrsg.), GBE kompakt 6/3 2015.

Die Bildungszeiten im Laufe des „Arbeitslebens“ werden ausgedehnt. Auch die alten Arbeitnehmer sind innovativ, weil sie ihre große Erfahrung einbringen. Unser Gesundheitssystem wird auf die Bedürfnisse älterer Menschen umgebaut.

Auch unsere Städte sind nicht mehr die Orte, in denen man einsam lebt. Neue Wohnformen zum Beispiel ermöglichen Alleinstehenden, zusammen mit anderen zu leben. Es gibt viele Dienstleistungsangebote, die es erlauben, selbstständig zu leben. Diese neuen Angebote werden von Teilzeitkräften erledigt, die sich etwas dazu verdienen. Sie arbeiten in Unternehmen, die gewinn- und gemeinnützig orientiert sind. Gemeinwohlorientiert, weil der Staat nicht alles organisieren und subventionieren kann. Gewinnorientiert, weil der Gewinn der Unternehmen dem sozialen Zweck zugutekommt. Ehrenamtliche Tätigkeiten bekommen eine ganz neue Bedeutung. Sie sind nicht nur zur Gestaltung der Freizeit und für Hilfe in Notlagen da. Sie gehören zu allen Lebensphasen. Hauptamtliche lernen mit Ehrenamtlichen, zusammen die Probleme zu meistern.

Die Familien werden noch wichtiger. Familie heißt, zusammen zu sein; heißt, Verantwortung zu übernehmen: jung für alt und alt für jung. Familien organisieren sich so, wie es allen hilft. Die alten Eltern helfen den jungen Eltern bei der Kinderbetreuung, damit diese Beruf und Familie besser miteinander verbinden können. Die jungen Eltern helfen den Großeltern, wenn sie krank sind.

Wenn zur Verhinderung von Altersarmut eine steuerfinanzierte Mindestrente eingeführt wird, dann muss für die junge Generation ein

Bürgerrecht auf Bildung gewährleistet sein, das sozialen Aufstieg möglich macht.

All das kostet Geld. Ja, es wird teuer. Nach Ansicht der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Stefan Moog weisen die öffentlichen Haushalte eine leicht verringerte, aber noch immer immense Nachhaltigkeitslücke von fast acht Billionen Euro auf.³⁷ Diese Lücke ergebe sich durch die Berechnung einer Schuldenquote, bei der die tatsächliche Staatsverschuldung im Verhältnis zum heutigen Bruttoinlandsprodukt betrachtet werde. Die tatsächliche Staatsverschuldung umfasse dabei sowohl die bereits in der Vergangenheit angehäuften Schulden als auch künftige Defizite, die sich voraussichtlich durch steigende Ausgaben in Form von Renten-, Gesundheits- und Pflegeleistungen ergeben würden.

Können wir uns diese Summe leisten? Und wie bezahlen wir das, wo wir doch die Kosten der Wiedervereinigung in Höhe von netto 1,6 Billionen Euro³⁸, die Kosten und Investitionen der Energiewende bis zu 30 Milliarden Euro jährlich³⁹ bis zum Jahr 2050 sowie die im Zuge der

³⁷ Vgl. Bernd Raffelhüschen / Stefan Moog, Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz. Was kostet eine solidarische Lebensleistungsrente?, Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Nr.131/2015, Berlin 2015, S. 7.

³⁸ So eine Studie der Freien Universität Berlin für den Zeitraum 1990 bis 2009; vgl. o. V., Die deutsche Einheit kostete 1,6 Billionen Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 2009.

³⁹ Vgl. Hans-Martin Henning / Andreas Palzer, Was kostet die Energiewende?, Wege zur Transformation des Deutschen Energiesystems bis 2050, Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, Freiburg i. B. 2015, S. 64. Vgl. auch: Sachverständigenrat für Umweltfragen, Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung, Sondergutachten, Berlin 2011. Volkswirte der staatlichen KfW-Bankengruppe gehen bis zum Jahr 2022 alleine von einem Investitionsbedarf in Höhe von 250 Milliarden Euro aus; vgl. Jürgen Flauger / Klaus Stratmann / Georg Weishaupt, Die wahren Kosten der Energiewende, Handelsblatt, 27. August 2011, S. 1.

Weltfinanzkrise und der Euro-Rettung entstandenen Schulden noch nicht bezahlt haben? Hinzu kommen Kosten im Zuge der Flüchtlingskrise. Eine sich verschlechternde Sicherheitslage machen zudem Investitionen nötig, die zuvor ausgeblieben sind. Und dennoch: Wir müssen jetzt anfangen mit dem Umbau unseres Landes für eine Gesellschaft, die zugleich schrumpft und wächst.

So sehen die Alternativen aus: Handeln oder Erdulden. Klar ist, unsere Gesellschaft verändert sich. Sie wird älter, kleiner und bunter.⁴⁰ Aber eine schlüssige Anpassungsstrategie ist nicht erkennbar.

Stattdessen erleben die Menschen viele Widersprüche zwischen ihrer Lebenswirklichkeit und den öffentlichen Verlautbarungen, zum Beispiel den Widerspruch:

- zwischen dem oftmals diagnostizierten Facharbeitermangel und der Tatsache, dass viele 50-Jährige keine Beschäftigung mehr finden, da sie angeblich zu alt für eine neue Arbeitsstelle sind,

- zwischen Frühverrentungsprogrammen und leeren Rentenkassen, die nur mithilfe von steuerfinanzierten Zuschüssen in zweistelliger Milliardenhöhe wieder aufgefüllt werden können⁴¹,

- und zwischen Jugendlichen, die trotz 50 und mehr Bewerbungen keinen Ausbildungsplatz finden, und der Forderung der Wirtschaft nach dem Zuzug neuer ausländischer Fachkräfte.

⁴⁰ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015.

⁴¹ Alleine im Jahr 2014 sind aus dem Bundeshaushalt Steuermittel in Höhe mehr als 60 Milliarden Euro in die Kasse der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt worden; vgl. Bundesregierung, Rentenversicherungsbericht 2015, S. 27.

Solche Widersprüche machen ratlos: „Wie soll man das verstehen, was die da oben sagen?“

Klar ist jedenfalls: Die Demografie erfordert einen weiteren Umbau unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Ordnung.⁴²

Die Herausforderung ist durch die Weltfinanzkrise, die Flüchtlingskrise, eine zunehmend angespannte Sicherheitslage und auch einer Europäischen Union nach dem Austritt Großbritanniens, erheblich größer geworden:

- weil der Staat durch die Bankenrettungsprojekte und die Konjunkturprogramme trotz steigender Steuereinnahmen⁴³, trotz „schwarzer Null“ massiv verschuldet bleibt,

- weil auch heute noch niemand absehen kann, ob die Konsolidierungsbemühungen in Griechenland die gewünschten Effekte erzielen werden, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) die beabsichtigte Wirkung entfaltet und inwieweit Garantien des geplanten Europäischen

⁴² Gustav Seibt (Methusalem wälzt sich heran wie ein Gewitter, Süddeutsche Zeitung, 13. August 2012, S. 11) vertritt die Ansicht, die Steuerungsmöglichkeiten der Politik seien begrenzt, weil entscheidende Weichenstellungen ... bereits Jahrzehnte zurück lägen. Diese Ansicht ist falsch. Zwar kann die Politik die Senkung der Geburtenrate nicht rückgängig machen, aber sie kann mit wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Gesellschaften gestalten und begrenzen.

⁴³ Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Kassenmäßige Steuereinnahmen nach Steuerarten in den Kalenderjahren 2010-2015, Berlin 2016, im Internet abrufbar unter:
http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Steuern/Steuerschaetzungen_und_Steuereinnahmen/2016-05-24-steuereinnahmen-nach-steuerarten-2010-2015.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen am 7. August 2016).

Stabilisierungsmechanismus (ESM) in Anspruch genommen werden müssen⁴⁴,

- weil nach dem Scheitern der marktradikalen Wirtschaftsideologien eine Rückkehr zu staatlichen Rezepten gefordert und betrieben wird;

- weil protestierende, ja teilweise revoltierende Bevölkerungen (Rentenstreik in Frankreich, Rechtspopulisten in den Niederlande, Wikileaks und Hacker-Proteste, Stuttgart 21, Brexit, Pegida, Landtagswahlen als Protestwahlen) auf ratlose politische und gesellschaftliche Eliten treffen, die nicht in der Lage sind, ihre Führungsaufgaben wahrzunehmen. Führung erfordert Ziele und Werte. Die Eliten haben aber oftmals keine Vorstellung von der Zukunft. Wir leben in einer utopielosen Gesellschaft, die sich keine Ziele mehr setzt.

Darüber hinaus neigen wir Deutschen dazu, in strategie- und orientierungslosen Zeiten in Pessimismus zu verfallen.

Das unterscheidet uns zum Beispiel von den Amerikanern. Wie heißt es so schön: Amerikaner sind selbst im Scheitern optimistisch. Deutsche sind selbst im Erfolg pessimistisch.⁴⁵ Das gilt selbst nach der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA.

⁴⁴ Laut einer Analyse der Deutschen Bank könnte die Konstruktion der EFSF dazu führen, dass alleine Deutschland Bürgschaften in Höhe von letztendlich 400 Milliarden Euro aufbringen muss; vgl. o. V., Deutschland haftet mit 400 Milliarden Euro, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. September 2011.

⁴⁵ Zum Optimismus der Amerikaner und dem Pessimismus der Europäer im Allgemeinen vgl. u. a. Andrian Kreye, Täglich eine Lösung. Ein Plädoyer für rationalen Optimismus; Süddeutsche Zeitung, 3. Januar 2011, S. 11.

So empfinden viele den demografischen Wandel unserer Gesellschaft als persönliche Bedrohung.⁴⁶

II

Politiklegenden⁴⁷ und falsche Prognosen widerlegen

Die öffentlichen Debatten in Deutschland sind geprägt von erschreckenden Bedrohungsszenarien und fragwürdigen Schlussfolgerungen.⁴⁸ Sie handeln davon, dass Deutschland überaltert und vergreist, zu einem Land ohne Kinder wird. Es verfällt mit schrumpfender Bevölkerung in Dekadenz. Die Deutschen sterben aus.⁴⁹

⁴⁶ Eine vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene und 2007 veröffentlichte Umfrage zum demografischen Wandel hat beispielsweise gezeigt, dass 57 Prozent der 15- bis 25-jährigen Bevölkerung in Deutschland befürchten, dass die Veränderungen eher negative Auswirkungen auf ihre persönliche Situation haben werden. Insbesondere befürchteten sie sinkende Renten und steigende Krankenkassenbeiträge; vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Demografischer Wandel. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung unter der bis 25-jährigen Bevölkerung in Deutschland, Berlin 2007, S. 12f.

Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages befürchten zahlreiche deutsche Unternehmen als Folgen des demografischen Wandels u. a. einen Mangel an Fachkräften, eine starke Alterung ihrer Belegschaften und den Verlust betriebsinternen Know-hows; vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Arbeitsmarkt und Demografie. Ergebnisse einer DIHK-Unternehmensumfrage zur Demografie und den Folgen für den Arbeitsmarkt, Berlin 2010, S. 4.

Axel Börsch-Supan hält hingegen die befürchtete Bedrohung des Rentensystems und des Gesundheitswesens für eine Fehleinschätzung; vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 19 ff.

⁴⁷ Das Wort „Legenden“ taucht im Zusammenhang mit den Herausforderungen des demografischen Wandels immer häufiger auf. So hat etwa die „Akademiengruppe Altern in Deutschland“ im Jahr 2010 eine Abhandlung zu ihren Empfehlungen veröffentlicht, in dem ebenfalls von „Legenden“ die Rede ist; vgl. Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (Hrsg.), Nova Acta Leopoldina, Band 9, Altern in Deutschland, Halle (Saale), S. 25-29.

⁴⁸ So schreiben Steffen Angenendt und Wenke Apt: „Generell mangelt es vielen Warnungen vor demografischen Risiken an überzeugenden theoretischen Begründungen und hinreichender empirischer Grundlage.“; Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, Internationale Politik, Mai / Juni 2011, S. 63.

⁴⁹ Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 11.

Die älteren Mitbürger werden diskriminiert, als „Gammelfleisch“ geschmäht.⁵⁰ Mancher erwartet einen „Krieg der Generationen“ und grenzt vorsichtshalber andere aus.⁵¹

Daraus ist im Laufe der Jahre eine Reihe von Politiklegenden geworden. Sie verhindern, dass die große Herausforderung des demografischen Wandels beherzt angepackt wird.

Diese Politiklegenden beruhen auf falschen Tatsachen und Einschätzungen. Es gibt auch viel Angstmacherei, um an „selbst geschürten Ängsten“ zu verdienen. Niemand kann seriöse Prognosen „auf 40 Jahre“ im Voraus treffen.⁵² Sie müssen widerlegt werden, um neue Kräfte freizusetzen und die Probleme zu lösen. Da wird gesagt:

1. Die Deutschen seien ein sterbendes Volk.

Wahr ist aber: Noch nie haben, seit es das deutsche Volk gibt, so viele Deutsche gelebt.⁵³ Und ein Aussterben ist erst recht nicht abzusehen.⁵⁴

⁵⁰ Vgl. o. V., Senioren-Schelte wegen Gammelfleisch-Witz, Spiegel Online, 7. September 2006, im Internet abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/0,1518,435723,00.html> (abgerufen am 3. Mai 2011).

⁵¹ Vgl. Susanne Gaschke, Entspann dich, Alter!, Die Zeit, 7. April 2011, S. 17.

⁵² Rainer Woratschka, Politik braucht Prognosen, Das Parlament 3 2-34, 6. August 2012, S. 9

⁵³ Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) ist die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2015 erneut angestiegen: Im Jahr 2015 nahm demnach die Gesamtbevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um 978 000 Personen (+ 1,2 %) zu und lag am Jahresende bei 82,2 Millionen. Das ist der höchste Bevölkerungszuwachs seit 1992, der damals + 700 000 Personen betragen hatte. 2014 hatte es einen geringeren Anstieg um 430 000 Personen (+ 0,5 %) gegeben. Die Bevölkerungszunahme im Jahr 2015 resultiert aus dem hohen Wanderungsüberschuss nicht aufgrund einer höheren Zahl von Geburten. Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 295/16, 28. August 2016, Wiesbaden.

⁵⁴ Vgl. Björn Schwentker, Aussterben abgesagt, Zeit Online, 8. Juni 2006, im Internet abrufbar unter: http://www.zeit.de/2006/24/Demografie-1_xml (abgerufen am 11. April 2011).

2. Deutschland stehe mittelfristig vor einem wirtschaftlichen Absturz.

Wahr ist aber: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist in den vergangenen 40 Jahren mit Ausnahme einiger weniger Jahre fast durchgängig gewachsen.⁵⁵ Von 1991 bis 2016 hat die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen um 24,4 Prozent zugenommen. Je Erwerbstätigenstunde ist sie sogar um 41,7 Prozent gestiegen.⁵⁶ Allerdings wird davon ausgegangen, dass der demografische Wandel die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland erkennbar verringern wird.⁵⁷ Zwar wird uns der demografische Wandel in Zukunft vor gewaltige Herausforderungen stellen. Aber, so der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, „[d]ie daraus resultierenden ökonomischen Konsequenzen sind beherrschbar, sofern sich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Herausforderung annimmt“⁵⁸ – beispielsweise durch Maßnahmen zur „Steigerung der Erwerbsquote von Frauen, von älteren Beschäftigten und von Personen mit Migrationshintergrund“⁵⁹ sowie eine geeignete Bildungs- Innovations- und Infrastrukturpolitik.⁶⁰ Die Soziale Marktwirtschaft hat sich unter

⁵⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Inlandsproduktsberechnung. Lange Reihen ab 1970. 2015, Wiesbaden 2016, S. 23.

⁵⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Fachserie 18, Reihe 1.5, Wiesbaden 2016, S. 52.

⁵⁷ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt, Jahrgutachten 15/16 Wiesbaden 2015, S. 318.

⁵⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. III.

⁵⁹ Ebd., S. 115.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 152.

unterschiedlichsten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bewährt. Warum also soll es in Zukunft nicht möglich sein, mit weniger Arbeitnehmern mehr zu produzieren?

3. Deutschland stehe vor einer Rentenkatastrophe.

Diese sei unvermeidbar, weil immer weniger junge Arbeitnehmer in die Rentenkasse einzahlen und immer mehr Rentner länger Rente beziehen. Deshalb sei eine Umstellung der solidarischen Rente auf ein kapitalgedecktes System erforderlich. Gerade die Weltfinanzkrise hat gezeigt, dass kapitalgedeckte Systeme auch nicht sicherer sind.

4. Deutschland stehe vor einer Innovationslücke. Ältere Menschen, so heißt es, seien weniger innovationsfreudig als junge.

Wahr ist aber: Innovation ist keine Frage des Alters.⁶¹ Was ältere Menschen weniger an abrufbarem Wissen haben, haben sie mehr an Erfahrungswissen. Innovation – vor allem im naturwissenschaftlich-technischen Bereich – ist heute meistens das Ergebnis gemeinsamer Arbeit in Forschungsgruppen. Untersuchungen zeigen sogar, dass Heterogenität in der Altersstruktur der Betriebe innovationsfördernd sein kann.⁶² Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass „Alters-

⁶¹ Roland und Andrea Tichy weisen in diesem Zusammenhang auf Persönlichkeiten wie Artur Fischer (Erfinder des gleichnamigen Dübels und Gründer der Fischerwerke), Beate Uhse (Gründerin des gleichnamigen Unternehmens) und die Fotografin und Internet-Expertin Rosemarie Pierer hin, die auch noch im fortgeschrittenen Alter erfolgreich und innovativ sind bzw. waren; vgl. Roland und Andrea Tichy, Die Pyramide steht Kopf. Die Wirtschaft in der Altersfalle und wie sie ihr entkommt, München 2003, S. 71ff.

⁶² Vgl. Uschi Backes-Gellner / Stephan Veen, The Impact of Aging and Age Diversity on Company Performance, Zürich 2009, S. 24ff.

Produktivitäts-Profile zutreffen, die bis zum Alter von etwa 55 Jahren ansteigend verlaufen und in den darauffolgenden zehn Jahren im Wesentlichen konstant bleiben.⁶³ Warum also soll es in einer Gesellschaft des lebenslangen Lernens und miteinander Arbeitens nicht möglich sein, innovativ zu sein? „Warum eigentlich“, so fragt die Journalistin Elisabeth Niejahr, „soll Lebenserfahrung nicht Konzentration auf Wesentliches erleichtern, statt Passivität und Langeweile hervorzurufen?“⁶⁴ Auch viele Gründe die in der natürlichen Biographie der „Älteren“ liegen sprechen für eine „Karriere jenseits der fünfzig“.⁶⁵

5. Ältere Arbeitnehmer seien zu oft krank und teuer.

Wahr ist aber: Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Mit zunehmendem Alter, so eine Studie der AOK, steigt zwar die Dauer der Arbeitsunfähigkeit pro Erkrankungsfall an. Die Anzahl der Erkrankungsfälle ist allerdings bei den Jüngeren deutlich höher: Demnach ist sie bei den 15- bis 19-Jährigen mit einem Wert von gut 273 je 100 Versicherten am höchsten. Der Wert sinkt anschließend kontinuierlich bis zur Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen auf etwa 133. Dieses Niveau bleibt bei den nachfolgenden Altersgruppen bis zum Ende des erwerbsfähigen Alters relativ konstant.⁶⁶

⁶³ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 2.

⁶⁴ Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 42.

⁶⁵ Ursula Kals, Ausgereift und abgeklärt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22./23. Oktober 2016, S. C2.

⁶⁶ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Aufbruch in die altersgerechte Arbeitswelt, Berlin 2010, S. 38f.

Zudem stützt sich die Behauptung, die Arbeitsproduktivität lasse im Alter nach, meist allein auf Erkenntnisse zur physischen Leistungsfähigkeit. Dabei wird die Erfahrung der Älteren oft außer Acht gelassen. Genauso wie die Erkenntnis, dass es in einer arbeitsteiligen Gesellschaft immer mehr auf das Zusammenwirken in der Gemeinschaft ankommt.⁶⁷

6. Den Alten gehe es heute so gut wie noch nie.

Wahr ist aber auch: Bei einer Durchschnittsrente von 792 Euro kann man wahrlich nicht davon sprechen, „den“ Alten ginge es zu gut.⁶⁸ Es gibt ältere Menschen, die gut versorgt sind. Andere kommen gerade über die Runden oder sind im Alter arm.

7. Die Alten wollen sich nicht engagieren.

Jeder Zweite ist ungern in den Ruhestand gegangen. Sie empfinden es als „Zwangsmaßnahme“ und viel zu früh, nicht mehr arbeiten zu dürfen. Ältere engagieren sich für die Familie im Durchschnitt 15 Stunden monatlich. Zusammen ergibt das 2,4 Mrd. Stunden jährlich, was 1,4 Mrd. Vollzeitstellen entspricht. Fast die Hälfte engagiert sich zudem zivilgesellschaftlich, sozial und kulturell. Sie würden gern noch mehr tun, wenn die Zivilgesellschaft mehr an ihrem Engagement interessiert wäre.⁶⁹

⁶⁷ Vgl. Axel Börsch-Supan / Ismail Düzgün / Matthias Weiss, Alter und Arbeitsproduktivität: Stand der Forschung und Ausblick, Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel (MEA) Discussion Paper 073-05, S. 3-15.

⁶⁸ Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rentenversicherungsbericht 2015, Berlin 2015, S. 19.

⁶⁹ Generali: Zukunftsfond, Politische Teilhabe der Generation 65plus, Monitor 04.09.2013; Regina Mönch, Generation Edelstahl, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.11.2012, S. 27.

Viele Prognosen sind also eher das Ergebnis von Befürchtungen als von Fakten. Prognosen über mehr als eine Generation sind mit hohen Unsicherheiten verbunden. Sie zeigen häufig nur einen möglichen Trend auf.

Jede gesellschaftliche und politische Strategie verändert zudem die Wirklichkeit und damit auch die vorhandenen Prognosen.

Das Schlimme in Deutschland ist, es gibt keine klare politische Strategie, um die Probleme des demografischen Wandels zu bewältigen. Es gibt Erkenntnisse, aber keine Umsetzungsstrategie. Zwar werden nun immerhin zeitlich weitergehende Prognosen über das Jahr 2030 hinaus angestellt, doch reicht diese Dimension bei weitem nicht aus. Auch die Entscheidung zur Anhebung der Beiträge bzw. eine Festlegung auf eine Obergrenze einerseits und eine Höhe der Mindestrente andererseits wird mit Blick auf die Unpopularität beider Richtungsentscheidungen vermieden.

Auf den Weg gebracht hatte die Koalition von CDU/CSU und SPD folgende Punkte: die Rente mit 63 für Personen mit 45 Beitragsjahren, die vor 1953 geboren wurden, die Mütterrente für Frauen, die ihre Kinder vor 1992 geboren hatten und die Flexirente, die eine Erwerbstätigkeit nach Erreichen der Regelaltersgrenze attraktiver macht. Zudem wurde für das Jahr 2015 eine Angleichung der Ost- an die Westrente geplant. Die Kosten der bisherigen Rentenreformen werden bis 2030 mit 160 Milliarden Euro beziffert.⁷⁰

⁷⁰ Vgl. Claudia Heine, Noch kein Feierabend, Das Parlament Nr. 49/50, 5. Dezember 2016, S. 3.

Mit Blick auf die Mindestrente, schlug Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles vor, das Rentenniveau bis zum Jahr 2025 bei 46 Prozent zu halten und den Beitragssatz für Arbeitnehmer nicht über 25 Prozent ansteigen zu lassen. Beschlossen ist hierzu jedoch nichts. Was bleibt ist Stückwerk. Zudem scheint das Bestreben innerhalb der seit 2013 regierenden Koalition zu bestehen, wichtige, weiterführende Fragen zur Rentenpolitik bewusst aus dem anstehenden Bundestagswahlkampf 2017 heraushalten zu wollen.⁷¹ Weshalb punktuelle Zusagen gemacht werden. Es mangelt an Kohärenz und Entscheidungswillen. Dabei ist längst Zeit zu handeln.⁷² Der Dialog zwischen Jung und Alt muss endlich beginnen. Gemeinsam müssen wir eine „Gesellschaft des langen Lebens“ aufbauen.

Es ist an der Zeit, dass alle, die in Deutschland Verantwortung tragen, sich dieser Aufgabe stellen. Das gilt nicht nur für die Politik. Keine staatliche oder gesellschaftliche Institution wird sich dem Wandel entziehen können. Weder die Wirtschaft noch die Gewerkschaften, die Parteien und die Medien, die Kirchen und die Hochschulen, die Schulen, die Vereine und Verbände können nur Forderungen erheben, selbst aber nichts tun. Es reicht nicht, von anderen eine Anpassungsleistung zu fordern, ohne selbst zu handeln.

Es ist notwendig, ein gemeinsames Projekt zu verabreden, damit der nötige Wandel nicht im Streit um die Anpassungskosten stecken bleibt.

⁷¹ Vgl. Günter Bannas, In Zeiten aufziehenden Wahlkampfs. Koalition berät über letzte Projekte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.10.2016, S. 4.

⁷² Vgl. Tilman Mayer, Demografiepolitik – gestalten oder verwalten?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 11ff.

Die Politik hat die Chance, das weit verbreitete Gefühl der Führungsverweigerung durch klare Ziele zu überwinden. Es reicht nicht mehr, das zu fordern, was schon immer gefordert worden ist. Die Ökonomen fordern mit Recht mehr Arbeit. Aber der Vorschlag, das Renteneintrittsalter auf 73 Jahre anzuheben⁷³, nachdem noch nicht die Rente mit 67 eingeführt worden ist, ist weder intelligent noch weise. Gleiches gilt andersherum für die Forderung, die Rente mit 67 schon wieder auszusetzen. Zuerst muss einmal die tatsächliche Arbeitszeit der gesetzlichen angepasst werden. Es gibt bessere Möglichkeiten, die Erwerbsquote vor dem Absturz zu bewahren. Das gleiche Renteneintrittsalter für alle Beschäftigten ist ein Relikt aus der Zeit der industriellen Großstrukturen. Als ob es nicht intelligente, flexible Lösungen gäbe wie Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeitkonten.

Es reicht nicht, den Staat aufzufordern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen durch mehr Betreuungsplätze für Kinder zu ermöglichen. Zwar ist das Angebot in den westlichen Bundesländern immer noch zu klein. Wenn trotzdem Frauen aber nur Teilzeit- und Minijobs annehmen können, weil die Arbeitszeitorganisation nicht flexibel auf ihre Bedürfnisse reagiert, ist ihnen auch nicht geholfen.

Wenn immer noch zu viele Kinder keinen Schul- oder Lehrabschluss machen, Forscher ins Ausland gehen müssen, um in jungen Jahren oder nach dem 65. Lebensjahr wissenschaftlich tätig zu sein, wenn es zu lange dauert bis neue Technologien eingeführt sind, werden wir die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern.

⁷³ Vgl. Susanna Kochskämper, Gesetzliche Rentenversicherung. Wie lange arbeiten wir für ein stabiles Rentenniveau?, IW-Kurzberichte 27.2016, Köln 2016, S. 3.

Wenn für viele, vor allem Frauen, im Alter eine Zeit der Altersarmut droht, dann werden viele sich den notwendigen Veränderungen verweigern.

III

Älter, weniger, bunter: die demografische Entwicklung

Die Menschen werden älter.

Bereits heute hat Deutschland einer Studie der EU zufolge mit einem Durchschnittsalter von über 44 Jahren die älteste Bevölkerung in Europa.⁷⁴

Unsere durchschnittliche Lebenszeit steigt: zweieinhalb Jahre pro Jahrzehnt, drei Monate pro Jahr, sechs Stunden am Tag.⁷⁵ Das ist ein großes Geschenk. Sie beträgt 83 Jahre bei Frauen und 78 Jahre bei Männern, bis zum Jahr 2060 wird sich die Lebenserwartung laut einer Studie des Robert Koch Instituts auf 89 bzw. 85 Jahre erhöhen.⁷⁶

1950 gab es in ganz Deutschland (Bundesrepublik und DDR) rund 700.000 über 80-Jährige, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von einem Prozent entsprach.⁷⁷ 2013 waren es bereits rund 4,4 Millionen. Das sind fünf Prozent der Gesamtbevölkerung.⁷⁸

⁷⁴ Vgl. Rebecca Müller, Seniorenheim Deutschland, Kölnische Rundschau, 2. April 2011, S. 4.

⁷⁵ Vgl. Susanne Gaschke, Entspann dich, Alter!, Die Zeit, 7. April 2011, S. 17.

⁷⁶ Vgl. Robert Koch Institut, Gesundheit in Deutschland 2015, Berlin 2015, S. 20.

⁷⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerungsfortschreibung. Fachserie 1 Reihe 1.3. 2008, Wiesbaden 2010, S. 9.

⁷⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S.19.

Bis 2050 soll die Zahl auf rund zehn Millionen steigen.⁷⁹ Grund ist, dass die Sterblichkeit der Senioren und Hochbetagten sich seit 1960 in vielen Ländern mehr als halbiert hat.⁸⁰

Die Zahl der Pflegefälle wird sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln: von heute 2,2 Millionen auf dann 4,5 Millionen.⁸¹ Allerdings erfolgt die Zunahme je nach Region unterschiedlich. Schon bis 2030 fehlen dann rund 500.000 Vollzeitkräfte im Pflegesektor.⁸²

Die Zahl der Jüngeren nimmt weiter ab. Bis 2060

- wird der Anteil der Über-65-Jährigen von 2020 etwa 22,5 Prozent auf rund 33 Prozent steigen⁸³,
- wird es doppelt so viele 70-Jährige wie Neugeborene geben⁸⁴,
- wird sich der Anteil der über 80-Jährigen verdoppeln.⁸⁵

Wir werden weniger.

Heute leben in Deutschland rund 82 Millionen Menschen. 2060 werden es voraussichtlich noch 67,6 bis 73,1 Millionen sein.⁸⁶ Die Bevölkerung

⁷⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S. 6.

⁸⁰ Roland Rau, Jedes zweite Neugeborene wird 100, in: Die Welt, 22.01.2013, S. 20.

⁸¹ Vgl. Stefan von Borstel, Bis zum Jahr 2050 doppelt so viele Pflegefälle, Die Welt, 23. November 2010, S. 7.

⁸² Matthias Bartsch / Fidelius Schmidt / Antje Wiedmann, Der Pflegefall, DER SPIEGEL 47/2012, S. 56 unter Bezugnahme auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung.

⁸³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S. 45.

⁸⁴ Vgl. ebd., S. 6.

⁸⁵ Vgl. ebd., S. 19.

wird also in etwa um den Bevölkerungsanteil der neuen Bundesländer schrumpfen.⁸⁷

Wir werden bunter.

Die deutsche Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch Zuwanderung verändert. Sie ist aber auch durch eine Veränderung der Lebensart und der Lebenshaltung pluraler geworden. Sie ist heute weniger homogen als früher und die gesellschaftlichen Leitwerte haben sich zum Positiven verändert. Das Land ist nicht nur politisch Teil des Westens geworden. Deutschland ist im 21. Jahrhundert weltoffener, toleranter und vielfältiger geworden.

In den letzten zehn Jahren (2006 bis 2015) sind rund 7,2 Millionen ausländische Staatsangehörige nach Deutschland gezogen. Im Jahr 2015 führte eine große Flüchtlingsbewegung nach Westeuropa zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der Zuzüge im Vergleich zum Vorjahr auf 57,6 Prozent, wobei bereits im Jahr 2014 im Vergleich zum Jahr 2013 ein Anstieg von 29,9 Prozent festzustellen war. Rund 3,5 Millionen Ausländer haben das Land verlassen. So bleibt ein Wanderungsüberschuss von etwa 3,8 Millionen Menschen mit

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 6. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung weist in seiner im Mai 2011 veröffentlichten Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ darauf hin, dass, wenn das Saldo von Zu- und Abwanderungen Null betragen würde, im Jahr 2060 in Deutschland wohl nur noch 58 Millionen Menschen leben würden; vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 1.

⁸⁷ Die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern betrug am 31.12.2015 12,5 Millionen; vgl. Statistisches Bundesamt, 82,2 Millionen Einwohner am Jahresende 2015 – Bevölkerungszunahme durch hohe Zuwanderung, Pressemitteilung Nr. 295, 26. August 2016.

ausländischer Staatsangehörigkeit.⁸⁸ Experten rechnen auch in Zukunft mit solchen Überschüssen.⁸⁹

In ersten Großstädten wie Köln hat der Anteil an Kindern bis 14 Jahren aus eingewanderten Familien bereits heute die 50-Prozent-Marke überschritten.⁹⁰ In wenigen Jahren wird das voraussichtlich in allen Großstädten der Fall sein. Darauf deutet auch die höhere Geburten ausländischer Frauen hin: Im Jahr 2015 betrug die Geburtenrate unter ihnen 1,95 Kinder, bei Deutschen 1,43 Kinder (insgesamt 1,5).⁹¹

IV

Deutschland hat eine sehr niedrige Geburtenrate

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten in Europa: 1,47 Kinder je Frau waren es im Jahr 2014.⁹² Zwar ist die Zahl im Vergleich zu den Vorjahren leicht gestiegen, dies hat aber nichts daran geändert, dass Deutschland gemessen an der gesamten Einwohnerzahl das

⁸⁸ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration, Nürnberg 2016, S. 73.

⁸⁹ Das Statistische Bundesamt geht davon aus, dass das Wanderungssaldo über die Grenzen Deutschlands (deutsche und ausländische Staatsangehörige) sich bis zum Jahr 2021 von 500.000 auf 100.000 senken wird und danach konstant bleibt.; vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S. 13.

⁹⁰ Vgl. Kirsten Boldt, Aus Minderheiten wird die die Mehrheit, Kölner Stadt-Anzeiger vom 30. Dezember 2010, S. 26.

⁹¹ Vgl. o.V., Geburtenrate so hoch wie seit 33 Jahren nicht mehr, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Oktober 2016, S. 9.

⁹² Vgl. Statistisches Bundesamt, Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren, im Internet abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html> (abgerufen am 16. Oktober 2016).

kinderärmste Land in Europa ist.⁹³ Die Zahl der Frauen zwischen 15 und 44 Jahren sinkt seit vier Jahrzehnten.⁹⁴

Zudem bekommen Frauen ihre Kinder relativ spät: Das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Geburt ist 29,3 Jahre.⁹⁵

In allen Frauenjahrgängen seit 1940 gibt es einen immer größer werdenden Anteil, der kinderlos bleibt: Beim Jahrgang 1940 waren es 10,6 Prozent, beim Jahrgang 1965 schon 32,1 Prozent.⁹⁶ Der Anteil der kinderlosen Männer liegt noch höher.⁹⁷

Übrigens: Der Anteil der Frauen mit Einzelkindern ist – anders als man meint – in der Vergangenheit nicht sprunghaft angestiegen. So liegt der Anteil der Frauen mit einem Kind an allen Müttern der Jahrgänge 1939 bis 1968 relativ konstant bei rund 30 Prozent. Der Anteil der Frauen mit zwei Kindern ist etwa 45 Prozent und der Anteil von Frauen mit drei oder mehr Kindern rund 20 Prozent groß.⁹⁸

⁹³ Bereits 2011 waren gerade einmal 16,5 Prozent aller Einwohner in Deutschland jünger als 18 Jahre. Vgl. o. V., Größte Armut an Kindern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2011, S. 9.

⁹⁴ So die Soziologin Iris Hoßmann vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; vgl. o. V., Deutschland wird trotz Familienpolitik schrumpfen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010, S. 12.

⁹⁵ Vgl. European Commission (Hrsg.), Demography Report 2015, Brüssel 2015, S. 213.

⁹⁶ Vgl. Herwig Birg, Implodierende Generationen - Gründe des Geburtenrückgangs, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Der Sozialstaat und die Herausforderung der Globalisierung, Köln 2007, S. 17.

⁹⁷ Vgl. Christian Schmitt, Kinderlose Männer in Deutschland – Eine sozialstrukturelle Bestimmung auf Basis des sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Berlin 2003, S. 13.

⁹⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2008. Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland, Wiesbaden 2009, S. 8.

In Westdeutschland ist rund die Hälfte der unverheirateten Frauen kinderlos, im Osten nur 20 Prozent. „Ohne die Auflösung des Zusammenhangs von Kinderlosigkeit und Frauenerwerbsfähigkeit in Westdeutschland und von Müttererwerbstätigkeit und Ein-Kind-Familien in Ostdeutschland“ ist eine Steigerung der Geburtenrate nur schwer vorstellbar.⁹⁹

Bei den Müttern der jüngeren Jahrgänge ist der Anteil der Frauen mit einem Kind zwar höher. Hier ist allerdings abzusehen, dass sich die Zahlen noch ändern werden, da gerade die zweiten und weiteren Kinder zumeist in einem höheren Lebensalter der Mütter geboren werden.¹⁰⁰

Die großen historischen Ereignisse der letzten 100 Jahre – wie die beiden Weltkriege, die Weltwirtschaftskrise ab 1929, aber auch die Wiedervereinigung (im Osten Deutschlands) – haben Spuren hinterlassen. Die Geburtenzahl fiel in wenigen Jahren jeweils um die Hälfte, ohne dass das alte Niveau später wieder erreicht wurde.

Eines ist jedenfalls klar: Wir werden weniger.

Und niemand kann das ändern.

Doch warum hat Deutschland eine der niedrigsten Geburtenrate in Europa?

In Politik, Literatur und Forschung werden folgende Gründe immer wieder genannt:

⁹⁹ Norbert Fr. Schneider / Jürgen Dorbitz, Wo bleiben die Kinder?, in: APuZ 10-11/2011, S. 31 u. 34.

¹⁰⁰ Vgl. Olga Pötzsch / Bettina Sommer, Generatives Verhalten der Frauenkohorten im langfristigen Vergleich, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 5/2009, S. 383.

- zu lange Ausbildungszeiten,
 - die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf¹⁰¹,
 - ein mit Kindern verbundener Einkommensverlust,
 - daraus folgend: die späte Geburt des ersten Kindes,
 - unsichere Lebensumstände wie Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse,
 - die Situation Ostdeutschlands nach der Wiedervereinigung,
 - die Angst vor nicht mehr veränderbaren Bindungen.
- Partnerschaften und Ehen sind auflösbar. Die Bindung an ein Kind ist nicht auflösbar.

Da die Elternschaft eine höchst persönliche Entscheidung ist, darf der Staat nicht vorschreiben, wie Menschen zu leben haben. Dies gilt umso mehr, als die Wirkungen staatlicher Familienpolitik auf die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, nach einer Studie des Soziologen Prof. Dr. Wolfgang Streeck gering sind.¹⁰²

¹⁰¹ Laut dem Demografiebericht der Bundesregierung hat „fast jede zweite Familie mit Schulkindern“ Schwierigkeiten, „Beruf und Familie in eine gute Balance zu bringen.“; Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 228.

¹⁰² Vgl. Wolfgang Streeck, Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 09/13, Köln 2009.
a. A.: Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 10.

Dieses Ergebnis ist umso erstaunlicher, als eben landläufig argumentiert wird, der Grund sei die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Mütter. Außerdem wird jungen Menschen vorgerechnet, dass ein Kind rund 300.000 Euro kostet und den Eltern viele Lebenschancen raubt.¹⁰³

Streeck verweist auf Erkenntnisse, nach denen sich besonders Frauen mit einer Zuwanderungsgeschichte und einem geringen Bildungsgrad für eine Mutterschaft entscheiden. Dies zeigt auch der Vergleich der Geburtenziffer von deutschen zu ausländischen Frauen.¹⁰⁴ Bei ihnen stelle sich oftmals nicht die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da sie aufgrund geringer beruflicher Qualifikationen keine Chance hätten, überhaupt am Arbeitsleben teilzuhaben. Eine Mutterschaft gerät somit zur näher liegenden Alternative zum Berufsleben – gerade auch vor dem Hintergrund finanzieller Anreize, die der Staat hierfür biete.

Dagegen seien die Erfolge staatlicher Maßnahmen, gerade Paaren aus dem Mittelstand Anreize zu geben, sich für Kinder zu entscheiden, bislang gering. So zeichne sich beispielsweise auch nach Einführung des Elterngelds keine nennenswerte Steigerung der Geburten von „Mittelstands-Babys“ ab. Die Gründe hierfür, so Streeck, lägen u. a. in

- einer viel Zeit und Energie vereinnahmenden Arbeitswelt,
- der Häufung von Wochenendbeziehungen,

¹⁰³Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 21.

¹⁰⁴Vgl. Carsten Knop, Die Angst der Deutschen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Oktober 2016, S. 17.

- dem Risiko eines sinkenden Lebensstandards durch Trennung und der daraus folgenden Alleinerziehendenschaft¹⁰⁵,
- ungewissen Beschäftigungschancen oder – anders herum – der Aussicht auf ein stetes Vorankommen auf der Karriereleiter, das durch eine Elternschaft unterbrochen werden könnte
- und der Furcht vor einem Verlust individueller Autonomie, der mit der Partner- und Elternschaft einhergeht.¹⁰⁶

Zudem weist Streeck auf einen tiefgreifenden Wandel des Frauenbildes hin: „Frauen, die kein Geld verdienen und damit ‚nicht arbeiten‘, also ‚Hausfrauen‘, haben kaum noch Aussicht auf Respekt in der neo-protestantischen Arbeitskultur von heute, auch und gerade bei ihren Schwestern, und finden es entsprechend schwer, sich selbst zu respektieren. Selbst Halbtagsarbeit, vor zwanzig Jahren noch ein akzeptabler Ausweg, unterliegt zunehmend kultureller Ächtung. (...) Versucht man, den dramatischen Wandel des sogenannten ‚Frauenbildes‘ genau zu verstehen, so stößt man auf den Umstand, dass der Einzug der Frauen in den Arbeitsmarkt mit tief greifenden Veränderungen der Familienstruktur zusammentraf: der Zerfall des Normalitätsverhältnisses der Nachkriegszeit mit dem Zerfall der Normalfamilie, und die fortschreitende Flexibilisierung der

¹⁰⁵ Nach einem kürzlich verkündeten Urteil des Bundesgerichtshofes müssen Alleinerziehende in der Regel Vollzeit arbeiten, sobald das Kind drei Jahre alt ist. Bayerns Justizministerin Beate Merk (CSU) hatte daraufhin eine Änderung des Unterhaltsrechts angeregt; vgl. Peter Issig / Dorothea Siems, CSU-Ministerin will Unterhaltsrecht nachbessern, in: Welt Online, 8. August 2011, im Internet abrufbar unter: http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13531870/CSU-Ministerin-will-Unterhaltsrecht-nachbessern.html, (abgerufen am 22. August 2011).

¹⁰⁶ Vgl. Wolfgang Streeck, Flexible Employment, Flexible Families, and the Socialization of Reproduction, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 09/13, Köln 2009, S. 28ff.

Beschäftigungs- mit einer parallel verlaufenden Flexibilisierung der Familienverhältnisse“¹⁰⁷.

Aufgrund dieser Erkenntnisse zieht Streeck schließlich die Schlussfolgerung: „Eine Gesellschaft, die sich Kinder wünscht, darf sich nicht von einer Lebensform abhängig machen, die offenkundig zu einem Auslaufmodell geworden ist. Stattdessen muss sie darauf setzen, dass ihr Nachwuchs außerhalb fester Partnerschaften geboren oder großgezogen wird. Dies legt eine Sozialpolitik nahe, die Frauen (nicht Männern, denn ob Kinder geboren werden oder nicht, wird heute allein von den Frauen entschieden) die Gewissheit gibt, dass sie die Kinder, zu denen sie sich heute entschließen, während der folgenden zwei Jahrzehnte auch dann werden ernähren können, wenn sie, was sie jederzeit für möglich halten müssen, dabei auf sich allein gestellt sein sollten. Im Ergebnis tritt damit die Gesellschaft an die Stelle von männlichen ‚Partnern‘, auf die weniger Verlass ist denn je, weil sie es sich leisten können, jederzeit an Frau und Kind die Lust zu verlieren.“¹⁰⁸

Für Streecks These der begrenzten Wirkungen staatlicher Familienpolitik spricht, dass zwar in Frankreich ebenso wie in den skandinavischen Ländern eine vergleichsweise hohe Geburtenrate mit einer aktiven Bevölkerungspolitik einhergeht. In Großbritannien und den USA ist die Geburtenrate allerdings noch höher, obwohl es dort keine nennenswerte Familienpolitik gibt.¹⁰⁹

¹⁰⁷Wolfgang Streeck, Volksheim oder Shopping Mall?, Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 11/5, S. 4ff.

¹⁰⁸Wolfgang Streeck, Volksheim oder Shopping Mall?, Die Reproduktion der Gesellschaft im Dreieck von Markt, Sozialstruktur und Politik, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 11/5, S. 10.

¹⁰⁹Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 248f.

Während es in Teilen Europas wieder einen Anstieg der Geburtenzahl gibt,¹¹⁰ ist in Deutschland nur im marginalen Umfang festzustellen.¹¹¹ Interessant ist in diesem Zusammenhang im Übrigen das Phänomen der Entkoppelung von Ehe und Elternschaft, das gerade in den neuen Bundesländern verbreitet ist. Der Anteil der außerehelichen Geburten an allen lebend geborenen Kindern steigt rasant an: Er hat sich nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes von 1990 bis 2010 bundesweit von 15 auf rund 33 Prozent mehr als verdoppelt.¹¹² In Westdeutschland sind Nichtverheiratete häufig kinderlos. Hier werden 30 Prozent aller Kinder außerehelich geboren. In den neuen Bundesländern sind es dagegen 61 Prozent.¹¹³ In beiden Bereichen des Landes gilt allerdings: Je geringer der Ausbildungsabschluss von Frauen ist, desto mehr Kinder bringen sie zur Welt.¹¹⁴

Vielleicht sind auch alle Versuche, den Menschen im Zeitalter der Selbstbestimmung einzureden, sie müssten mehr Kinder im eigenen und gesellschaftlichen Interesse zur Welt bringen, deshalb erfolglos, weil sie

¹¹⁰Von 1998 bis 2008 ist beispielsweise in Spanien die Zahl der Lebendgeburten von rund 365.000 auf fast 520.000 gestiegen, in Frankreich von fast 770.000 auf 835.000. Im selben Zeitraum sank die Zahl in Deutschland von 785.000 auf etwas mehr als 680.000; vgl. Europäische Kommission, Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010, Luxemburg 2010, S. 178.

Für das Jahr 2010 ist in Deutschland allerdings wieder ein leichter Anstieg der Geburtenzahl zu verzeichnen gewesen; vgl. o. V., Geburtenzahl in Deutschland leicht gestiegen, Zeit Online, 18. August 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/familie/2011-08/geburten-anstieg> (abgerufen am 23. Oktober 2016).

¹¹¹Vgl. Dietrich Creutzburg, Einwanderer treiben Geburtenrate hoch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Oktober 2016, S. 17.

¹¹²Vgl. o. V., Noch nie so viele Kinder unehelich geboren, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. August 2011, S. 7.

¹¹³Vgl. o.V., Bei jeder dritten Geburt sind die Eltern nicht verheiratet, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Dezember 2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/destatis-jedes-dritte-kind-wird-unehelich-geboren-14582248.html>, (abgerufen am 30. Dezember 2016).

¹¹⁴Vgl. Norbert F. Schneider / Jürgen Dorbritz, Wo bleiben die Kinder? Der niedrigen Geburtenrate auf der Spur, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 27ff.

gegen das moderne Menschenbild verstoßen.¹¹⁵ Das Menschenbild der Moderne ist ohne Rücksicht auf die Eltern-Kind-Beziehungen entwickelt worden. Wer aber individualistisch meint, Menschsein sei ohne Sozialität möglich, der vergisst, wem er sein Leben zu verdanken hat. Ein in Jahrzehnten entstandenes Menschenbild ist jedenfalls nicht durch Aufrufe, Drohbilder, Zwangsabgaben¹¹⁶ oder staatliche Zuschüsse veränderbar. „Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass mehr Geld mehr hilft“, sagte die ehemalige Bundesfamilienministerin Kristina Schröder.¹¹⁷ Das gilt schon gar für Kinderlose ohne Partner, die von familienpolitischen Maßnahmen nicht erreicht werden.¹¹⁸

V

Wir sind nicht allein: internationaler Vergleich

In den 1960er-Jahren wurde in der öffentlichen Diskussion massiv vor der „Bevölkerungsexplosion“ gewarnt. Immer mehr Menschen, so die Befürchtung, würden unseren Planeten zerstören.

¹¹⁵Vgl. Dieter Thomä, Eltern. Kleine Philosophie einer riskanten Lebensform, München 1992, S. 46.

Vgl. auch: Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 222ff.

¹¹⁶Hierzu hatte etwa der Vorschlag einer „solidarischen Demografie-Rücklage“ für Aufsehen gesorgt, in die Kinderlose, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, einen prozentualen Anteil ihres Einkommens einzahlen sollten. Bürgerinnen und Bürger mit einem Kind sollten demnach den halben Satz zahlen. Wer zwei oder mehr Kinder hat, sollte von der Abgabe befreit sein; vgl. Stefan Vetter, Abgabe für Kinderlose? Mit der Kanzlerin nicht zu machen, Aachener Nachrichten, 15. Februar 2012; sowie Stephan Löwenstein, Ihr Kinderlosen, kommet, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Februar 2012.

¹¹⁷Zit. nach: o. V., Familienpolitik als Antwort auf alternde Gesellschaft, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Januar 2012, S. 12.

¹¹⁸Karl Otto Hondrich weist darauf hin, dass etwa jeder dritte kinderlose Mann und jede fünfte kinderlose Frau dauerhaft ohne Partnerin bzw. Partner ist; vgl. ebd., S. 252.

Solche Prognosen sind zwar mit großer Vorsicht zu genießen. Eines aber steht fest: Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland hat ein Schrumpfungproblem. In vielen Industriegesellschaften gibt es das Problem seit den 1990er-Jahren. Europa bleibt der mit Abstand älteste Kontinent.¹¹⁹

In Österreich, Kroatien, Ungarn, Malta, Italien, Slowakei, Spanien, Polen, Zypern, Griechenland und Portugal ist die durchschnittliche Zahl der Geburten ähnlich gering oder sogar geringer als in Deutschland.¹²⁰ Zugleich steigt der Anteil der unehelich geborenen Kinder. In vielen Ländern kommt inzwischen mehr als jedes zweite Kind unehelich zur Welt. Dieser Trend gilt besonders für Nordeuropa, während Osteuropa eine Trendwende erfährt. Verzeichnete dieser Teil Europas noch die höchste Zahl an Geburten außerhalb eines Eheverhältnisses, ist es nun umgekehrt. Die Trendwende wird vor allem auf eine verbesserte wirtschaftliche Lage, aber auch eine wieder steigende Bedeutung der Religion und alter Traditionen zurückgeführt.¹²¹

Zukünftig ist von einer weltweit rückläufigen Fertilität auszugehen. Während Afrika die mit Abstand höchste Geburtenziffer von 4 oder über 4 Geburten pro Frau aufzeigt, wird angenommen, dass auch diese Zahl bis 2030 auf 3,9 sinkt. Die globale Fertilität wird auf 2,4 Kinder pro Frau im Jahr 2030 prognostiziert, im Jahr 2050 sollen es bereits nur noch 2,2

¹¹⁹Reymer Klüver, a.a.O., Süddeutsche Zeitung, 02. Oktober 2013, S. 1., Christian Weber, Nachwuchs in der Krise, unter Berufung auf Joshua Goldstein / Michaela Kreyenfeld, Demographic Research, Bd. 29/2013, S. 85.

¹²⁰Vgl. Statistisches Bundesamt, Geburtenziffer in Deutschland unter EU-Durchschnitt, Wiesbaden 2016, im Internet abrufbar unter: <https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Bevoelkerung/Geburtenziffer.html> (abgerufen am 23. Oktober 2016).

¹²¹Vgl. Max-Planck-Gesellschaft, Familie ohne Trauschein, 20. April 2016, im Internet abrufbar unter: <https://www.mpg.de/10449696/uneheliche-kinder-europa> (abgerufen am 23. Oktober 2016).

sein.¹²² Dabei lebt bereits heute fast die Hälfte der Weltbevölkerung in Ländern mit einer geringen Geburtsrate (geringer als 2,1 Kinder pro Frau). Dies umfasst in erster Linie Europa, Nordamerika, viele Länder Asiens, Lateinamerikas und der Karibik.¹²³ Aufgrund der seit 1979 restriktiv vollzogenen Ein-Kind-Politik, steht auch China vor großen demografischen Herausforderungen. Vor allem die Bevölkerung auf dem Land wird immer älter und immer mehr junge Arbeitnehmer müssen für immer mehr Renten aufkommen. Als Reaktion auf diese Entwicklung hat die Kommunistische Partei in China im Oktober 2015 das Ende der Ein-Kind-Politik beschlossen. Avisiert wird nun eine Geburtenziffer von 2,1 Kinder pro Frau.¹²⁴ Ob dies jedoch auch nach der gesetzlichen Lockerung eintritt, erscheint aufgrund gestiegener Preise für Wohnraum und Ausbildung fraglich.¹²⁵ Hinzu kommt, dass die Jahre der Ein-Kind-Politik auch mit Blick auf die Verteilung der Geschlechter nicht ohne Folgen blieb. Viele weibliche Föten wurden jahrelang abgetrieben. In China lag das Verhältnis von Jungen und Mädchen bereits im Jahr 2008 bei 119 zu 100. Studien sagten deshalb bereits voraus, dass es noch vor 2030 rund 10 bis 20 Prozent mehr Männer als Frauen in China geben würde.¹²⁶ Auch der nun eingeleitete Politikwechsel wird diesen Umstand nicht in kurzer Zeit umkehren können.

¹²²Vgl. United Nations, World Fertility Patterns 2015, New York 2015, S. 8, im Internet abrufbar unter: <http://www.un.org/en/development/desa/population/publications/pdf/fertility/world-fertility-patterns-2015.pdf>, (abgerufen am 23. Oktober 2016).

¹²³Vgl. ebd., S. 6.

¹²⁴Vgl. o.V., Zeit, China beendet Ein-Kind-Politik, 29. Oktober 2015, im Internet abrufbar unter: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-10/china-ein-kind-politik-abschaffung>, (abgerufen am 23. Oktober 2016).

¹²⁵Vgl. ebd.

¹²⁶Vgl. o. V., Studie: Zu wenige Frauen in Asien, Kölnische Rundschau, 15. März 2011, S. 26.

Die Bevölkerung in der gesamten Europäischen Union wird älter: 18,9 Prozent beträgt im Jahr 2015 der Anteil von über 65-Jährigen. Nur in Italien ist dieser mit 21,7 Prozent noch höher als in Deutschland (21,0 Prozent).¹²⁷

Der US-amerikanische Politologe Professor Francis Fukuyama weist darauf hin, dass an der demografischen Krise „neue Technologien schuld“ sind, „die den Menschen erlauben, länger zu leben als zu der Zeit, als die Gesellschaftsverträge geschlossen wurden. Unter (...) Kanzler Bismarck wurde das Rentenalter auf 65 festgesetzt, weil in den 1880er-Jahren praktisch niemand so lange durchhielt. Heute werden die Leute 80 oder sogar 90 Jahre alt. Es wird schwierig werden, diese Dinge neu auszuhandeln. Übrigens handelt es sich hier um ein allgemeines Problem, das sämtliche industrialisierten Länder betrifft. Ich weiß, dass Europäer gern die Hände ringen, aber jeder einzelne asiatische Staat sieht sich auf lange Sicht mit einer viel schlimmeren Finanzkrise als Europa konfrontiert. China hat noch ein bisschen Zeit, aber wenn dort die Krise kommt, dann kommt sie hart.“¹²⁸

Der französische Historiker und Demograf Emanuel Todd führt auch die Unruhen in den arabischen Ländern auf Veränderungen im Altersaufbau und den Sozialstrukturen der dortigen Gesellschaften zurück. Die Geburtenziffer habe sich in der arabischen Welt in 30 Jahren bis 2005 halbiert. In Tunesien, Marokko, Algerien, Libyen und Ägypten sei sie unter die magische Schwelle von drei Kindern pro Frau gesunken.¹²⁹

¹²⁷ Statistisches Bundesamt, Ältere Menschen in Deutschland und der EU, Wiesbaden 2016, S. 18.

¹²⁸ Hannes Stein, Alle Menschen wollen Demokratie (Interview mit Prof. Francis Fukuyama), Die Welt, 4. April 2011, S. 8.

¹²⁹ Emmanuel Todd, „Al Qaida war schon tot“, DER SPIEGEL, 16. Mai 2011.

Der Anteil der Menschen im Rentenalter wird sich jedenfalls bis Mitte des Jahrhunderts verdoppeln. Nur in einem Drittel aller Länder gibt es ein umfassendes Altersversorgungssystem.¹³⁰

VI

Die ökonomischen Auswirkungen

Heute leben in Deutschland rund 82 Millionen Menschen.

In den nächsten 25 Jahren schrumpft die Bevölkerung um fünf Prozent, d.h. um vier Millionen Menschen auf 78 Millionen.¹³¹

Das hat Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes.¹³²

Die Zahl der Arbeitnehmer sinkt, die Zahl der Rentner steigt.¹³³

¹³⁰Reymer Klüver, Planet der Alten, in: Süddeutsche Zeitung, 02.10.2012, S. 8 unter Berufung auf einen Bericht der Vereinten Nationen (UN).

¹³¹Vgl. Philip Plickert / Sven Astheimer, Alterndes Deutschland nur mit Mini-Wachstum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2010, S. 11. Steffen Angenendt und Wenke Apt weisen darauf hin, dass „die ungünstige Bevölkerungsentwicklung in Russland und Japan [...] wahrscheinlich die dortige Wirtschaftskraft schmälern“ wird und „in China dürfte das bisherige Wachstumsmodell in Frage gestellt werden, während Indien und die USA hingegen weiterhin gute demografische Entwicklungschancen haben.“; vgl. Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, in: Internationale Politik Mai / Juni 2011, S. 62.

¹³²Vgl. Steffen Angenendt / Wenke Apt, Womit wir rechnen müssen. Demografie als Triebkraft des 21. Jahrhunderts, in: Internationale Politik Mai / Juni 2011, S. 62.

¹³³Peer Steinbrück schreibt hierzu: „Das Verhältnis der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) und jener im Rentenalter (65 Jahre und älter) ändert sich dramatisch. Standen 1990 noch 100 Bürgern im Erwerbsalter 23 über 65-Jährige gegenüber, waren es 2010 bereits 34. In weniger als 20 Jahren werden es wahrscheinlich 53 Rentner sein. Also werden dann in der gesetzlichen Altersversorgung zwei Bürger im Erwerbsalter mit ihren Arbeitgebern für einen

Die Beiträge für die Renten-, die Kranken- und besonders die Pflegeversicherung steigen.¹³⁴ Anders ist es bei der Arbeitslosenversicherung. Gibt es weniger Arbeitnehmer, gibt es – so die Fachleute – auch weniger Arbeitslose.

Tendenziell erzielen ältere Gesellschaften geringere Kapitalrenditen. Ältere und kleinere Gesellschaften konsumieren weniger. Es gibt also eine geringere Nachfrage. Die Investitionen sinken. Es muss mehr fürs Alter zurückgelegt werden, weil das Lebensalter stetig steigt.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt.

Es ist schwerer, freie Stellen qualifiziert zu besetzen. Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen, werden seltener. Man findet keine Bewerber mit der passenden Ausbildung. Die Wenigen müssen produktiver arbeiten. Sie sind wertvoller; also steigt der Lohn. Im Jahr 2015 wurde der höchste Anstieg des Reallohnindex seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2008 festgehalten. Die Löhne stiegen um 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.¹³⁵ Lebenslanges Lernen wird wichtiger, gerade für ältere Arbeitnehmer.¹³⁶

Neben den Boom-Regionen werden weite Teile des Landes weniger Einwohner haben. Es wird Regionen geben, die von der Alterung der

potenziellen Rentenbezieher aufkommen müssen.“; Peer Steinbrück, Im Schraubstock der Demografie, Die Zeit, 2. Februar 2012.

¹³⁴Karl Otto Hondrich bezeichnet die im Alter steigenden Kosten für Gesundheit und Pflege als eine andere Form des Konsums; vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 44f.

¹³⁵Statistisches Bundesamt, Verdienste und Arbeitskosten, Reallohnindex und Nominallohnindex, 2. Vierteljahr 2016, Wiesbaden 2016, S. 6.

¹³⁶Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

Bevölkerung stärker betroffen sind als andere.¹³⁷ Es wird Wanderungsbewegungen vom ländlichen Raum zu den Zentren geben. Insbesondere die östlichen Landesteile werden weiter Einwohner verlieren.¹³⁸ Ähnliches gilt für die Metropole Ruhr.¹³⁹

Die Folge dieser Veränderungen ist, dass das Bruttoinlandsprodukt je Kopf langsamer wachsen wird. Nach einer Studie der Organisationen für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) wird kein Industrieland in den kommenden 50 Jahren so stark an wirtschaftlicher Bedeutung verlieren wie Deutschland. Der Grund dafür ist die Alterung der Bevölkerung. Die OECD geht in einer Langzeitprognose davon aus, dass sich bei einer Abnahme der Bevölkerung um 18 Prozent und einem Rückgang der Beschäftigung um 23 Prozent bis 2060, das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 6,5 Prozent verringern würde.¹⁴⁰ Weiterhin konstatiert die OECD: „Die Bevölkerungsalterung setzt in Deutschland früher ein als in den meisten anderen OECD-Volkswirtschaften und wird deutlich ausfallen. Sie könnte einen erheblichen Rückgang der Beschäftigung zur Folge haben, der das Pro-Kopf-BIP belasten würde, und sie wird die Nachfrage nach öffentlichen Gesundheitsleistungen erhöhen. Deutschland hat bereits weitreichende Reformen umgesetzt, um die Auswirkungen der Alterung auf das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebensqualität und die Nachhaltigkeit der

¹³⁷ Interessant ist in diesem Zusammenhang eine Studie des Marktforschungsunternehmens GfK GeoMarketing: Demnach beträgt der Anteil der Haushalte, in denen der Haushaltsvorstand 60 Jahre und älter ist, an allen Haushalten im Saarland heute schon 39,0 Prozent, während es in Berlin nur 30,6 Prozent sind; vgl. Bert Losse, Grauer Wohnen, WirtschaftsWoche, 23. Januar 2012, S. 38.

¹³⁸ Vgl. Philip Plickert / Sven Astheimer, Alterndes Deutschland nur mit Mini-Wachstum, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 2010, S. 11.

¹³⁹ Vgl. Steffen Kröhnert / Nienke van Olt / Reiner Klingholz, Deutschland 2020. Die demografische Zukunft der Nation, Berlin 2005, S. 58ff.

¹⁴⁰ Vgl. OECD, Wirtschaftsberichte Deutschland, April 2016, Paris 2016, S. 35.

öffentlichen Finanzen zu mindern. Dennoch bedarf es fortgesetzter Anstrengungen, um älteren Arbeitskräften dabei zu helfen, ihre Work-Life-Balance zu verbessern und ihre Arbeitszeit mit ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrem Erwerbswunsch in Einklang zu bringen.“¹⁴¹

Das ist schon optimistisch geschätzt.

Der Staat nimmt deshalb weniger Steuern ein.

Die staatlichen Ausgaben steigen bei einer deutlich niedrigeren Steuerbasis – zum Beispiel

- bei den staatlichen Zuschüssen für die Alterssicherung,
- bei der Sozialhilfe für ältere Menschen,
- bei den Pensionslasten für die Beamten
- und bei der Anpassung der öffentlichen Infrastruktur an eine älter werdende Bevölkerung.¹⁴²

Manche Ökonomen meinen, diese Entwicklung werde das Land in den Ruin treiben. Nach Auffassung des Finanzwissenschaftlers Bernd Raffelhüschen müsste „allein die Rentenversicherung über Rückstellungen in Höhe von zwei Billionen Euro verfügen, um ihre Leistungsversprechen für die Zukunft bezahlen“¹⁴³. Bei der Pflege seien es 700 bis 800 Milliarden Euro. Rechne man die gesetzliche Krankenversicherung hinzu, käme man auf fast fünf Billionen Euro, die in

¹⁴¹Ebd., S. 53.

¹⁴²Vgl. Horst Siebert, Wirtschaftliche Perspektiven für alternde Gesellschaften, Neue Zürcher Zeitung, 26. August 2000.

¹⁴³Zit. nach: Peter Thelen, Dem Staat fehlen Billionen, Handelsblatt, 19. Mai 2010.

den Sozialkassen in Zukunft aufgebracht werden müssen.¹⁴⁴ Wenn, wie die Ratingagentur Standard & Poor`s meint, die deutsche Schuldenquote einschließlich der Zuschüsse an die Sozialkassen bis zum Jahr 2050 auf das Vierfache des Bruttoinlandsprodukts hochschnellt, ist der deutsche Staat pleite.¹⁴⁵ So kommt es aber nur, wenn wir nichts tun.

VII

Arbeitswelt im Wandel

Die Zahl der Beschäftigten wird zurückgehen. Demografisch bedingt sinkt das Angebot an Arbeitskräften derzeit jährlich um rund 100.000.¹⁴⁶ Die Folge ist eine Umverteilung der zu leistenden und zur Verfügung stehenden Arbeit.¹⁴⁷ Die Zahl der potentiellen Arbeitnehmer ist bis zum Jahr 2030 Jahren voraussichtlich um rund 6 Millionen geschrumpft¹⁴⁸ - insbesondere durch das Ausscheiden der Baby-Boomer-Generation der späten 1950er- und frühen 1960er-Jahre aus dem erwerbsfähigen Alter.¹⁴⁹ Die Zahl der Arbeitslosen geht nach einer Berechnung der Prognos AG vom Jahr 2020 an auf unter 2 Millionen Arbeitslose zurück.

¹⁴⁴Vgl. ebd.

¹⁴⁵Vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

¹⁴⁶Vgl. Sven Astheimer, Unsinnige Generationendebatte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 2011, S. 9.

¹⁴⁷Vgl. Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 3.

¹⁴⁸Vgl. Sven Astheimer, Personalnot macht erfinderisch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2010, S. 20; Der Demografiebericht der Bundesregierung geht davon aus, dass es im Jahr 2030 in Deutschland rund 6,3 Millionen Erwerbsfähige weniger geben wird als noch im Jahr 2010; vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 231.

¹⁴⁹Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 8.

Damit würden in Deutschland nahezu Vollbeschäftigung (4,2 Prozent) herrschen.¹⁵⁰

In den Regionen, die von Alterung und Abwanderung betroffen sind, wird es immer weniger Fachkräfte geben. Wer nichts dagegen tut, kann seine Stellen nicht mehr besetzen.

Weniger Arbeitnehmer und mehr ältere Arbeitnehmer müssen aber nicht zwangsläufig zu einer geringeren Beschäftigungsrate führen.

Es gibt Möglichkeiten gegenzusteuern:

Eine Stellschraube ist, die Frauenerwerbstätigenquote zu erhöhen. Hier hat sich bereits ein Wandel vollzogen: Die Quote der erwerbstätigen Frauen lag im Jahr 2004 bei 58,4 Prozent und betrug im Jahr 2015 bereits 69,3 Prozent.¹⁵¹ In Schweden liegt sie bei 74,0 Prozent und Dänemark bei 70,4 Prozent - außerhalb der EU erreichen Island und die Schweiz ebenfalls höhere Erwerbstätigenquoten der Frauen als Deutschland.¹⁵²

Frauen und Männer haben das Recht, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten. Durch bessere Betreuungsangebote für Kinder und familienfreundliche Unternehmen kann aber die Erwerbsquote höher werden. Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung trägt auch die Einführung des Elterngeldes dazu bei. Demnach ist der Anteil der Frauen, die im zweiten Lebensjahr ihres Kindes wieder arbeiten wollen, seit der Einführung des Elterngeldes im

¹⁵⁰Vgl. o.V., 2020 wohl weniger als 2 Mio. Arbeitslose, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Juni 2013, S. 14.

¹⁵¹Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Frauen und Männer am Arbeitsmarkt 2015, Nürnberg 2016, S. 5.

¹⁵²Vgl. ebd., S. 8.

Jahr 2007 erheblich gestiegen und auch die Bereitschaft der Männer in Elternzeit zu gehen, ist angewachsen – auch wenn diese meist die Dauer von zwei Monaten nicht überschreitet.¹⁵³

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass Männer und Frauen sicher sein können, Beruf und Familie miteinander verbinden zu können. Neben der dazu erforderlichen Verlässlichkeit muss eine gesellschaftliche Wertschätzung kommen.¹⁵⁴

Eine zweite Handlungsoption ist, länger zu arbeiten.

Wenn weniger Menschen erwerbstätig sind, müssen diejenigen, die arbeiten können, länger arbeiten. Das ist der Grund, weshalb die Rente mit 67 bei uns eingeführt wurde.¹⁵⁵ Der europäische Trend geht noch weiter: Bereits zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union haben ein Renteneintrittsalter ab 2050 beschlossen, das teilweise weit über 67 Jahre hinausgeht. In Finnland und der Tschechischen Republik liegt die Altersgrenze zwischen 67 und 68 Jahre. In Zypern, Irland, Großbritannien, Italien und Portugal sollen die Menschen mit 68 respektive 69 Jahren in Rente gehen können und Dänemark hat sogar ein Renteneintrittsalter von 72 Jahren beschlossen.¹⁵⁶

Was manch einen erstaunen mag: Viele Deutsche würden sogar gerne länger arbeiten – und zwar gerade diejenigen, die bereits im Ruhestand

¹⁵³Vgl. Mathias Huebener / Kai-Uwe Müller / Katharina Spieß / Katharina Wrohlich, Zehn Jahre Elterngeld: Eine wichtige familienpolitische Maßnahme, DIW Wochenbericht Nr. 49, 2016, S. 1159-1166.

¹⁵⁴Norbert F. Schneider / Martin Burgard, „Das Gedöns“ und die Geschlechter, Die Zeit, 18. Juli 2013, S. 11.

¹⁵⁵Allerdings wurde im „Rentenpaket“ der Bundesregierung für langjährige Versicherte die Möglichkeit geschaffen, sogar schon im Alter von 63 Jahren einen Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente zu erhalten. Bisher wurde die Regelaltersgrenze mit 65 Jahren erreicht. Sie wird für die Jahrgänge 1947 und jünger seit 2012 von 65 auf 67 Jahre angehoben.

¹⁵⁶Vgl. Heike Göbel / Kerstin Schwenn, Bekloppte Finnen, Dänen, Niederländer?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 2016, S. 19.

sind. So zeigt eine Umfrage der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse im Auftrag des Generali Zukunftsfonds, dass 54 Prozent der 65- bis 75-jährigen Rentner gerne länger gearbeitet hätten. Als Gründe für eine mögliche längere Erwerbsarbeit werden dabei vor allem der Spaß am Beruf, die Möglichkeit, Können und Wissen weiterzugeben, und die sozialen Kontakte am Arbeitsplatz genannt. Finanzielle Gründe spielen dagegen nur eine geringe Rolle.¹⁵⁷ In der Altersgruppe der 40 bis 59-Jährigen planen 39,5 Prozent (im Jahr 2014) erst mit 65 Jahren oder später in Rente zu gehen. Dies bezieht sich jedoch meist auf höher gebildete Männer.¹⁵⁸

Zahlen zur Erwerbstätigkeit im Alter stimmen in diesem Gesamtzusammenhang positiv:

Der Anteil der erwerbstätigen Personen an der Bevölkerung im Alter von 40 bis 65 Jahren ist von 1996 bis 2014 von 60,2 Prozent auf 74,1 Prozent im Jahr 2014 gestiegen.¹⁵⁹ Auch über das Alter von 65 Jahren hinaus ist die Quote der Erwerbstätigen angestiegen. In der Altersspanne von 65 bis 69 Jahren ist der Anteil der Erwerbstätigen von 2005 bis 2015 stieg die Zahl von 6,5 auf 14, 5 Prozent. Die höchsten Erwerbstätigenquoten unter den 65- bis 69-Jährigen wiesen 2015 Estland mit 29,3 Prozent, Schweden 21,6 Prozent und Großbritannien

¹⁵⁷ Vgl. Generali Zukunftsfonds (Hrsg.), Monitor 02. Länger leben – länger arbeiten? Daten und Fakten zum Thema Lebensarbeitszeit, Köln 2012, S. 3; Christian Ebner, Weniger Stunden, mehr Stress, Süddeutsche Zeitung, 11. Mai 2013, S. V2/12.

¹⁵⁸ Vgl. Heribert Engstler / Laura Romeu Gordo, Der Übergang in den Ruhestand: Alter, Pfade und Ausstiegspläne, in: Katharina Mahne / Julia Katharina Wolff / Julia Simonson / Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Wiesbaden 2017, S. 65-80.

¹⁵⁹ Vgl. Janna Franke / Martin Wetzels, Länger zufrieden arbeiten? Qualität und Ausgestaltung von Erwerbstätigkeit in der zweiten Lebenshälfte, in: Katharina Mahne / Julia Katharina Wolff / Julia Simonson / Clemens Tesch-Römer (Hrsg.), Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS), Wiesbaden 2017, S. 47-64.

mit 21,2 Prozent auf – der EU-Durchschnitt liegt bei 11,7 Prozent.¹⁶⁰ Die Deutschen gingen 2015 nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung im Durchschnitt mit 64 Jahren in Rente, fast zwei Jahre später als im Jahr 2000.¹⁶¹ Allerdings war das durchschnittliche Renteneintrittsalter zeitweise bereits bei 64,1 Jahren und wurde durch die von der großen Koalition geschaffene Möglichkeit, mit 63 Jahren in den Vorruhestand gehen zu können, wieder auf 64 Jahre abgesenkt.¹⁶²

Zwar weist Deutschland die zweithöchste Erwerbstätigenquote im Jahr 2014 in der Altersklasse der 20 bis 64 Jährigen mit 78 Prozent auf – nur Schweden liegt mit 80 Prozent höher im Ranking.¹⁶³ Aber dennoch besteht hier Nachholbedarf. Denn zum einen liegt auch die deutlich gestiegene Erwerbstätigenquote – von 63 Prozent im Jahr 2004 auf 73 Prozent im Jahr 2014 – der Frauen noch immer hinter derjenigen der Männer (82 Prozent).¹⁶⁴ Zum anderen ist ein großer Teil der Erwerbstätigen nicht in Vollzeit beschäftigt oder wünscht sich auch im Alter weiterzuarbeiten, sodass im Jahr 2014 in der Europäischen Union 23 Prozent des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials der 15- bis 74-Jährigen ungenutzt blieb.¹⁶⁵

Längeres Arbeiten wird – neben der Rente mit 67 – auch mit der angestrebten Verkürzung der Ausbildungszeiten (G8-Abitur, Bologna-Prozess) erreicht. Während laut einer 2008 veröffentlichten Studie des Projekts „Eurostudent“ die durchschnittliche Dauer eines

¹⁶⁰Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 343/16 vom 27.09.2016.

¹⁶¹Vgl. Heike Göbel / Kerstin Schwenn, Beklopte Finnen, Dänen, Niederländer?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. August 2016, S. 19.

¹⁶²Vgl. ebd.

¹⁶³Vgl. Statistisches Bundesamt, Arbeitsmarkt auf einen Blick. Deutschland und Europa, Wiesbaden 2016, S. 9.

¹⁶⁴Vgl. ebd., S. 6.

¹⁶⁵Vgl. ebd., S. 16 f.

Universitätsstudiums in Deutschland bei 5,6 Jahren gelegen hat, waren es in Italien und den Niederlanden 4,4 Jahre, in Irland 3,5 Jahre und im Vereinigten Königreich 3,1 Jahre.¹⁶⁶ Hier sollte die Umstellung auf den Bachelor- bzw. Masterabschluss Abhilfe schaffen. Die Regelstudiendauer hielten dabei im Jahr 2014 aber nur 40 Prozent der Absolventen ein.¹⁶⁷

Auch die Gesamtstudienzeiten blieben im Median nach der Reform nahezu unverändert: Im Jahr 2013 wurde ein Bachelorabschluss in 7,1 Semestern erreicht, im Jahr 2015 waren es bereits 7,3 Semester. Für einen Masterabschluss stieg die Dauer der Gesamtstudienzeit von 11,0 Semestern in 2013 auf 11,5 Semester in 2015.¹⁶⁸ Mit Erreichen des Bachelorabschlusses, ist jedoch ein erstes berufsbefähigendes Studium bereits nach weniger als 8 Semestern Gesamtstudienzeit abgeschlossen. So konnte – auch in Kombination mit dem faktischen Wegfall der Wehrpflicht – dennoch das Durchschnittsalter von Erstabsolventen um über ein Jahr auf 24,4 Jahre gesenkt werden.¹⁶⁹ Wenn die Ausbildungs- und Studienzeit sinkt, muss konsequenterweise im Gegenzug die betriebliche bzw. außerbetriebliche Weiterbildung ausgebaut werden. Wenn Arbeitnehmer länger erwerbstätig sind, müssen die Tarifverträge bzw. betriebliche Karrierestufen häufigere Beförderungen vorsehen.

¹⁶⁶Vgl. Hochschul-Informationssystem, Social and Economic Conditions of Student Life in Europe. Synopsis of indicators. Final report. Eurostudent III 2005-2008, Bielefeld 2008, S. 49.

¹⁶⁷Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 181/16 vom 31. Mai 2016.

¹⁶⁸Vgl. Statistisches Bundesamt, Bestandene Prüfungen nach Studiendauer (2016), im Internet abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/BestandenePruefungenStudiendauer.html>, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

¹⁶⁹Vgl. Statistisches Bundesamt, Hochschulen auf einen Blick, Wiesbaden 2016, S. 21.

Die meisten älteren Menschen werden länger arbeiten müssen, wenn sie als Rentner ihren Lebensstandard halten wollen. Einige werden länger an ihrem Arbeitsplatz verbleiben. Andere werden Teilzeittätigkeiten übernehmen. Ohne eine schlüssige Strategie zur Gestaltung des demografischen Wandels sind auch Rentenkürzungen möglich.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, mehr Fachkräfte auszubilden.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung postulierte aber bereits im Jahr 2010, dass es sich keineswegs um ein allgegenwärtiges und damit auch zunächst, um ein nicht direkt sichtbares Problem handelt.¹⁷⁰

Vielmehr sei der generelle Mangel in MINT und Ingenieur-Berufen in Fachkreisen umstritten. Zwar gehen einige Prognosen von einem gefährlichen Rückgang der MINT-Absolventen aus.¹⁷¹ Allerdings erwarten andere Erhebungen lediglich einen Mangel in spezifischen Bereichen und nicht generell für den MINT-Bereich.¹⁷² Dies wird durch die aktuelle Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit bestätigt. Danach sind sowohl spezialisierte Experten einzelner Ingenieursberufe, aber auch Fachkräfte für Ausbildungsberufe, im Bereich Sanitär- und Heizungsbau sowie Kranken- und Altenpflege gefragt.¹⁷³

¹⁷⁰Vgl. Karl Brenke, Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht, DIW-Wochenbericht 46/2010 vom 18. November 2010, S. 2-15.

¹⁷¹Vgl. Institut der Deutschen Wirtschaft, MINT-Frühjahrsreport 2016. Herausforderungen der Digitalisierung, Köln 2016, S. 53.

¹⁷²Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Die Debatte über den Fachkräftemangel, DIW Roundup 4, Berlin 2014, S. 3 f.

¹⁷³Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2016): Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Fachkräfteengpassanalyse, Nürnberg, im Internet abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Fachkraeftebedarf-Stellen/Fachkraefte/BA-FK-Engpassanalyse-2016-06.pdf>, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

Hier zeichnet sich ein Mangel an ausreichenden Bewerbern für Handwerks- und Ausbildungsberufe ab, der auch durch die hohe Anzahl von Flüchtlingen, die im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen sind, nach Schätzungen der Deutschen Industrie und Handelskammer (DIHK) nicht ausgeglichen werden kann. Demnach haben 31 Prozent der von der DIHK befragten Unternehmen Probleme, Bewerber für die ausgeschriebenen Stellen zu finden.¹⁷⁴

In Deutschland gibt es zu viele Kinder und Jugendliche ohne Schulabschluss. Mehr als 47.000 junge Menschen haben im Jahr 2014 die Schule ohne Abschluss verlassen.¹⁷⁵ Das Bildungssystem versagt bei ihnen und entlässt sie in „ein mehr oder weniger lebenslanges Prekariat“. 1,9 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahre haben keine abgeschlossene Lehre oder Berufsausbildung.¹⁷⁶ Durch bessere individuelle Betreuung können hier Hartz IV-Karrieren verhindert werden. In Deutschland gibt es zudem etwa 7,5 Millionen Menschen, die nur eingeschränkt lesen und schreiben können.¹⁷⁷

Und noch immer gibt es zu viele Arbeitslose. Ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung haben sie keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Die Betreuung der Arbeitslosen ist trotz aller Ankündigungen noch immer nicht im notwendigen Umfang an den unterschiedlichen Erfordernissen der Arbeitslosen orientiert. Wer Angst vor Vorstellungsgesprächen hat,

¹⁷⁴Vgl. o.V., Flüchtlinge können Azubi-Mangel nicht ausgleichen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Juni 2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/fluechtlinge-koennen-azubi-mangel-nicht-ausgleichen-14286607.html>, (abgerufen am 28.12.2016).

¹⁷⁵Vgl. o.V., Zehntausende Jugendliche ohne Schulabschluss, Die Zeit, 15. September 2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.zeit.de/news/2016-09/15/bildung-zehntausende-jugendliche-ohne-schulabschluss-15081204>, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

¹⁷⁶Vgl. ebd.

¹⁷⁷Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung, Pressemitteilung 144/2016 vom 28. November 2016.

braucht zum Beispiel keine schriftliche Aufforderung, sich bei einer Firma vorzustellen. Er braucht jemanden, der ihn zum Vorstellungsgespräch begleitet.

Auch die Tatsache, dass über 50-Jährige kaum eine Chance auf eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt haben, ist eine schwere Form der Diskriminierung. Gleiches gilt, weil Arbeitslose über 58 nicht mehr in der Statistik erfasst sind. Es kann auch nicht dabei bleiben, dass erfolgreiche Forscher und Hochschullehrer in Deutschland zwangspensioniert werden, ihre Arbeit beenden müssen und sie in den USA fortsetzen.¹⁷⁸

Ein viertes Handlungsfeld ist, die Steigerung der Produktivität. Die steigende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen beruht neben der Stabilität der Lohn- und Arbeitskosten auf einem im selben Zeitraum stattfindenden Erneuerungsschub in den Unternehmen.

Der Einsatz modernster Technologie hat die Effizienz der Produktion in Deutschland billiger, präziser, flexibler und moderner gemacht. Vielfach verkaufen deutsche Unternehmen, vielfach auch mittelständische Unternehmen, heute nicht mehr ausschließlich Produkte auf den Weltmärkten, sondern Lösungen.

Die Welt steht in den kommenden Jahren vor einem ungeheuren Modernisierungsschub, der durch die Digitalisierung aller Lebensbereiche verstärkt wird. Neues Wissen, neue Produkte, aber auch und vielleicht gerade die Weiterentwicklung der von der deutschen Wirtschaft hergestellten klassischen Produkte werden unser Leben und

¹⁷⁸Vgl. Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 17.

Arbeiten verändern. Da Wissen als neuer Produktionsfaktor eine immer größere Rolle bei der Wertschöpfung spielt, hat unser Land große Chancen, neue Produktivität durch technischen Fortschritt zu erzielen.

Deshalb war es wichtig, in der Zeit von 2005 bis 2010 ein Hochschulerneuerungsprogramm für die nordrhein-westfälischen Hochschulen mit Investitionen in Höhe von acht Milliarden Euro zu beginnen und 24 große Forschungszentren, vier neue Fachhochschulen und acht bestehende Fachhochschulen besonders für MINT-Fächer zu gründen und zu erweitern.

Es gibt mithin eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Rückgang der Beschäftigungsrate zu kompensieren. Das muss man wollen. Leider hat in den letzten Jahren eine Tendenz eingesetzt, die wenigen Schritte, die bisher umgesetzt wurden, rückgängig zu machen. Dazu gehört der Versuch, die Rente mit 67 und das G8-Abitur zurückzunehmen oder einzuschränken.

Auch das Gesetz, das schrittweise eine frühere Einschulung in Nordrhein-Westfalen möglich machen sollte, wurde aufgehoben. Es existieren ähnliche Bestrebungen, das Studium zu verlängern,¹⁷⁹ Teilweise wurden diese bereits implementiert. Erfreulicherweise haben

¹⁷⁹ So heißt es beispielsweise in der 2010 zwischen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen in Nordrhein-Westfalen abgeschlossenen Koalitionsvereinbarung: „Gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir zu Vereinbarungen über eine Reduzierung der Stofffülle, der Prüfungsdichte, der Anwesenheitspflichten und der Arbeitsbelastung kommen. Durch neue Zeitfenster und mehr Flexibilität bei der Dauer von Bachelorstudiengängen wollen wir Studierenden ermöglichen, Auslandssemester, Praktika und gesellschaftliches Engagement in ihr Studium zu integrieren. Daneben sollen die Hochschulen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium spürbar ausbauen.“; Nordrhein-Westfalen 2010 - 2015: Gemeinsam neue Wege gehen Koalitionsvertrag zwischen der NRWSPD und Bündnis 90 / Die Grünen NRW, Düsseldorf 2010, S. 12.

Eltern und Lehrer in Nordrhein-Westfalen verhindert, dass das Abitur nach acht Jahren wieder abgeschafft wurde.

In der politischen Auseinandersetzung wird von Gegnern einer längeren Arbeitszeit immer wieder gegen mehr körperliche Arbeit im Alter polemisiert.¹⁸⁰ Zuletzt hatte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Vorschlag der Bundesbank die die Regelaltersgrenze für den Renteneintritt auf 69 Jahre anzuheben als „beklopte Idee“ bezeichnet.¹⁸¹ Es sei unzumutbar, dass ein Dachdecker mit 65 Jahren über die Dächer laufe. Das hat auch niemand gefordert. Natürlich lässt die körperliche Kraft im Alter nach. Auch manche kognitive Fähigkeiten werden geringer. Dafür haben ältere Menschen mehr Erfahrung und mehr soziale Kompetenz.¹⁸² Die Arbeitsproduktivität sinkt nicht signifikant.¹⁸³

¹⁸⁰Der vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Mai 2011 in der Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ gemachte Vorschlag, das Renteneintrittsalter noch weiter auf 69 Jahre zu erhöhen, wurde sofort von den Sozialverbänden und Gewerkschaften kritisiert. Dieser Rat sei weltfremd, hieß es. Schon die geplante Heraufsetzung der Altersgrenze auf 67 Jahre sei unverantwortbar; vgl. o. V., Sachverständigenrat empfiehlt Rente mit 69, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2011, S. 11.

¹⁸¹Vgl. o.V., Gabriel nennt Rente mit 69 "beklopte Idee", Süddeutsche Zeitung 16. August 2016, im Internet abrufbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/renteneintritt-gabriel-nennt-rente-mit-beklopte-idee-1.3123578>, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

¹⁸²Vgl. Björn Schwentker / James W. Vaupel, Eine neue Kultur des Wandels – Essay, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 8.
Vgl. auch: Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 23.

¹⁸³Vgl. o. V., Sachverständigenrat empfiehlt Rente mit 69, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19. Mai 2011, S. 11. Der Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber sagt dazu: „Solange Taktzeiten von 50 bis 70 Sekunden an Fließbändern und Maschinen zur Realität unserer Hochleistungsgesellschaft gehören, sind die Menschen nach 40 Jahren Maloche kaputt.“ Die Einschätzung der Arbeitnehmer ist hierzu unterschiedlich. Das hängt vom jeweiligen Beruf ab. In einem Drittel der Branchen hält mehr als 50 % der Beschäftigten das Erreichen der Regelaltersgrenze für wahrscheinlich (Chemie, öffentliche Verwaltung, Wissenssektor). Nicht einmal ein Drittel halten es im Gastgewerbe, im

Das abrufbare Wissen ist nie so hoch wie nach der Bildungs- und Ausbildungsphase. Es sinkt danach kontinuierlich. Dafür steigt im gleichen Umfang das Erfahrungswissen.¹⁸⁴

Wir brauchen keinen Kampf gegen Veränderungen, sondern neue Formen der Beschäftigung, damit die Erfahrungen der älteren Generation nicht ungenutzt bleiben. Noch nie wurde eine ältere Generation so dringend gebraucht, damit unsere Gesellschaft weiter in Wohlstand, Selbstbestimmung und Freiheit leben kann.

VIII

Die Gefahr der Altersarmut

Eines der großen gesellschaftlichen Probleme der Zukunft wird eine wachsende Altersarmut sein. Die jetzt lebende Rentnergeneration gilt als vergleichsweise gut versorgt.¹⁸⁵ Die heute jungen Menschen werden jedoch Probleme haben, ihren Lebensstandard im Alter zu sichern.¹⁸⁶

Es gibt kaum noch „Normalarbeitsplätze“, die man von der Lehre mit 14 Jahren bis zur Rente mit 65 Jahren – also mehr als 50 Jahre – ausübt.

Sozialwesen, bei den Zecharbeitern oder Reinigungskräften für möglich; Thomas Öchsner, Am Ende, Süddeutsche Zeitung, 24. April 2013, S. 17.

¹⁸⁴Zur Bedeutung des Erfahrungswissens vgl. Hans-Eberhard Plath, Erfahrungswissen und Handlungskompetenz - Konsequenzen für die berufliche Weiterbildung, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.): IAB-Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, BeitrAB 250/2002, S. 517-529.

¹⁸⁵Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Alterssicherungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 8.

¹⁸⁶Vgl. Marc Felix Serrao, Verdammt lang hin, Süddeutsche Zeitung, 30. April 2016, S. 11.

Solche Arbeitszeiten führen zu einer auskömmlichen Altersversorgung. Dies gilt nicht für gebrochene Erwerbsbiografien. Für sie wird eine rein staatliche Altersversorgung nicht auskömmlich sein. Zumal wenn sie vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand gehen: Dann sind für jeden Monat, den man sich früher aus dem Arbeitsleben verabschiedet, Rentenabzüge einzuplanen. Deshalb muss ein besseres System sich ergänzender Alterseinkommen entwickelt werden.

Als Gründe für die zukünftige Altersarmut werden folgende genannt:

- Die Ausdifferenzierungen auf den globalen Arbeitsmärkten führen zu mehr Altersarmut.
- Die Globalisierung der deutschen Wirtschaft hat zu einer Flexibilisierung der Arbeitsmärkte geführt.
- Die Hartz-Reformen haben zu einem Anstieg von Teilzeitjobs geführt.
- Es gibt zu viele unterbrochene Erwerbsbiografien.
- Bei Erwerbsminderungsrentnern ist das Armutsrisiko sehr hoch.
- Die Rentenreformen 2001 (Riester-Reform), 2004 (Nachhaltigkeitsreform) und 2007 ("Rente mit 67") haben das Bruttorentenniveau gesenkt. Die Zahl der „Riester-Verträge“ in Haushalten mit niedrigem Einkommen ist gering.

Die Zahl aller geringfügig entlohnten Beschäftigten betrug im September 2016 über 7,4 Millionen.¹⁸⁷ Die Zahl der Teilzeiterwerbstätigen, die eine Vollzeitbeschäftigung suchen, lag im Jahr 2015 bei 12,9 Prozent.¹⁸⁸

Viele junge Menschen müssen mehrere Praktika absolvieren, um einen Einstieg ins Arbeitsleben zu finden.¹⁸⁹

Die Einstiegsgehälter, auch bei akademischen Abschlüssen, sind gering. Nicht nur in der Kreativwirtschaft werden geringe Anfangslöhne gezahlt.¹⁹⁰

Viele solcher Aussagen sind interessengeleitet. Die Vorstellung, in der globalisierten Welt sei es möglich, jedem im gleichen Betrieb einen lebenslangen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, ist unrealistisch. Die Flexibilisierung der Arbeitswelt hat zu vielen neuen

¹⁸⁷Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik. Beschäftigung Ende September 2016 in Deutschland, Nürnberg 2016,, im Internet abrufbar unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Themen/Beschaeftigung/Beschaeftigung-Nav.html>, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

¹⁸⁸Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 324/16 vom 15. September 2016.

¹⁸⁹Einer Studie des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung zufolge sind Praktika vor allem für diejenigen Studenten wichtig, deren Studium einen vergleichsweise geringen Bezug zur beruflichen Praxis hat - darunter die Sozial-, Sprach- und Kulturwissenschaften; vgl. Andreas Sarcletti, Die Bedeutung von Praktika und studentischen Erwerbstätigkeiten für den Berufseinstieg, München 2009, S. 246ff.

Sven Astheimer weist darauf hin, dass häufige Praktika ein Phänomen seien, das auf bestimmte Qualifikationen und Branchen beschränkt sei. Dass sich Kunst- und Kulturschaffenden keine Alternative biete, sei keine neue Entwicklung und in hohem Maße durch Haushaltszwänge der Arbeitgeber wie Museen und Theater begründet. Und: „Viele Arbeitgeber setzen Befristungen bei Berufsanfängern als verlängerte Probezeit ein und bauen schon entsprechende Anschlussklauseln in den Arbeitsvertrag ein.“; Sven Astheimer, Unsinnige Generationendebatte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 2011, S. 9.

¹⁹⁰Es ist nicht unüblich, dass bei einer weltweit tätigen Firma Berufsanfänger mit einem akademischen Abschluss einen Anfangslohn von 1.900 Euro pro Monat erhalten.

Beschäftigungsmöglichkeiten geführt. Viele Menschen wollen in verschiedenen Lebensphasen Teilzeit arbeiten. Es ist auch besser, einen Teilzeitarbeitsplatz zu haben, als arbeitslos zu sein. Die Vorstellung vom Ernährer, der arbeitet und Geld verdient, und der Hausfrau, die zuhause arbeitet, ist wirklichkeitsfremd. Umso mehr müssen die Konsequenzen aus der Flexibilisierung der Wirtschafts- und Arbeitswelt gezogen werden. Hier rächt sich, dass es keine abgestimmte politische Strategie gibt. Einzelmaßnahmen wie bei der „Agenda 2010“ oder bei der Änderung der Witwenrente führen oftmals zu unbeabsichtigten Begleitschäden.

Angesichts des demografischen Wandels und der Differenzierung auf dem Arbeitsmarkt gilt: Wir brauchen eine hohe Erwerbsquote und müssen Altersarmut verhindern.¹⁹¹

Altersarmut ist vor allem ein Frauenthema.

Frauen in Deutschland beziehen derzeit im Durchschnitt ein um 59,6 Prozent geringeres eigenes Alterseinkommen als Männer.¹⁹² Relativ viele Frauen ohne Kinder arbeiten. Relativ viele Frauen mit Kindern arbeiten nicht.¹⁹³ Sie sind in der Regel auf die Unterhaltssicherung durch ihren Ehepartner oder staatliche Unterstützung angewiesen. Um diesen

¹⁹¹ Die Armutsforschung ist politisch umstritten. Dem Armutsbericht der Bundesregierung wird vorgeworfen, wichtige Faktoren nicht zu berücksichtigen, siehe Klaus Schröder, Zeithistoriker an Universität Berlin, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21. Dezember 2012, S. 13, der sagt: „Der Bericht sollte aus politischen Gründen zeigen, dass Arme immer ärmer und Reiche immer reicher werden – auch, wenn das in dieser Pauschalität nicht stimmt.“ Unbestritten sollte aber sein, dass Frauen, junge Menschen ohne Ausbildung und Schulabschluss und Migranten wegen der unsteten Erwerbsbiografien in einer größeren Gefahr stehen, im Alter in Armut zu leben, Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Januar 2013, S. 7.

¹⁹² Vgl. Maria Böhmer, Gerechte Renten für Mütter, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25. Januar 2012, S. 5.

¹⁹³ Vgl. o. V., Deutschland wird trotz Familienpolitik schrumpfen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12. Oktober 2010, S. 12.

Umstand Rechnung zu tragen, wurde die sogenannte Mütterrente eingeführt. Die Mütterrente soll die Absicherung von Rentnerinnen, die vor dem Jahr 1992 Kinder bekommen und erzogen haben verbessern, indem sie einen weiteren Entgeltpunkt für jedes Kind zusätzlich zu ihrem bestehenden Rentenanspruch bekommen.

Im Zuge der Rentenreform von 2001 ist die Bezugsdauer der kleinen Witwenrente auf 24 Monate nach dem Tod des Ehepartners begrenzt worden. Mit der Rentenreform von 2007 wurde die Altersgrenze für den Bezug der großen Witwenrente – analog zur allgemeinen Erhöhung des Renteneintrittsalters – ab 2012 von 45 auf 47 Jahre erhöht.

Experten befürchten, dass Frauen mit einer Witwenrente nach derzeitiger Gesetzeslage später oft nur Bezüge erhalten werden, die unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Auch Frauen aus der Generation der Babyboomer (Jahrgänge 1956 – 1965), die mehr sozialversicherungspflichtig gearbeitet haben als frühere Generationen, erhalten nach heutiger Rentenlage kaum höhere Renten.¹⁹⁴

Mit der Rentenreform von 2004 ist der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis zum Jahr 2030 auf 22 Prozent begrenzt worden. Die Folge ist, dass das Rentenniveau von heute 52 Prozent des letzten Nettoeinkommens bis 2030 auf 43 Prozent sinken wird¹⁹⁵ – bis hierhin zumindest soll ein weiteres Absinken des Rentenniveaus notfalls anderweitig kompensiert werden.

¹⁹⁴Vgl. dpa, Altersarmut bedroht besonders Frauen, Meldung vom 2. September 2010; wenig Rente für Frauen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. Juni 2012, S. 13.

¹⁹⁵Vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

Wer keine zusätzlichen Alterseinkünfte hat, wird also seinen Lebensstandard im Alter nicht halten können. Viele, die ihr Leben lang gearbeitet haben, werden im Alter arm sein. Der Paritätische Wohlfahrtsverband warnt sogar davor, dass sich der Anteil der über 65-Jährigen, die auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sind, von derzeit etwa 2,5 Prozent bis zum Jahr 2025 auf zehn oder mehr Prozent mindestens vervierfachen werde.¹⁹⁶ Zugleich ist umstritten, ob Altersarmut tatsächlich einen großen Teil der Rentner, oder vornehmlich Geringverdiener betreffen wird.¹⁹⁷

Zwar beziehen heute nur drei Prozent der über 65-Jährigen Grundsicherung, d.h. Sozialhilfe für Ältere.¹⁹⁸ Jedoch ist die Tendenz in den kommenden Jahren steigend. So geht etwa eine Studie der Freien Universität Berlin davon aus, dass 41 Prozent der heute 45- bis 50-jährigen Frauen in Westdeutschland später eine gesetzliche Rente erhalten, die unter 680 Euro, also unter der Grundsicherung liegt. Bei den ostdeutschen Frauen der gleichen Jahrgänge seien davon 21 Prozent betroffen.¹⁹⁹ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales wiederum hat ausgerechnet, dass ein Minijobber nach 45 Versicherungsjahren einen Anspruch auf eine monatliche Rente in Höhe von gerade einmal rund 140 Euro erwirbt.²⁰⁰

¹⁹⁶Vgl. o. V., Sozialexperten warnen vor steigender Altersarmut, Focus Online, 30. Dezember 2010, im Internet abrufbar unter: http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/senioren-sozialexperten-warnen-vor-steigender-altersarmut_aid_585929.html (abgerufen am 11. April 2011).

¹⁹⁷Dietrich Creutzburg, Das Märchen von der Altersarmut, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. April 2016, S. 20.

¹⁹⁸Vgl. ebd.

¹⁹⁹Vgl. Stefan Sauer / Daniela Vates, Vielen Frauen drohen Mini-Renten, Kölner Stadt-Anzeiger, 25. Januar 2012, S. 1; sowie Daniela Vates, Die Rente ist sicher gering, Kölner Stadt-Anzeiger, 25. Januar 2012, S. 2.

²⁰⁰Vgl. o. V., 45 Jahre gearbeitet – 140 Euro Rente, Spiegel Online, 28. März 2012, im Internet abrufbar unter:

Wenn der ehemalige Chef der so genannten „Wirtschaftsweisen“, Bert Rürup, vorschlägt, die Rente mit 67 früher als bis zum Jahr 2025 einzuführen, ist das wahrscheinlich politisch nicht durchsetzbar. Noch ferner scheinen dabei aktuelle Berechnungen des Instituts der Deutschen Wirtschaft, die Rente das Rentenalter bis 2030 auf 69 Jahre und bis 2041 sogar auf 73 Jahre anzuheben, wenn weder die Beitragssätze noch das Rentenniveau verändert würden.²⁰¹ Faktisch allemal: So nahmen 2010 47,5 Prozent derjenigen, die erstmals eine Altersrente bezogen, Abschlüsse in Kauf, weil sie nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiteten. Zum Vergleich: Zehn Jahre zuvor waren es gerade einmal 14,5 Prozent.²⁰² Folgerichtig befürwortet die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, die von der Bundesregierung geschaffene Möglichkeit bereits mit 63 Jahren ohne Abschlüsse in Rente gehen zu können.²⁰³

Das Land darf aber nicht einfach zusehen, wenn die Alterssicherung vieler Leistungsträger bedroht ist oder sie sogar von Altersarmut betroffen sein könnten.

Viele werden eine kleine Rente bekommen, weil junge Leute heute spät in den Beruf einsteigen. Trotz guter Ausbildung und Studienabschlüssen, trotz angeblichem Facharbeitermangel und Ingenieurslücke werden sie als Praktikanten ausgenutzt. Zu den Rentenverlierern gehören auch die

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,824163,00.html>, (abgerufen am 13. April 2012).

²⁰¹ Vgl. o.V., Rätselraten über die Rente mit 73, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Juli 2016, S. 15.

²⁰² Vgl. Thomas Öchsner, Jeder zweite geht in Frührente, Süddeutsche Zeitung, 28. Dezember 2011, S. 1.

²⁰³ Vgl. o.V., Aufhören mit 63, Süddeutsche Zeitung, 9. Januar 2014, S. 17.

Langzeitarbeitslosen, die Langzeitstudierenden, die kleinen Selbstständigen sowie die nicht berufstätigen Mütter und Väter.²⁰⁴

Ein Arbeiter, der ein Jahreseinkommen von 15.000 Euro und 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hat, erhält im Jahr 2030 eine Rente von 448 Euro.²⁰⁵ Davon kann man schwerlich leben. Fast vier Millionen der 20 Millionen Menschen, die derzeit einer Vollbeschäftigung nachgehen, droht ein Abrutschen in die Altersarmut, obwohl sie 45 Jahre Rentenbeiträge gezahlt haben.²⁰⁶ Der Direktor des Munich Center for the Economics of Aging, Axel Börsch-Supan, prognostiziert eine weniger pessimistische Zukunft der Rentner – jedoch nur unter Berücksichtigung bis dahin getroffener Maßnahmen. Andernfalls hält auch er das grundsätzliche Risiko von zukünftiger Altersarmut für gesteigert.²⁰⁷

Der als Allheilmittel vorgeschlagene Mindestlohn kann das Problem nicht lösen. Wer einen Stundenlohn von 7,50 Euro erhält, muss 47 Jahre arbeiten, um eine Rente von 615 Euro zu bekommen.²⁰⁸

Bereits heute wird die gesetzliche Rentenversicherung zu fast 25 Prozent pro Jahr mit Steuermitteln aus dem Bundeshaushaltbezuschusst, um die Zahlungsfähigkeit zu

²⁰⁴Vgl. Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 24.

²⁰⁵Vgl. Karl-Josef Laumann, „Die Arbeit im Alter wird flexibler“, Interview mit Elisabeth Niejahr, *Die Zeit*, 6. März 2008.

²⁰⁶Vgl. Eva Quadbeck, *CDU-Arbeitnehmer fordern Mindestrente*, *Rheinische Post*, 9. August 2011, S. 11.

²⁰⁷Vgl. Axel Börsch-Supan, *Armut im Alter*, MEA Discussion Papers, München 2015, S. 5-7.

²⁰⁸Vgl. Karl-Josef Laumann, „Die Arbeit im Alter wird flexibler“, Interview mit Elisabeth Niejahr, *Die Zeit*, 6. März 2008.

gewährleisten.²⁰⁹ Ein großes Problem ist aber, dass diese Zahlungen nicht versicherungsgemäß bestimmten Leistungen zugerechnet werden können. Hier muss mehr Transparenz geschaffen werden, damit der Charakter des Systems der solidarischen Rente als Versicherungssystem wieder deutlicher wird.²¹⁰

Das Problem ist nicht durch Steuererhöhungen zu lösen, weil die Erwerbstätigen finanzielle Mittel benötigen, um zusätzlich privat vorzusorgen.

Ebenso wenig dürfte eine Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung zu vermitteln sein: Zum einen würde dies das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer verringern und zugleich für die Arbeitgeber die Lohnnebenkosten erhöhen.²¹¹

Auch durch höhere Staatsschulden kann das Problem nicht gelöst werden, weil diese zurückgezahlt werden müssen. Zu hohe Staatsschulden führen zudem zu weniger Wachstum. Außerdem müsste die heute schon stark belastete junge Generation diese neuen Staatsschulden zurückzahlen.

²⁰⁹Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rentenversicherungsbericht 2016, Berlin 2016, S. 27.

²¹⁰Zum Versicherungsprinzip in den Sozialversicherungen: vgl. Wilfrid Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen. Betrachtungen nach Abschluß der Sozialenquête, Stuttgart u. a. 1968, S. 126ff.

²¹¹Vgl. Peer Steinbrück, Im Schraubstock der Demografie, Die Zeit, 2. Februar 2012.

IX

Zuwanderung ist kein Allheilmittel

Seit 1950 sind fast 40 Millionen Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zugezogen.²¹² Aufgrund der großen Flüchtlings- und Migrationsbewegung entstand im Jahr 2015 in Kombination mit den üblichen Zu- und Abwanderungsbewegungen ein außergewöhnlich hohes Wanderungssaldo von über 1,2 Millionen Menschen.²¹³ Den Kriegsflüchtlingen folgten die Gastarbeiter, Aussiedler, Asylbewerber, Familiennachzug und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Mit über 7,2 Millionen Ausländern leben heute in keinem anderen Land der EU so viele ausländische Staatsangehörige wie in Deutschland.²¹⁴

Im Folgenden geht es nicht um die heftig umstrittene Frage, ob Zuwanderung politisch gewünscht wird. Die unterschiedlichen politischen Zielvorstellungen, ob eine multikulturelle Gesellschaft erstrebenswert ist oder wie die Integration der bereits Zugewanderten angestrebt wird, steht hier nicht zur Debatte.

Es geht nur um die Frage, ob die durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Probleme des Arbeitsmarktes und der Rentenversicherung bzw. die Schrumpfungprozesse durch Zuwanderung gelöst werden können. Diese Frage kann eindeutig

²¹²Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Migrationsbericht 2009, Berlin 2011, S. 267f.

²¹³Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration, Nürnberg 2016, S.73f.

²¹⁴Mit einem Anteil von 8,8 Prozent der ausländischen Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung befindet sich die Bundesrepublik ebenfalls über dem EU-Durchschnitt: Dieser liegt bei 6,4 Prozent; vgl. Eurostat, Foreigners living in the EU are diverse and largely younger than the nationals of the EU Member States, in: Europäische Kommission, Europe in figures. Eurostat yearbook 2010, Luxemburg 2010, S. 2.

verneint werden. Migration ist nicht die Antwort auf den demografischen Wandel und der damit verbundenen ökonomischen und Arbeitsmarktprobleme.²¹⁵ Sie kann allenfalls helfen, die Anpassung an die veränderte Situation zu erleichtern.²¹⁶

Vor rund fünfzehn Jahren gab es noch viele Stimmen, die eine Zuwanderung von Arbeitskräften für unausweichlich hielten. Der amerikanische Wissenschaftler Francis Fukuyama sagte damals: „Doch auch für die europäischen Nationen wird es im kommenden Jahrhundert als Folge ihrer sehr niedrigen Geburtenrate fast unausweichlich sein, auf die Arbeitskraft von Ausländern zurückzugreifen, sollen sie als Gesellschaften nicht verschwinden.“²¹⁷ Auch im Zuge der Migrationsbewegung der Jahre 2014 und vor allem 2015 nach Deutschland und Europa, sahen Einige, Chancen für die kleiner werdende Bevölkerung der Bundesrepublik. Jedoch ist zu entgegnen, dass obschon der hohen Einwanderungszahl des Jahres 2015, die Überalterung nicht aufzuhalten ist.²¹⁸ Zudem geben große Wirtschaftsunternehmen zu bedenken, dass zunächst die Integration der zugewanderten Menschen eine länger andauernde Anstrengung bedeute, bevor diese einen eignen Beitrag für die Sozial- und besonders für die Rentenkassen leisten können.²¹⁹

²¹⁵Vgl. Bernhard Frevel, Schicksal? Chance? Risiko? Herausforderung demografischer Wandel!, in: Bernhard Frevel (Hrsg.), Herausforderung demografischer Wandel, Wiesbaden 2004, S. 9.

²¹⁶Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 34ff.

²¹⁷Vgl. Francis Fukuyama, Ich oder die Gemeinschaft, Die Zeit, 11. November 1999, S. 3.

²¹⁸Vgl. Dietrich Creutzburg, Einwanderung hält Überalterung nicht auf, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. April 2015, S. 15.

²¹⁹Vgl. Philip Plickert / Johannes Pennekamp, Wirtschaft dämpft Erwartung an Integration von Migranten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 2015, S. 17.

Das Statistische Bundesamt stellte fest, dass der Geburtenrückgang in Deutschland selbst durch eine hohe Zuwanderung nicht ausgeglichen werden könne. Statt der realistischen Zahl von 200.000 müssten 3,1 Millionen Ausländer jährlich zuwandern.²²⁰ Auch die deutlich höhere Geburtenziffer unter Einwanderern sorgt nicht für eine Entwarnung mit Blick auf den demografischen Wandel.²²¹

Das Institut für Arbeitsmarkt und Beschäftigung (IAB) wiederum bestritt sogar, dass nach 2010 ein Zwang zu umfangreichen Zuwanderungen bestehe.²²²

Zudem sei noch einmal an die bereits erwähnte Studie der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2001 erinnert, nach der Deutschland bis zum Jahr 2050 netto zusätzlich 188 Millionen Einwanderer aufnehmen müsste, um das zahlenmäßige Verhältnis der über 65-Jährigen und den 15 bis 64 Jahre alten Erwerbstätigen zu konservieren.

Hinzu kommen weitere Fragestellungen. Volkswirtschaftlich gerechnet ist es günstiger, die vorhandenen Reserven zu mobilisieren.²²³ Der Vorsitzende der „Wirtschaftsweisen“, Wolfgang Franz, hält es für „nahezu aussichtslos, gerechte Aussagen über die Wohlfahrtseffekte der Migration zu machen.“²²⁴

²²⁰Vgl. Gisela Arndt, Parteienstreit um die Zuwanderung, Kölner Stadt-Anzeiger, 20. Juli 2000, S. 2.

²²¹Vgl. Dietrich Creutzburg, Einwanderer treiben Geburtenrate hoch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Oktober 2016, S. 17.

²²²Vgl. Klaus-Peter Schmid, Von Maschinisten und Passagieren, Die Zeit, 23. November 2000, S. 35.

²²³Vgl. ebd.

²²⁴Zit. nach: Klaus-Peter Schmid, Von Maschinisten und Passagieren, Die Zeit, 23. November 2000, S. 35.

Martin Feldstein, Professor an der Harvard University, hat am Beispiel Spanien ausgerechnet, dass zusätzliche Einwanderer „zwar vorübergehend Nettoeinnahmen bringen, letztlich aber auch Leistungen erhalten, die die Steuern, die sie zahlen, absorbieren.“²²⁵ Um selbst die „relativ geringen Zusatzeinnahmen zu erzielen, wäre ein fortwährender Anstieg bei der Zahl der Einwanderer nötig.“ Feldstein weist ausdrücklich darauf hin, dass die Analyse für Spanien für andere führende europäische Länder ähnlich ausfiele. Holger Bonin weist mit Fokus auf die hohe Zuwanderungszahl des Jahres 2015 nach Deutschland darauf hin, dass Kosten und volkswirtschaftlicher Nutzen maßgeblich vom Erfolg der Integrationsbemühungen – wenn diese gut und schnell gelinge, könnten die Staatsfinanzen langfristig entlastet werden.²²⁶

In den letzten Jahren hat es viele Verbesserungen bei der Integration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in unsere Gesellschaft gegeben.²²⁷ Trotzdem gibt es immer noch zu viele Zuwanderer und deren Kinder, die auch Jahrzehnte nach ihrer Zuwanderung nicht in der neuen Heimat angekommen sind. Zum Teil massive Integrationsmängel, so eine Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung²²⁸, bestehen bei Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, aus Afrika

²²⁵ Martin Feldstein, Zuwanderung reicht nicht, Financial Times Deutschland, 21. Dezember 2006, S. 26.

²²⁶ Vgl. Holger Bonin, Gewinne der Integration. Berufliche Qualifikation und Integrationstempo entscheiden über die langfristigen fiskalischen Kosten der Aufnahme Geflüchteter, Berlin 2016, S. 3.

²²⁷ Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland, o. O. 2010; Zwischen 1989 und 2009 sind 185.000 Akademiker aus mathematisch-naturwissenschaftlichen Berufen sowie 42.000 Mediziner nach Deutschland eingewandert, siehe Thomas Öchsner, Jung und Gebildet, Süddeutsche Zeitung 6. Juli 2012, S. 17.

²²⁸ Vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland, Berlin 2009.

und vor allem aus der Türkei. Sie sprechen zum Teil nur unzureichend Deutsch, haben im Durchschnitt schlechtere Bildungsabschlüsse und sind im Vergleich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen.

Unser Bildungssystem muss es schaffen, dass Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte, Bildungsmüde und sozial Benachteiligte einen Aufstieg durch Bildung erreichen können.

Die alterungsbedingten Probleme des Rentensystems lassen sich nicht durch eine große Zuwanderung lösen. Voraussetzung wäre, dass die angeworbenen Zuwanderer eine gute Berufsausbildung hätten. Diese Voraussetzung ist aber oft nicht erfüllt.²²⁹ Zudem waren Maßnahmen wie Green- oder Blue-Card-Aktionen bisher regelmäßig ohne nachhaltigen Erfolg. Die von der Bundesregierung eingeführte Green Card sollte 40.000 Fachkräfte für die Rhein-Main-Region anwerben. Insgesamt sind 8.500 im gesamten Bundesgebiet registriert worden.²³⁰

Deutschland muss aufhören, die Schaffung eines europäischen Arbeitsmarktes zu behindern. Bevor am 1. Mai 2011 die volle Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Polen, Tschechien, Ungarn, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen vereinbarungsgemäß in Kraft trat, erhoben Arbeitsminister und Gewerkschafter ihre Stimme.²³¹ Sie taten dies, obwohl sie zum Beispiel

²²⁹Vgl. Philip Plickert / Johannes Pennekamp, Wirtschaft dämpft Erwartung an Integration von Migranten, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. November 2015, S. 17.

²³⁰siehe Interview mit Volker Bouffier, Neue Wege mit älteren Bürgern, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Juli 2012, S. 4.

²³¹So warnte beispielsweise im Dezember 2010 der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Guntram Schneider vor 45.000 Leiharbeitern aus den osteuropäischen Ländern, die zu günstigen Stundenlöhnen den 170.000 Zeitarbeitern in Nordrhein-Westfalen Konkurrenz machen könnten; vgl. Anke Fricke, Angst vor billigen Leiharbeitern, WDR Online, 28. Dezember 2010, im Internet abrufbar unter:

wussten, dass viele polnische Staatsbürger in Deutschland arbeiten und alte Menschen pflegen. Und sie taten dies, obwohl eine Reihe von Wissenschaftlern der Befürchtung entgegentrat, dass Deutschland mit einem „Ansturm“ von Menschen aus Mittel- und Osteuropa zu rechnen habe.²³²

Unternehmer klagen notorisch über Facharbeitermangel und übersehen,²³³ dass es in Spanien, Griechenland und Portugal eine hohe Arbeitslosigkeit gerade bei den jungen Menschen gibt. Die Arbeitslosenzahlen in diesen Ländern entspannten sich erst Ende des Jahres 2016 langsam, sind jedoch noch immer auf einem hohen Stand.²³⁴ Laut Daten des Statistischen Bundesamtes nahmen in Südeuropa besonders viele junge Menschen weder an Aus- oder Fortbildungsmaßnahmen teil, noch hatten sie eine Arbeitsstelle. Dies galt besonders für Italien hier ist ihr Anteil in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: im Jahr 2014 waren dort von den 20- bis 24-Jährigen 32 Prozent nicht in einer Ausbildung und ohne Erwerbstätigkeit. In

http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/arbeit_und_tarifwesen/arbeitnehmer_freizueugigkeit/index.jhtml, (abgerufen am 12. April 2011).

²³² So kommentierte der Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther, das Inkrafttreten der vollen Freizügigkeit kurz zuvor mit den Worten: „Das ist nichts, was uns schrecken muss.“; vgl. o. V., Bis zu 800 000 Zuwanderer erwartet, Süddeutsche Zeitung, 27. April 2011, S. 19.

Anderer Ansicht war allerdings der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn, der von einer „gewaltige[n] Migration“ ausging; vgl. Hans-Werner Sinn, Die kommende Immigrationswelle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. März 2011, S. 12.

Der Journalist Günter Ederer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man in Deutschland übersehen habe, dass „die Geburtenquoten in Osteuropa schon seit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 genauso niedrig oder noch niedriger waren als in Deutschland. Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien leiden an einer stark abnehmenden Bevölkerungszahl und erschreckender Überalterung.“; Günter Ederer, Deutschland ohne Deutsche, MUT Nr. 526, September 2011, S. 21.

²³³ Siehe Margaret Heckel, Die Midlife-Boomer, Hamburg 2012, S. 85.

²³⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Erwerbslosenquote in Deutschland weiter auf Tiefstand, im Internet abrufbar unter:

https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Arbeitsmarkt/EU_ArbeitsmarktKrise.html, (abgerufen am 28. Dezember 2016).

Griechenland und Kroatien hatten mehr als 25 Prozent der Jugendlichen keine Beschäftigung.²³⁵ Hier gäbe es Potential zu nutzen. Dabei müssen aber die Unternehmen verstehen, dass es einen europäischen Arbeitsmarkt gibt.

X

Die Identität der Gesellschaft

Große gesellschaftliche Veränderungen führen zu einer Veränderung der Identität der betroffenen Gesellschaft. Zuwanderung verändert die Identität. Integration schafft Identität. Eine ältere Gesellschaft hat eine andere Identität als eine junge Gesellschaft.

Eine Leistungsökonomie hat andere gesellschaftliche Regeln als eine ständische oder eine neoliberale Gesellschaft.

Jeder Mensch ist auf die Hilfe anderer angewiesen – am Anfang seines Lebens als kleines Kind und im hohen Alter mehr als in den „besten Jahren“. Jede Gesellschaft entwickelt Regeln, um diese Hilfe sicherzustellen.

Kinder waren früher die beste Altersversicherung. Durch die Verstaatlichung der Altersversorgung in den modernen Gesellschaften der letzten 150 Jahre ist diese Beziehung aufgehoben.

Die Risiken der Erwerbsarbeit und des Alters werden heute nicht mehr durch die Familie gedeckt, sondern durch den Sozialstaat. Damit hat sich

²³⁵Vgl. Statistisches Bundesamt, Arbeitsmarkt auf einen Blick. Deutschland und Europa, Wiesbaden 2016, S. 28.

der ökonomische Wert von Kindern für Eltern geändert. Er ist heute nicht mehr positiv, sondern negativ.²³⁶

Gleichzeitig müssen immer mehr Menschen ihre Kinderliebe konzentrieren. Eltern haben im Durchschnitt immer weniger Kinder. Zugleich können Eltern, Großeltern und Urgroßeltern mit einer immer höheren Lebenserwartung rechnen. Chinesische Demografen machen vor diesem Hintergrund auf folgende Familiensituation aufmerksam: Immer mehr Einzelkinder haben oft neben den beiden Eltern vier Großeltern und acht Urgroßeltern – und zwar nicht nur auf dem Stammbaum, sondern im realen Leben. Insgesamt 14 Personen konzentrieren also ihre Zuneigung auf nur ein einziges Kind.²³⁷

In vormodernen Gesellschaften wurden Regeln entwickelt, die die Versorgung im hohen Alter sicherstellen sollten, wenn die Alten mehr konsumieren als sie produzieren. Solche Regeln beruhten auf Magie oder Religion, auf Eigentum und anderen personenbezogenen Rechten oder auf Prestige, d.h. auf der Beherrschung von technischem, rituellem oder religiösem Wissen.²³⁸

Ein in unserer Zeit von dem Philosophen Hans Jonas formulierter sittlicher Imperativ moniert, dass das Handeln der Menschen den

²³⁶Vgl. Martin Kohli, Zwischen den Generationen: Entfernungen, Beziehungen, Leistungen, in: Annette Lepenies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 49.

²³⁷Vgl. Karl Otto Hondrich, Weniger sind mehr, Frankfurt am Main 2007, S. 206.

²³⁸Vgl. Karola Elwert-Kretschmer / Georg Elwert, Überleben ist nichts Natürliches. Alt und Jung im interkulturellen Vergleich, in: Annette Lepenies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 43f.

nachfolgenden Generationen so viel Freiheit lassen muss, dass auch sie noch handeln können.²³⁹

Dass dies heute nicht mehr selbstverständlich ist, hat mit einer Veränderung des Solidaritätsbegriffes zu tun.

Früher meinte Solidarität das frei gewählte, auf Zuneigung ohne Verwandtschaft, auf christlich, humanistisch oder sonst wie fundierte Verantwortlichkeit gegründete Eintreten des Einen für den Anderen.

Heute meint Solidarität Leistung gegen Gegenleistung, Fürsorge gegen Vorsorge, Auszahlung gegen Einzahlung, do ut des. Den Grundgedanken, der dahinter steht, hat Wilfrid Schreiber im Jahr 1968 beschrieben. Für ihn musste eine aufrichtige Definition des Solidaritätsprinzips bekennen, „daß auch reiner Eigennutz solidarisches Handeln, Zusammenschlüsse zu Solidargemeinschaften motiviert.“²⁴⁰ Kurzum: „Ich trete Solidargruppen bei, weil mir dies Vorteil verheißt.“²⁴¹

Ein solcher, zu enger Solidaritätsbegriff führt allerdings zum einen dazu, dass alles, was nicht über geldwerte Erwerbsarbeit hinausgeht, im Sozialstaat zu kurz kommt.

Zum anderen versucht jeder, als Folge des engen Solidaritätsbegriffs möglichst viel zu verbrauchen, um sich Verpflichtungen für andere zu entziehen.

²³⁹Vgl. Jörg Tremmel: Die Rechte der zukünftigen Generationen, in: Annette Lепенies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 57.

²⁴⁰Wilfrid Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen, S. 132.

²⁴¹Ebd., S. 133.

Letztlich wird so Sparsamkeit im System bestraft und exzessiver Verbrauch belohnt.²⁴²

- Wenn wir nicht zusehen wollen, wie die demografischen Veränderungen den Sozialstaat zerstören,
- wenn wir den Staat nicht handlungsunfähig machen wollen, weil er immer mehr Steuergeld in die Sozialsysteme umleiten muss,
- wenn wir die Lasten nicht durch eine immer höhere Verschuldung den kommenden Generationen vererben wollen,
- wenn wir nicht wollen, dass unsere Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt

in Arm und Reich,
in Alt und Jung,
in Zugewanderte und Einheimische,
in Gebildete und Ungebildete,

werden wir eine große gesellschaftliche Anstrengung unternehmen müssen, um die Zerstörung von wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit als Grundlagen unseres Zusammenlebens in den kommenden Jahrzehnten zu verhindern.²⁴³

²⁴²Vgl. Konrad Adam, Die schöne, neue Welt des Wohlfahrtsstaates, in: Annette Lepenies (Hrsg.), Alt & Jung. Das Abenteuer der Generationen, Basel / Frankfurt am Main 1997, S. 27ff.

²⁴³Vgl. Jürgen Rüttgers, Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln 2007.

„Moderne Gesellschaften sind Arbeitsgesellschaften“, hat Lord Ralf Dahrendorf festgestellt.²⁴⁴

Und er hat hinzugefügt: „In der Arbeitsgesellschaft hat das Leben der Menschen eine klare Struktur. (...) Vor hundert und auch vor fünfzig Jahren waren alle drei Lebensaspekte auf einen vierten bezogen, nämlich auf die Berufsarbeit. Kindheit hieß Vorbereitung auf Arbeit durch das Lernen von Fertigkeiten und die Einübung von Werten; Freizeit hieß Erholung von und für Arbeit; Ruhestand war die Belohnung für ein langes Arbeitsleben.“²⁴⁵

Wenn sich unsere Lebenswelt durch die Globalisierung und den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft verändert, hat dies folgerichtig Auswirkungen auf die Art, wie wir unser Leben gestalten.

Selbst wenn die Zeit, die wir heranwachsen und die wir im Ruhestand sind, heute länger ist als die „Arbeitszeit“, bleibt unsere Gesellschaft eine Arbeitsgesellschaft. Wer keine Arbeit hat, ist ausgeschlossen. Arbeitslos zu sein, „zerstört die Selbstachtung von Menschen, bringt ihre Lebensroutine durcheinander und macht sie von staatlicher Unterstützung abhängig.“²⁴⁶

Wenn aber die demografische Herausforderung unsere Gesellschaft älter, bunter und kleiner macht und wir gleichzeitig den gewohnten Wohlstand und die soziale Absicherung erhalten wollen, müssen wir die Art, wie wir leben, ändern.

²⁴⁴Ralf Dahrendorf, Der moderne soziale Konflikt, Stuttgart 1992, S. 213.

²⁴⁵Ebd., S. 213f.

²⁴⁶Ebd., S. 215.

Eine ältere Bevölkerung hat andere Bedürfnisse als eine junge. Es müssen also aus den Schrumpfungsprozessen erhebliche Umbauprozesse folgen.

Deutschland braucht jedenfalls eine Strategie für mehr Wachstum, um den demografischen Wandel zu gestalten. Wirtschaftliches Wachstum ist erforderlich, um die immensen Schulden zu bezahlen, die zukünftige Generationen belasten. Es ist aber auch notwendig, um die anfallenden Investitionskosten des Umstrukturierungsprozesses aus Zusatzeinkommen zahlen zu können.

Um mehr Wachstum zu schaffen, gilt es, u. a. folgende Ziele zu verfolgen:

1. Haushaltskonsolidierung

Deutschland braucht weniger Schulden.²⁴⁷ Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten, unabhängig von der Weltfinanzkrise und der jeweiligen Konjunkturlage, über seine Verhältnisse gelebt. Seit den 1970er-Jahren hat der deutsche Staat immer mehr Geld ausgegeben als eingenommen.²⁴⁸ Der überwiegende Teil der Staatsausgaben ist dabei in den Ausbau des Sozialstaates geflossen.

²⁴⁷ Anderer Ansicht ist etwa der Finanzwissenschaftler Prof. Dr. Giacomo Corneo, der schreibt: „Es ist unbestritten, dass Länder wie Irland ihre Haushalte konsolidieren sollten, um den Zinssatz für neue Kredite zu verringern. In Ländern wie Deutschland, das von den Märkten als hundertprozentig kreditwürdig betrachtet wird, gilt diese Logik aber nicht. Für sie ist es viel wichtiger herauszufinden, wie hoch ihre optimale, staatliche Neuverschuldung ist. (...) Als guter Familienvater kann der Staat durch eigene Verschuldung und Entschuldung die Steuersätze im Zeitverlauf konstant halten. Dadurch verringert er die Kosten für die Privathaushalte, die aus einer ständig schwankenden Besteuerung resultieren würden.“; Giacomo Corneo, Bitte Schulden machen, in: Cicero 6/2011, S. 113.

²⁴⁸ Vgl. Prof. Dr. Wolfgang Streeck, Endgame? The Fiscal Crisis of the German State, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Working Paper 07/7, Köln 2007, S. 15.

Dass die Bundesregierung seit 2014 einen ausgeglichenen Haushalt und die niedrigste Neuverschuldung seit 40 Jahren aufweisen kann,²⁴⁹ ist hierbei ein wichtiges Signal. Gleichwohl sind auch die Stimmen derjenigen, die fürchten, dass dies zulasten von wichtigen Zukunftsinvestitionen zu berücksichtigen. Auch hierin drücken sich Fragen der Generationengerechtigkeit aus, sodass ein ausbalanciertes Verhältnis erforderlich ist.

Trotz der gegenwärtigen Anstrengungen wachsen die Schulden. Die vom Sachverständigenrat als Mittelfristziel empfohlene Schuldenstandsquote von 60 Prozent,²⁵⁰ wurde noch nicht erreicht.

So haben die öffentlichen Haushalte in Deutschland zum Ende des 3. Vierteljahres 2016 Schulden in Höhe von 2031,4 Milliarden Euro.²⁵¹ Hinzu kommen Zusagen und Verpflichtungen – etwa für Renten, Pensionen und das Gesundheitswesen, die die Haushalte in Zukunft belasten werden.

Alleine diese Zahlen zeigen, dass eine Schuldenbegrenzung und -tilgung zwingend notwendig ist. Ansonsten werden die politischen Handlungsspielräume unzumutbar eingeschränkt²⁵² und kommenden

²⁴⁹ Auch für die zukünftige Finanzplanung will die Bundesregierung ohne neue Schulden auskommen (Vgl. Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung Nr. 9 vom 23. März 2016).

²⁵⁰ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 197.

²⁵¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, Öffentliche Schulden im 3. Quartal 2016 um 0,4 % höher als am Jahresende 2015, Pressemitteilung Nr.475 vom 28. Dezember 2016.

²⁵² Vgl. Wolfgang Streeck / Daniel Mertens, Politik im Defizit. Austerität als fiskalpolitisches Regime, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Discussion Paper 10 /5, Köln 2010.

Generationen Lasten auferlegt, die nicht mehr vertretbar sind. Dies alles kostet Wachstum.

2. Bessere Bildung

Ein hohes Bildungsniveau eröffnet jedem Menschen die Chance für ein eigenverantwortliches, glückliches Leben und Chancen für Beschäftigung. Bildung ist ein Wert an sich. Unser Bildungssystem darf nicht ökonomisiert werden. Deutschlands Bildungssystem ist aber aufgrund einer Vielzahl ideologischer Schulexperimente nicht so gut, wie es sein könnte. Vielen Kindern werden durch schlechte individuelle Betreuungsleistungen Lebenschancen vorenthalten.

Das darf nicht so bleiben. Denn: Ein gutes Bildungssystem hat zwangsläufig Auswirkungen auf die Wahrung des Wohlstands und das Wachstum eines Landes. Deutschland muss daher mehr in die Bildung investieren.

3. Innovation und Kreativität

Experten gehen davon aus, dass sich das Wissen der Menschheit zwischen 1800 und 1900 verdoppelt hat. Heute geschieht das angeblich in nur noch vier bis fünf Jahren.²⁵³ Bereits im Jahr 2008 wurden weltweit mehr als 1,5 Millionen Forschungsarbeiten

²⁵³Vgl. Heinz Riesenhuber, Ansprache des Alterspräsidenten des Deutschen Bundestages zur Eröffnung der konstituierenden Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 27. Oktober 2009 in Berlin, Bulletin der Bundesregierung Nr. 107-1, 27. Oktober 2009, S. 5.

Vgl. auch: Siegfried Schneider, Rede des Leiters der Bayerischen Staatskanzlei anlässlich des Festaktes zur Verabschiedung FOS 12 Marktredwitz am 23. Juli 2010 in Marktredwitz, im Internet abrufbar unter: <http://www.bayern.de/Anlage10318292/VerabschiedungFOS12Marktredwitz.pdf> (abgerufen am 13. April 2011).

veröffentlicht.²⁵⁴ Das sind mehr als 4.000 Arbeiten pro Tag. Es gibt mehr als sieben Millionen Wissenschaftler und rund 25.000 wissenschaftliche (Fach-) Zeitschriften.²⁵⁵

Das explosionsartige Wissenswachstum wird durch moderne Kommunikationssysteme weltweit verfügbar genutzt. Schon ein Mausklick im Internet kann eine Informationslawine auslösen, die einen überrollt, dabei aber nicht klüger macht. Denn: Wissen entsteht erst, wenn Informationen Bedeutung gewinnen. Und erst Wissen macht handlungsfähig. Während Informationen lediglich den Rohstoff liefern, liegt die entscheidende Wertschöpfung in der kontinuierlichen Erzeugung von Wissen.

Wissen wird zu einem zentralen Wettbewerbsfaktor, insbesondere in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland. Wissen ist der einzige Rohstoff, der durch Gebrauch wertvoller wird.²⁵⁶ Die Fähigkeit, Informationen schnell und effektiv in Wissen umzusetzen, wird sowohl für den Einzelnen als auch für den Geschäftserfolg eines Unternehmens und die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes immer wichtiger.

Deutschland braucht daher ein noch exzellenteres Forschungssystem und eine noch kreativere Wirtschaft. Denn: „Wenn die richtigen Charaktere in der richtigen Umgebung auf die richtige Art geführt

²⁵⁴Vgl. The Royal Society, Knowledge, Networks and Nations: Global scientific collaboration in the 21st century, London 2011, S. 14.

²⁵⁵Vgl. ebd., S. 5.

²⁵⁶Vgl. Hans-Jörg Bullinger / Joachim Warschat / Juan Prieto / Kai Wörner, Wissensmanagement – Anspruch und Wirklichkeit: Ergebnisse einer Unternehmensstudie in Deutschland, Information Management 1/98, S. 7.

werden, dann folgen Innovationen fast automatisch.“²⁵⁷ Kreativität und Wissen entstehen in einem Umfeld von hoher Lebensqualität. Dazu gehören beispielsweise Kunst, Sport und eine umweltfreundliche Lebenswelt. Mehr Freiheit für die Hochschulen, neue Fachhochschulen, eine steuerrechtliche Förderung von Forschungsinvestitionen der Wirtschaft, die Gründung neuer Forschungszentren: All das sind wichtige Schritte und Maßnahmen auf dem Weg zur Wissensökonomie.

4. Gute Infrastruktur

Ein nachhaltiges Wachstum kann nur auf der Basis einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur gelingen. Auch hier müssen weitere Anstrengungen unternommen werden. Dazu gehören beispielsweise der Ausbau der Straßen- und Schienenverkehrsnetze und der Radwege sowie der Einsatz intelligenter Verkehrsleitsysteme. Dazu gehören nach wie vor der Ausbau der Breitbandversorgung und des E-Governments sowie der Abbau von bürokratischen Hindernissen in der öffentlichen Verwaltung. Dazu gehören ein barrierefreies und modernes Wohnangebot sowie ein attraktiver Städtebau. Und dazu gehören eine sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung sowie ein effizienterer und sparsamerer Umgang mit den natürlichen Rohstoffen.

Klar jedenfalls ist, dass die Gleichungen „wachsen = gut“ und „schrumpfen = schlecht“ falsch sind. Ein Wachstum, das vorwiegend durch Zuwanderung aus dem Ausland oder durch Preissteigerungen erfolgt, hat hohe Integrationskosten zur Folge. Ein Umbauprozess der

²⁵⁷ Daniel Rettig, Wie Mitarbeiter kreativer werden, WirtschaftsWoche Online, 5. August 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/unternehmen-maerkte/wie-mitarbeiter-kreativer-werden-437498/> (abgerufen am 13. April 2011).

Wohn- und Lebensstrukturen für eine ältere Bevölkerung erfordert ebenfalls hohe Kosten. Die Sozialtransfers werden bei einer älter werdenden Bevölkerung steigen. Ein Schrumpfungsprozess bietet die Chance, städtebauliche Fehlentwicklungen der Industriegesellschaft ebenso zu reparieren wie Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit und der 1970er-Jahre.

Der Umsteuerungsprozess hat bisher allerdings kaum begonnen. Und dass obwohl es Berechnungen gibt, die zeigen, dass der materielle Lebensstandard eines „Durchschnittsdeutschen“ durch den demografischen Wandel ohne Arbeitsmarkt- und Sozialversicherungsreformen in Relation zu einer Entwicklung ohne den demografischen Wandel bis zum Jahr 2050 auf etwas mehr als 85 Prozent abfallen wird.²⁵⁸

XI

Ein neuer Generationenvertrag

Um den demografischen Wandel endlich als eine der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu verstehen und anzunehmen, braucht Deutschland einen neuen Generationenvertrag.²⁵⁹

²⁵⁸Vgl. Axel Börsch-Supan, Ökonomische Auswirkungen des demografischen Wandels, Aus Politik und Zeitgeschichte 10-11/2011, S. 24f.

²⁵⁹Die Nationale Akademie der Wissenschaften fordert nur eine Erneuerung des Generationenvertrages, dessen Ziel es aber sein müsse, die „zivilisatorische Errungenschaft der Abschaffung der Altersarmut nicht in Frage zu stellen“, Nationale Akademie der Wissenschaften, Nova Acta Leopoldina, Bd. 9. 2010, Halle (Saale), S. 98.

Ein solcher neuer Generationenvertrag ist alleine schon deshalb wichtig, weil die Abfolge der Generationen im menschlichen Leben sich erheblich verändert hat.

Früher definierte in der Arbeitsgesellschaft der Arbeitsmarkt die Abfolge der Generationen. Es gab die Zeit des Heranwachsens und der Ausbildung. Diese dauert zumindest mit dem Erwerb eines Masterabschlusses teilweise bis zum 26. Lebensjahr, dem Durchschnittsalter des Studienabschlusses.²⁶⁰ Dann folgte die Arbeitszeit, die im Durchschnitt bis zum 62. Lebensjahr dauerte.²⁶¹ Es folgte der Ruhestand, der mehr als 20 Jahre dauerte und – unter den heutigen Rahmenbedingungen – in wenigen Jahren sogar 30 Jahre dauern würde. Mehr als 50 Jahre in Ausbildung und Ruhestand und rund 35 Jahre in Arbeit ist ein Verhältnis, das kein System finanzieren kann.²⁶²

Ein neuer Generationenvertrag wird sich an folgenden Eckpunkten orientieren müssen:

0-15 Jahre	Kindheit
15-25 Jahre	Jugend
25-70 Jahre	Erwachsen
70-85 Jahre	Senioren
85 Jahre und mehr	Hochbetagt

Jede Zeit hat ihren eigenen Wert im menschlichen Leben und ihre eigenen gesellschaftlichen Bedürfnisse und Aufgaben. Kindheit und

²⁶⁰Vgl. Statistisches Bundesamt, Hochschulen auf einen Blick, Wiesbaden 2016, S. 21.

²⁶¹Inzwischen ist das durchschnittliche Rentenzugangsalter auf etwas mehr als 64 Jahre angestiegen; vgl. Deutsche Rentenversicherung, Rentenversicherung in Zahlen 2016, Berlin 2016, S. 68.

²⁶²Vgl. o. V., Fragwürdige Drittelung des Lebens, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30. Juli 2011, S. 9.

Jugend sind die Zeit der Vorbereitung auf ein selbstbestimmtes Leben. In dieser Zeit ist für jeden Heranwachsenden wichtig, in der Familie und im Bildungssystem zu lernen, Verantwortung zu übernehmen – für sich und für andere.

In der Erwachsenenzeit trägt der Mensch Verantwortung. Er und sie müssen das aber auch können. Deshalb müssen die Lebenswelt sowie die Arbeitswelt familienfreundlich organisiert sein.

Die neue Phase der Senioren ist eine Zeit zwischen Arbeit und privaten Aktivitäten, die entgeltlich oder ehrenamtlich stattfindet. Sie ist zu zwei Dritteln eine Frauengesellschaft.²⁶³

Hochbetagte brauchen häufiger Hilfe aus Familie und Gesellschaft. Diese Zeit muss trotzdem so viel Selbstbestimmung wie möglich umfassen.

Die Steigerung des Lebensalters erfordert einen neuen Generationenvertrag, der schließlich drei Generationen umfasst. Der heutige Generationenvertrag umfasst nur zwei Generationen. Die Erwachsenen versprechen der Generation der Alten ein auskömmliches Alterseinkommen. Dies ist die Gegenleistung dafür, dass die nächste Generation ihnen dasselbe gewährt.

Durch den Rückgang der Kinderzahlen und dem damit nach jetziger Praxis verbundenen Rückgang der Erwerbsquote gibt es einen

²⁶³Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 34.

Vgl. auch: Thomas Druyen, *Die große Alterswende*, Aus *Politik und Zeitgeschichte* 49-50/2005, S. 19. Der Schriftsteller Georg Klein verweist darauf, dass heute die Endfünfziger, Sechziger, Siebziger und noch Betagteren als „Generation 60plus“ oder gar als „Best Ager“ bzw. „Silver Surfer“ bezeichnet werden. Das Wort „Greis“ werde in den Medien nicht mehr verwandt, Georg Klein, *Der verwilderte Greis*, SZ 1./2. September 2012, S. 14.

Korrekturbedarf. Notwendig ist ein Ausgleich zwischen Kinderlosen und Kindererziehenden.

Dieses Thema wurde schon bei Einführung der dynamischen Rente 1957 diskutiert. Das jetzige System war damals sehr umstritten.

Wilfrid Schreiber, seinerzeit Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, veröffentlichte 1955 unter dem Titel „Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft“²⁶⁴ einen Entwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in Deutschland. Die als „Schreiber-Plan“ in die Geschichte eingegangenen Vorschläge bildeten die Grundlage der dynamischen, umlagefinanzierten Rente und des Generationenvertrags, so wie wir sie heute kennen.

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied. Im Gegensatz zum heutigen Zwei-Generationen-Vertrag umfasste der Schreiber-Plan eben drei Generationen: Kinder und Jugendliche, Erwerbstätige sowie Rentner. Denn für Schreiber war klar: „Die Rechnungsgrundlagen für die Altersrente zeigen eindeutig, dass die Rentenversorgung der Alten und Nicht-mehr-Arbeitsfähigen immer problematischer wird, wenn sich der Baum der Bevölkerung nicht ständig von unten her ergänzt. (...) Wer kinderlos oder kinderarm ins Rentenalter geht und, mit dem Pathos des Selbstgerechten, für gleiche Beitragsleistungen gleiche Rente verlangt und erhält, zehrt im Grunde parasitär an der Mehrleistung der Kinderreichen, die seine Minderleistung kompensiert haben. Es gibt, allen Spöttern zum Trotz, ein gesellschaftliches ‚Soll‘ der Kinderzahl, eben jene 1,2 Kinder, die jeder Einzelmensch im Durchschnitt haben

²⁶⁴ Wilfrid Schreiber, Existenzsicherheit in der industriellen Gesellschaft. Unveränderter Nachdruck des „Schreiber-Planes“ zur dynamischen Rente aus dem Jahr 1955 (hrsg. vom Bund Katholischer Unternehmer), Köln 2004.

muss, damit die Gesellschaft am Leben bleibt und auch für den Unterhalt ihrer Alten aufkommen kann.“²⁶⁵

Vor diesem Hintergrund sah der Schreiber-Plan einen Solidarvertrag vor, der neben der Altersrente auch eine vorschussweise gewährte Kindheits- und Jugendrente beinhalten sollte. Diese sollte – ebenso wie die Altersrente – aus dem von den Erwerbstätigen erwirtschafteten Einkommen finanziert werden. Die Kinder und Jugendlichen übernahmen damit zugleich die Verpflichtung, im Verlauf ihres eigenen Arbeitslebens diese Kinderrente in Jahresraten zurückzuzahlen, um wiederum für die nachfolgenden Kinderrenten aufzukommen.²⁶⁶

Mit der 1957 beschlossenen Rentenreform wurden wesentliche Grundprinzipien des Schreiber-Plans umgesetzt. Das Prinzip der lohnbezogenen Dynamisierung der Rente setzte Bundeskanzler Konrad Adenauer dabei gegen massiven Widerstand im eigenen Kabinett durch²⁶⁷: Ludwig Erhard sah als Wirtschaftsminister die ordnungspolitischen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft in Gefahr. Er fürchtete eine „seelenlos mechanisierte Gesellschaft“ und den „soziale[n] Untertan“²⁶⁸. Die dynamische Rente sei „konjunktur- und währungspolitisch nur so lange ungefährlich“, wie von den Lohnbewegungen selbst keine währungs- und konjunkturpolitischen Störungen ausgingen. Eine zu enge Bindung an die Löhne drohe

²⁶⁵ Ebd., S. 36f.

²⁶⁶ Vgl. ebd., S. 34ff.

²⁶⁷ Adenauer machte in diesem Zusammenhang sogar von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch; vgl. Protokoll der 158. Sitzung des Bundeskabinetts am 24. Oktober 1956, 7. Rentenreform; hier: Erhöhung der kleinen Renten, BMA, im Internet abrufbar unter: www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0111/k/k1956k/kap1_2/kap2_57/para3_9.htm l#d8e69 (abgerufen am 7. April 2011)

²⁶⁸ Zit. nach: Werner Abelshausen, *Des Kaisers neue Kleider?*, München 2009 (hrsg. vom Roman Herzog Institut), S. 24.

„notwendigerweise zu einer Verringerung des Widerstandes gegenüber objektiv überhöhten gewerkschaftlichen Forderungen bei Tarifverhandlungen“ zu führen.²⁶⁹ Genauso wie Finanzminister Fritz Schäffer warnte Erhard zudem vor einer Gefährdung der Geldwertstabilität durch Inflation.

In der wichtigen Frage, ob der Generationen- bzw. Solidarvertrag zwei oder drei Generationen umfasst, konnten sich Schreibers Vorstellungen allerdings nicht durchsetzen: Adenauer hielt die Kindheits- und Jugendrente zum einen für zu teuer und zum anderen für nicht nötig. Er entschied die Auseinandersetzung angeblich mit dem legendären Satz: „Kinder bekommen die Leute immer“²⁷⁰. Das war, wie man jetzt weiß, ein Irrtum.

In Wirklichkeit gibt es heute neben der Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentnern auch einen „privaten Transferfluss“ von den Rentnern zu ihren Kindern und Enkelkindern. Zudem muss die jeweils junge Generation der aktiven Generation, die jetzt die Renten der älteren Generation erwirtschaftet, versprechen, später die Renten zu zahlen. Dieses System funktioniert aber nur, wenn die Anzahl der kinderlosen Erwachsenen möglichst gering und die Zahl der Kinder nicht zu klein ist.

Wer den Grundgedanken des Drei-Generationenvertrages angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels umsetzen will, muss die bestehenden kinder- und familienpolitischen Leistungen der

²⁶⁹Ebd.

²⁷⁰Zit. nach: Dorothea Siems, Der deutsche Sozialstaat - Zahlen und Fakten, Welt Online, 26. Juni 2004, im Internet abrufbar unter: http://www.welt.de/print-welt/article323461/Der_deutsche_Sozialstaat_Zahlen_und_Fakten.html (abgerufen am 1. April 2011).

öffentlichen Haushalte mit in den Generationenvertrag einbeziehen. Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, beitragsfreie Mitversicherung von Kindern in der Krankenkasse, Investitionen in Kindergärten und Schulen, Ausbildungsfreibetrag sowie sonstige kinderbezogene Zuschüsse, Förderungen und Steuererleichterungen: Die Liste der Maßnahmen ist fast unüberschaubar.

Die den öffentlichen Haushalten jährlich dadurch entstehenden Kosten liegen – je nachdem, was genau als kinder- und familienbezogene Leistung mit einbezogen wird – mehreren Berechnungen zufolge in einem dreistelligen Milliardenbereich. So geht das Bundesfamilienministerium in seinem 2008 erschienenen „Arbeitsbericht Zukunft für Familie“ von Ausgaben in Höhe von etwa 189 Milliarden Euro aus.²⁷¹ Stiftung Warentest hat rund zwei Jahre später sogar Maßnahmen in einem Umfang von 250 Milliarden Euro aufgelistet.²⁷² Insgesamt zählt der ‚Familienreport‘ des Bundesfamilienministeriums 150 verschiedene Maßnahmen zur Familienförderung auf.²⁷³

Betrachtet man die Gesamtschau der Leistungen zeigt sich allerdings eine Fülle von Ungerechtigkeiten. Keiner kann erklären, warum der Kindergarten gebührenpflichtig, das Studium aber gebührenfrei ist. Und warum ist die individuelle Betreuung von Kindern in den öffentlichen Schulen oftmals viel schlechter als in den Privatschulen? Der Schulerfolg der Kinder hängt oft vom Geldbeutel der Eltern ab.

²⁷¹Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), Arbeitsbericht Zukunft für Familie, Berlin 2008, S. 18f.

²⁷²Vgl. Sabine Schmitt, So umsorgt der Staat die Familie, Welt am Sonntag, 24. Januar 2010.

²⁷³Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Familienreport 2014, Berlin 2015, S. 69.

Eine Studie der OECD, die im April 2011 veröffentlicht wurde, bescheinigt, dass Deutschland bei der Höhe der öffentlichen Ausgaben für Familien nach wie vor einen Spitzenplatz unter den OECD-Ländern belegt. Demnach betragen die Leistungen der öffentlichen Haushalte für Ausbildung und Familienpolitik bis zum 18. Lebensjahr eines Kindes 146.000 Euro, während der OECD-Schnitt bei 124.000 Euro liegt.²⁷⁴ Die Studie empfiehlt aber auch, die Fördermittel eher in familienrelevante Dienstleistungen und Einrichtungen als indirekte Geldtransfers und Steuererleichterungen zu investieren.²⁷⁵

Angesichts dieser Erkenntnisse stellt sich die Frage, ob es nicht besser wäre, das Sammelsurium der vielen familienpolitischen Einzelmaßnahmen, das selbst Fachleute nicht mehr überblicken²⁷⁶, zu überprüfen²⁷⁷, zu ordnen, umzuschichten und in einer Kinder- und Bildungsrente zu bündeln. Die entsprechenden Mittel sollten insbesondere aufgewendet werden für die Finanzierung der Kinderbetreuung, der Schulkosten, der Studiengebühren, Kosten für Lehre und Meisterausbildung sowie für die Kosten kultureller, sportlicher und ähnlicher Angebote.

Im Vergleich zu 2005, so eine Studie der Prognos AG im Auftrag der Robert Bosch Stiftung aus dem Jahr 2006, wird die Zahl der

²⁷⁴Vgl. Ländernotiz „Doing Better for Families. Germany“, im Internet abrufbar unter: <http://www.oecd.org/dataoecd/59/36/47696460.pdf> (abgerufen am 4. Mai 2011).

²⁷⁵Vgl. Pressemitteilung „Familienförderung: Früher, stärker und eher nicht in Cash“ vom 27. April 2011, im Internet abrufbar unter: http://www.oecd.org/document/53/0,3746,de_34968570_35008930_47696437_1_1_1_1,00.html (abgerufen am 4. Mai 2011).

²⁷⁶Vgl. Elisabeth Niejahr, Sinnloses Sammelsurium, Die Zeit, 16. Februar 2012; sowie Robert Roßmann, Der Wert eines Kindes, Süddeutsche Zeitung, 16. Februar 2012.

²⁷⁷Vgl. o. V., Schröder lässt Familienleistungen überprüfen, Bild Berlin, 16. Februar 2012.

Schülerinnen und Schüler bis 2020 um mehr als zwei Millionen zurückgehen. Seit dem Jahr 2000 hält der rückläufige Trend an, sodass auch im Schuljahr 2015/2016 die Zahlen erneut um 0,4 Prozent sanken.²⁷⁸ Dadurch, so die Studie, ergäben sich für den Gesamtzeitraum Minderausgaben in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro gegenüber dem Fall, dass die Schülerzahlen konstant blieben. Preis- und Lohnsteigerungen seien dabei schon mit eingerechnet.²⁷⁹ Auch hier ergeben sich also durchaus finanzielle Gestaltungsräume zur Verbesserung der Bildungsqualität.

21 Wissenschaftler unter Vorsitz des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften Günter Stock haben einen Vorschlag erarbeitet, der sich an den Kriterien „Zeitsouveränität, Geld und einer qualitativ hochwertigen Betreuungsinfrastruktur“ orientiert. Neu ist der Vorschlag, einen Familienzeitkredit zu schaffen. Wer Zeit für die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen benötigt, kann eine „Auszeit“ aus dem Beruf nehmen. Die Rentenkasse zahlt das Gehalt als „Vorschuss“ weiter. Die entsprechende Zeit muss zu Lasten des „Ruhestands“ nachgearbeitet werden.²⁸⁰ Hier setzen auch die seit 2015 geltenden gesetzlichen Regelungen zur Vereinbarkeit von

²⁷⁸Vgl. Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung 94/16, 11. März 2016.

²⁷⁹Vgl. Prognos AG, Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf (hrsg. von der Robert Bosch Stiftung), Stuttgart 2006, im Internet abrufbar unter: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/BuG_Familie_Studie_Demographie_als_Chance.Studie.pdf (abgerufen am 13. April 2012).

²⁸⁰Christopher Schrader, Geburtenplanung, Süddeutsche Zeitung 16.10.2012, S. 16; Werner Görg, Versklavung einer Generation verhindern, Kölner Stadtanzeiger 15.08.2013, S. 14, hält „angesichts des rasant wachsenden Ungleichgewichts zwischen Leistungserbringern und -empfängern ... spürbare Einschnitte in den gesetzlichen Absicherungssystemen für notwendig.“

Beruf und Familienpflege an, die einen Rechtsanspruch auf Arbeitsfreistellung zur Pflege von Angehörigen garantiert.²⁸¹

Aber auch für die Alten muss der Generationenvertrag ergänzt werden. Mit der unverzichtbaren solidarischen Rente kann niemand mehr seinen Lebensstandard im Alter sichern. Bereits heute muss man ein Zusatzeinkommen haben, will man im Alter ohne finanzielle Sorgen leben. Es macht zum Beispiel einen großen Unterschied, ob man bei kleiner Rente ein eigenes Haus bzw. eine eigene Wohnung hat oder ob man von der kleinen Rente noch Miete zahlen muss.

Heute muss der Generationenvertrag um weitere Einkünfte komplettiert werden. Viele Erwerbsbiografien sind unstet oder von großen Lücken gekennzeichnet. Um Altersarmut zu vermeiden, sollten zusätzliche Einkommen vorhanden sein – wie Betriebsrenten, Altersversicherungen, Pensionskassen, Berufsrenten und Versorgungswerke, Wohneigentum etc. Der Staat muss den Menschen so viel von den Einkommen belassen, dass sie mehr für das Alter zurücklegen können. Die staatlichen Transfers müssen neu bedacht werden. Gerade Facharbeiter mit Kindern und der kleine Mittelstand sind hier in großen Schwierigkeiten. Experten halten zurzeit eine Gesamtrate von 70 Prozent des Nettogehalts für ausreichend, vorausgesetzt der Rentner bleibt gesund.²⁸²

Auch die Verteilung der Arbeitszeit muss neu geregelt werden. Notwendig sind fließende Übergänge in die Rentenphase, die Öffnung

²⁸¹Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, Berlin 2015, S. 14.

²⁸²Vgl. o.V., Worauf wir für die private Altersvorsorge heute verzichten müssen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. September 2012, S. 21.

der Rentensysteme für Zuverdienst sowie die Einführung von Arbeitskonten.²⁸³ Die Einführung der so genannten „Flexi-Rente“, wonach es in Zukunft möglich sein soll, selbstbestimmt länger zu arbeiten und durch Rentenbezug und Arbeitsentgelt insgesamt genauso viel an Einkommen zur Verfügung haben zu können, ohne dass Rentenansprüche gekürzt werden, ist ein Schritt in diese Richtung.²⁸⁴ Auch die Entwicklung neuer Aufgabenfelder für die Bedürfnisse der älteren Generationen und ein neues Rollenverständnis für ältere Bürger in der veränderten Gesellschaft sind notwendig.

Die Senioren müssen verstehen, dass auch sie weiter Verantwortung werden tragen müssen: für die Gesellschaft, die nachfolgende Generation, das Allgemeinwohl, unser Land.²⁸⁵ Das ist nicht nur notwendig, um den demografischen Wandel zu gestalten. Es ist nicht nur im Interesse ihrer Kinder und Einzelkinder. Es ist in ihrem eigenen Interesse. Wer aufhört, Verantwortung zu tragen, grenzt sich selbst aus. Der große Schriftsteller Max Frisch hat das in den „Entwürfen zu einem dritten Tagebuch“ beschrieben:

„Ich werde ein Greis. Man wird ein Greis, wenn man sich zu nichts mehr verpflichtet fühlt, wenn man nicht meint, irgendjemand in der Welt irgend etwas zu schulden, und dazu braucht einer noch nicht am Stock zu gehen oder im Rollstuhl zu sitzen; es gibt auch wanderfähige Greise. Vorderhand erschreckt mich noch meine zunehmende Nachlässigkeit

²⁸³Zur rentenrechtlichen Bewertung von Altersteilzeit, Arbeitszeitkonten und Teilzeitarbeit vgl. Peter Hanau: Die Rente mit 67 – flexibler als ihr Ruf, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen & Argumente Nr. 93, Berlin 2011, S. 7-9.

²⁸⁴Vgl. Bundesregierung, Selbstbestimmter in den Ruhestand, im Internet abrufbar unter: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/09/2016-09-14-flexirente.html>, (abgerufen am 30. Dezember 2016).

²⁸⁵Das Umweltbildungszentrum Licherode gibt hierfür ein Beispiel: Ältere Menschen werden zu Umwelttrainern ausgebildet und vermitteln ihrerseits ökologisches Wissen an die jüngere Generation.

gegenüber Freunden, meine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber öffentlichen Ereignissen, meine zunehmende Freiheit...“²⁸⁶

XII

Lösungswege: Arbeitswelt

1. Steigerung der Arbeitsproduktivität: Die „fünf Wirtschaftsweisen“ haben in ihrer Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ zu Recht festgestellt: „Das Wachstum des Produktionspotentials wird gerade bei einer Verringerung der Erwerbsbevölkerung durch den technologischen Fortschritt getrieben.“²⁸⁷ Daher muss sowohl bei der industriellen Produktion als auch im Dienstleistungssektor die Produktivität aller Arbeitnehmer, insbesondere aber auch der älteren Arbeitnehmer, durch Innovation und Technologie gesteigert werden. Das bedeutet einen weiteren Ausbau von computer-, technik- bzw. wissensgestützten Tätigkeiten. Einige Tätigkeiten werden durch die Digitalisierung wegfallen, während andere werden entstehen. Der weiterhin zunehmende Online-Handel wirkt sich negativ auf den Einzelhandel aus, während die Logistikbranche von den auszuliefernden Waren profitiert. Die großen Trends zeichnen sich in vielen Bereichen ab und dennoch scheint eine Prognose bis ins Detail schwer möglich.

²⁸⁶Zit. nach: Fritz J. Raddatz, Der leise Abschied von sich selbst, Die Welt, 3. April 2010, S. 31.

²⁸⁷Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 9.

2. Steigerung der Erwerbsquote: Die Erwerbsquote, insbesondere bei Frauen und älteren Menschen, muss weiter erhöht werden. Voraussetzung dafür ist der Ausbau von Angeboten, um Familie, Kinder und Erwerbstätigkeit besser miteinander zu vereinbaren, sowie die Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze und Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen.

3. Auch in Zeiten der Vollbeschäftigung gibt es Menschen, die heute nicht in den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Nach Auffassung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) handelt es sich um „neue Hemmnisse“: kein Schulabschluss, kein Ausbildungsabschluss, schwere gesundheitliche Einschränkungen, mangelnde Sprachkenntnisse, Langzeitarbeitslosigkeit, hohes Alter, Zuwanderung, Frauen mit kleinen Kindern und Menschen, die einen Angehörigen mehr als 10 Stunden in der Woche pflegen müssen.²⁸⁸

4. Steigerung der Arbeitszeiten: Durch die Verkürzung der Ausbildungsphase sowie durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Alter kann dem Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer begegnet werden.

Die Unternehmen werden die Arbeitsorganisation den Bedürfnissen älterer Mitarbeiter anpassen müssen. Dabei geht es sowohl um „Zeitsouveränität“ wie „Handlungssouveränität“. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen mitentscheiden können, wann sie arbeiten wollen. Das betrifft sowohl die Stunde-,

²⁸⁸Christoph Schäfer, Hunderttausende schwere Fälle, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 07. Mai 2013, S. 10.

Tages- und Wochenzahl der Arbeitszeit wie auch die Länge der Lebensarbeitszeit. Sie sollen im Gespräche mit den Unternehmen auch darüber mitentscheiden können, welche Tätigkeiten sie ausüben und welche Verantwortung sie übernehmen wollen und können.²⁸⁹ Eine wichtige Form wird dabei die Teilzeitarbeit sein. Es ist falsch, dass die Gewerkschaften aus angeblich sozialen Gründen gegen diese Form der Arbeit polemisieren. Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer lässt sich dadurch erreichen, dass das Instrument der lebenslangen Arbeitszeitkonten ggf. auch durch fiskalische Anreize ausgebaut wird.

5. Die Unternehmen müssen sich rechtzeitig um junge Fachkräfte bemühen. Die Tarifpartner müssen das Senioritätsprinzip bei der Lohnfestsetzung verändern. Zum einen stellt sich allein rechtlich Frage, ob entsprechende Regelungen in den Tarifverträgen altersdiskriminierend und daher unzulässig sind. Zum anderen schreckt die Strategie, jungen Menschen niedrige Einstiegsgehälter anzubieten, die erst langsam mit der Betriebszugehörigkeit steigen, junge qualifizierte Kräfte ab und verhindert, dass ältere Arbeitssuchende eingestellt werden. Beides ist in der Zukunft kontraproduktiv. Dabei können Formen der Mitarbeiterkapitalbeteiligung helfen. Damit können auch die Probleme gerade mittelständischer Unternehmen, die über eine knappe Eigenkapitalquote verfügen, gemindert werden.²⁹⁰

²⁸⁹ Andreas Kruse, Arbeitnehmer sollten ab 50 selbstständig über die Arbeitszeit entscheiden, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Dezember 2012, S. 10.

²⁹⁰ Vgl. Klaus Zimmermann, Ökonom Zimmermann fordert Ende niedriger Einstiegsgehälter, WirtschaftsWoche Online, 26. März 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.wiwo.de/politik-weltwirtschaft/oekonom-zimmermann-fordert-ende-niedriger-einstiegsgehaelter-461204/> (abgerufen am 15. April 2011), Wolfgang Gründinger, Steht auf, ihr Jungen!, in: Süddeutsche Zeitung, 18./19. August 2012, S. 2.

6. Die Unternehmen müssen sich intensiver um die betrieblichen Voraussetzungen kümmern, die es Frauen, Älteren sowie jungen Arbeitnehmern aus anderen EU-Ländern ermöglichen, Arbeitsplatzangebote anzunehmen. 90 Prozent der großen Familienunternehmen bieten heute schon eine betriebliche Altersvorsorge an, aber nur rund 40 Prozent der kleinen Unternehmen. Hinzu kommt, dass die Betriebsrente unter dem dauerhaften Niedrigzins leidet. So ist es Kapitalanlegern schlecht möglich eine vorher vereinbarte Garantie zu erfüllen. Zudem haben Reformen das System für Unternehmen komplizierter und unattraktiver gemacht.²⁹¹ In Deutschland arbeiten 21 Prozent der erwerbstätigen Frauen weniger als 20 Stunden pro Woche (Schweden nur 7,9 Prozent, Frankreich 8,8 Prozent).²⁹² Es ist nicht Aufgabe des Staates, die erforderlichen Arbeitskräfte bereitzustellen.
7. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser möglich zu machen, müssen die Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden. Dazu gehören ein bedarfsgerechtes U3-Platz-Angebot, mehr Tagesmütter, Betreuungsangebote in Familienzentren, die sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren, sowie flächendeckende Ganztagsschulangebote.
8. Die Unternehmen müssen durch die Schaffung betrieblicher Kindertagesstätten mehr Verantwortung übernehmen.

²⁹¹Vgl. Philipp Krohn, Lohnt sich die Betriebsrente noch?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3./4. Dezember 2016, S. C1.

²⁹²Dieter Breuninger, Mittelstand und Demografie – Der Handlungsdruck steigt, DB-Research 23.03.2013, S. 1 u. 16.

Kostenberechnungen haben ergeben, dass die Beschaffung einer neuen Fachkraft, die beispielsweise eine Frau ersetzt, die mangels Betreuungsangeboten dem Unternehmen zumindest vorübergehend nicht zur Verfügung steht, bis zu 50.000 Euro kostet.²⁹³

9. Das Thema „Gesundheit im Betrieb“ bekommt eine neue Bedeutung. Vom Gesundheitscheck für Lehrlinge bis hin zu Optimierungen der Arbeitsabläufe durch schwingende Fußböden, Ausruhemöglichkeiten und Leselupen an Fertigungsstraßen gibt es viele Beispiele. Körperlich hart arbeitende Menschen müssen möglichst lange gesund bleiben. ThyssenKrupp hat dafür eigens eine Gesundheitsschicht eingeführt. Arbeitnehmer erhalten dort eine regelmäßige medizinische Betreuung.²⁹⁴
10. Die Betriebe müssen mehr in die Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer investieren. Wenn junge Menschen mit einem Bachelor-Abschluss mit 24 statt mit 27 Jahren in das Berufsleben kommen, muss es in der längeren Arbeitszeit mehr Karrierestufen geben. Wer länger erfolgreich arbeitet, muss auch mehr Aufstiegsmöglichkeiten haben.
11. Inzwischen betreuen hierzulande schätzungsweise mindestens 150.000 Menschen aus Mittel- und Osteuropa ältere Mitbürger.²⁹⁵ Sie sind teils illegal im Land und werden ausgebeutet. Jeder weiß, dass solches Personal Hilfe ermöglicht, länger im eigenen Lebensumfeld zu leben. Für alle EU-Bürger sollten entsprechende Arbeitsverhältnisse ermöglicht werden. Vorschriften, die die Grundfreiheiten innerhalb der EU einschränken, gehören

²⁹³Vgl. Sven Astheimer, Personalnot macht erfinderisch, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2010, S. 20.

²⁹⁴Vgl. ebd.

²⁹⁵Vgl. Nina von Hardenberg, Alicia geht auf Dienstreise, Süddeutsche Zeitung, 28./29. Dezember 2013, S. 5.

abgeschafft. Berufs- und Bildungsabschlüsse sollten grundsätzlich und ohne Prüfung anerkannt werden. Auf die Forderung gegenseitiger Anerkennung wird verzichtet.

12. Exkurs:

In einem Gutachten für den Deutschen Juristentag hat Ulrich Preis schon im Jahr 2008²⁹⁶ umfassende Vorschläge zur „Anpassung der Rechtsstellung und zur Verbesserung der Beschäftigungschance älterer Arbeitnehmer“ vorgelegt. Dazu hat er sowohl die arbeitsrechtlichen, demografischen und sozialversicherungsrechtlichen Fragenstellungen untersucht. „Denn inzwischen wird jedem Bürger klar, dass die gesetzliche Rentenversicherung keine Lebensstandsicherung mehr bietet, die demografische Entwicklung der Verlängerung des Arbeitslebens zwingend macht, und demnach in Deutschland ältere Menschen diskriminiert werden.“²⁹⁷ Leider hat weder das Bundesarbeitsgericht, noch der Gesetzgeber bisher für ordnungspolitisch stringente und sozial wünschenswerte Regelungen gesorgt: „Die vergangenen Jahrzehnte und insbesondere die letzten Jahre haben gezeigt, dass der Gesetzgeber auf dem Gebiet des Arbeitsrechts nahezu reformunfähig ist. Der im deutschen Einigungsvertrag niedergelegte Auftrag, das Arbeitsrecht zu modifizieren, ist bislang unerfüllt.“²⁹⁸ Die überzeugenden Vorschläge sollen deshalb in Erinnerung gerufen werden²⁹⁹:

²⁹⁶Vgl. Gutachten zum 67. Deutschen Juristentag in Erfurt, München 2008.

²⁹⁷Gutachten zum 67. Deutschen Juristentag in Erfurt, München 2008, S. 9.

²⁹⁸Ulrich Preis, Altersdiskriminierung im Arbeitsrecht, in: Ulrich Becker / Markus Roth (Hrsg.), Recht der Älteren, Berlin / Boston 2013, S. 320.

²⁹⁹Zitate Ulrich Preis, a. a. O., S. B 117 ff.

- „Ältere Arbeitnehmer sind Menschen mit vollem Grundrechtsschutz. Sie dürfen nicht länger Spielbank der Beschäftigungspolitik sein.“ (B117)

- „Arbeitnehmer müssen zur Erwerbsarbeit motiviert und nicht zum Nichtstun gezwungen werden. Der Sozialstaat ist in der Pflicht, individuelle Defizite auf Grund des Alters, gesundheitliche Leistungseinschränkungen oder Behinderung durch Eingliederungsmaßnahmen auszugleichen, Bildungsangebote in jeder Lebensphase zur Verfügung zu stellen, und alles zu tun, um benachteiligten Beschäftigungsgruppen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen.“ (B117)

- „Die Verteuerung der Arbeitsleistung älterer Arbeitnehmer einerseits und der ökonomische Druck auf Personalverantwortliche, möglichst die gleiche Leistung zu günstigeren Konditionen zu erlangen, stellen die wesentlichen Gründe für kontraproduktive Effekte auf dem Arbeitsmarkt für ältere Beschäftigte dar. Die Kumulation von Betriebszugehörigkeitsregeln, Verdienstsicherungsklauseln, verringerter Arbeitszeit bei Erreichen eines bestimmten Alters, erhöhten Urlaubsansprüchen, längeren Kündigungsfristen sowie – last but not least – dem Ausschluss der ordentlichen Kündigung stellen Einstellungshemmnisse für Arbeitnehmer dar, die das 40. Lebensjahr überschritten haben.“ (B118)

- „Der Staat muss jede Form der Alterssicherung fördern. Er darf nicht die Vernichtung der Alterssicherung von Erreichung der Regelaltersgrenze verlangen. Das Sozialstaatsprinzip fordert, dass

jede im Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppe Anspruch auf Förderung zur Erlangung der Erwerbsfähigkeit und einer Erwerbstätigkeit hat. Der präventive, kompensatorische Ansatz im Sozialrecht ist zu stärken.“ (B119)

- „Hieraus resultieren folgende allgemeine Forderungen:

a) Pauschale Schlechterstellungen älterer Arbeitnehmer sind zu vermeiden. Ausgeprägt ist die Benachteiligung Älterer im deutschen Arbeitsrecht im Bereich des Befristungsrechts und in der Rechtsprechung zum Sozialplan sowie der Berechnung von Abfindungen. (B119)

b) Pauschale Besserstellungen wegen Erreichens eines bestimmten Lebensalters sind ebenso zu vermeiden. Das gilt in Gesetzen und Tarifverträgen, insbesondere aber auch in Sozialplänen. Anciennitätsregeln sind dagegen eher zu rechtfertigen. (B119)

c) Eine sinnvollere Möglichkeit, ältere Arbeitnehmer zu unterstützen, liegt in der jüngeren Gesetzgebung, eine gesetzliche Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer im Arbeitsförderungsrecht zu verankern. (B119)

d) Gesetzliche und tarifliche Fehlanreize zur Frühpensionierung sind konsequent abzubauen. (B119)

e) Eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik ist konsequent fortzuführen. Ältere Menschen dürfen von diesen Maßnahmen nicht nur nicht ausgeschlossen sein, sondern bedürfen im Gegenteil besonderer Förderung. (B120)

f) Während der Erwerbsphase muss verstärkt in die private Altersvorsorge investiert werden. Der Staat sollte in diesem Bereich nicht bevormundend, sondern fördernd tätig werden. Im Laufe des

Erwerbslebens müssen Anreize geschaffen werden, Vorsorge für das Alter zu schaffen. (B120)

g) Einen rentenrechtliche Grundsicherung über das umlagefinanzierte SGB VI ist bereits ein – auch heute noch sinnvolles – auf dem Solidaritätsprinzip basierendes Zwangssystem. Um die Legitimationsbasis der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, ist eine steuerfinanzierte Sockelrente zu prüfen, auf die andere Alterseinkünfte und Vermögen der Ruheständler nicht angerechnet werden. Anspruchsvoraussetzung hierfür sind genügend lange Beitragszeiten (etwa 35 Jahre) in der gesetzlichen Rentenversicherung.“ (B120)

- „Arbeitsrechtliche Forderungen

a) Jegliche absolute Altersgrenzen für die Aufnahme von Beschäftigung und den Ausstieg aus dem Berufsleben sollten entfallen. Man sollte nicht abwarten, bis in einem quälenden Prozess vor den Gerichten das Verbot der Altersdiskriminierung durchgesetzt wird. Das Axiom, mit Erreichen der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung müsse "Schluss" sein, ist aufzugeben. (B120)

b) Die aus demografischer Sicht notwendige längere Lebensarbeitszeit kann durch eine nicht diskriminierende Altersgrenzenregelung flankiert werden, die den Arbeitnehmern, die weiterarbeiten wollen, auch die Weiterarbeit ermöglicht. (B120)

c) Die Unzulässigkeit von Altersgrenzen muss zu einer behutsamen Anpassung der Regelungen zum Kündigungsschutz führen. Schonend erfolgt dies durch eine Umkehr der Beweislast: Der Arbeitnehmer kann grundsätzlich die Weiterbeschäftigung indes aus Leistungsgründen oder zur Erhaltung einer ausgewogenen

Altersstruktur ablehnen. Dem Arbeitnehmer obliegt dann in einem Prozess auf Weiterbeschäftigung die Darlegungs- und Beweislast, dass die vom Arbeitgeber vorgebrachten Gründe nicht vorliegen.

(B120)

d) Das Lebensalter sollte kein gesetzliches Kriterium der Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen (§ 1 Abs. 3 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz [KSchG]) sein. Es genügt, die Betriebs- bzw. Unternehmenszugehörigkeit (Anciennitätsprinzip) zu berücksichtigen, um den legitimen Schutz älterer Beschäftigter zu berücksichtigen. § 1 Abs. 3 Satz 2 KSchG kann als im Ergebnis nicht altersdiskriminierende Ausnahmeregelung beibehalten werden.

(B121)

e) In der Sozialauswahl und bei der Bemessung der Sozialabfindung darf das Kriterium der Rentenberechtigung oder Rentennähe aus rechtlichen und systematischen Gründen keine Rolle mehr spielen. In Ansehung der gegenwärtigen und langfristigen künftigen Rentenleistungen ist die Annahme, der Arbeitnehmer sei „abgesichert“ und benötige keine weitere Erwerbsarbeit oder Sozialplanleistungen pure Fiktion. (B121)

f) Durch ein überschaubar reguliertes, Binnenflexibilität ermöglichendes und Altersdifferenzierungen vermeidendes Arbeitsvertragsrecht mit einem verständigen Mix von (verlängerter) Probezeit, abgewogenen Befristungsregeln, fairen Kündigungs- und Abfindungsregeln sowie einer hinreichenden Binnenbeweglichkeit wird insgesamt viel für die Beschäftigungssicherheit erreicht. (B121)

g) Widersprüchliche Regelungen, ältere Arbeitnehmer durch das Angebot prekärer sachgrundloser Zeitarbeit (z. B. § 14 Abs. 3 Teilzeit- und Befristungsgesetz [TzBfG]) wieder in Beschäftigung zu bringen, sind dann obsolet. Wenn man die sachgrundlose Befristung

für ein beschäftigungsförderndes Instrument hält, ist es inkonsequent, dieses nur am Merkmal Alter festzumachen. (B121)

h) Qualifizierung und Weiterbildung sind Aufgabe aller Beteiligten. Auch Betriebsräte haben Möglichkeiten, innerbetriebliche Initiativen zu starten. Durch arbeitsrechtliche Maßnahmen können Rechte und Pflichten zur Weiterbildung flankiert werden. Auch könnte die innerbetriebliche Weiterbildung gefördert werden. Das deutsche Individualarbeitsrecht enthält seit langem auch einen bestandsschutzrechtlichen Ansatz, die Qualifizierung zu fördern. § 1 Abs. 2 Satz 3 KSchG erkennt die vorrangige Pflicht zur Umschulung und Fortbildung des Arbeitnehmers an, um dessen Weiterbeschäftigung zu ermöglichen. Die Rechtsprechung könnte dieses Instrument schärfen. (B121)

i) Erworbene Besitzstände sind bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses abzugelten. Die sog. Überbrückungsfunktion von Abfindungen ist abzulehnen, da sie auf dem unzutreffenden Axiom der Absicherung durch eine gesetzliche Alterssicherung beruht. Im Gegenteil: Mit Abfindungen wird entweder der Besitzstand abgegolten oder eine Genugtuungsfunktion (im Falle unwirksamer Kündigung) verfolgt. In beiden Fällen ist es sinnvoll, Abfindungen für die Alterssicherung zu verwenden. Der Staat sollte dies durch steuerliche Maßnahmen fördern. (B122)

j) Echte Altersteilzeit sollte durch Unternehmen möglich gemacht werden; nur diese sollte staatlicherseits gefördert werden.“ (B122)

- „Sozialrechtliche Forderungen

a) Die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I (Alg I) für ältere Beschäftigte ist ein Rückschritt. Richtiger und zielführender wäre es,

die Verlängerung des Arbeitslosengeldbezuges nur im Zusammenhang mit jeder Form anerkannter Weiterbildung zu gewähren. (B122)

b) Der Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand muss flexibler gestaltet werden. Die Versicherten dürfen nicht in ein System gepresst werden, dass von – der nicht vorhandenen – Voraussetzung des unbefristeten Vollzeitarbeitsverhältnisses ausgeht. Die finanzielle Alterssicherung wird auf vier Säulen aufbauen müssen: gesetzlicher Rente, betrieblichen Vorsorgesystemen, privater Vorsorge und Zusatzverdiensten bis in das hohe Alter. Vor diesem Hintergrund mag die gesetzliche Rentenversicherung weiterhin auf der Basis des Umlageverfahrens beruhen. (B122)

c) Das Renteneintrittsalter ist zu flexibilisieren. Die eingeleiteten Maßnahmen zur verlängerten Regelaltersgrenze 67. Lebensjahr sind beizubehalten. Unter Berücksichtigung sozialversicherungsmathematischer Prinzipien muss ein früherer Rentenabruf möglich sein. Spezielle Tatbestände vorgezogener Altersgrenzen sollten entfallen. (B122)

d) Jegliche Hinzuverdienstgrenzen (mit Ausnahme der Erwerbsminderungsrenten) im Recht der gesetzlichen Rentenversicherung müssen aufgegeben werden. [...] Hinzuverdienstgrenzen können nicht mit der Einkommensersatzfunktion der gesetzlichen Rente gerechtfertigt werden. (B123)

e) Die arbeitsmarktpolitische Dimension der Hinzuverdienstgrenze, Rentenbezieher vom Arbeitsmarkt fernzuhalten, ist keine Aufgabe der Rentenversicherung,

verfassungsrechtlich problematisch und rechtspolitisch nicht mehr zeitgemäß. (B123)

f) Wünschenswert ist die Möglichkeit, eine Teilrente zu beziehen. Das Regime in § 42 Abs. 2 und Abs. 3 SGB VI ist hinreichend flexibel. Zusammen mit der Aufhebung der Hinzuverdienstgrenzen, „echter“ Altersteilzeit und einer geänderten Einstellung zur Frühverrentungspolitik in deutschen Betrieben könnten Teilrenten ihr ganzes Potenzial entfalten.“ (B123)

- „Sozialpolitische Forderungen

a) Die staatliche Ausweitung der Förderung betrieblicher und privater Altersvorsorge ist ein politisch wichtiges Signal gewesen. Staatliche Fördermaßnahmen müssen statusunabhängig sein. (B123)

b) Staatlich geförderte Altersvorsorge muss sich insbesondere auf diejenigen konzentrieren, die unstete oder gar lückenhafte Erwerbsbiographien aufweisen, nur gering verdienen oder Selbstständige sind bzw. werden und kaum eine eigene Alterssicherung aufbauen können. Zu bedenken ist, dass in vielen Branchen, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, betriebliche Altersversorgung nicht weit verbreitet ist. (B123)

c) Verstärkte Bildungsinvestitionen für jede Lebensaltersstufe – abgestimmt auf die jeweiligen Bedarfe – sind notwendig. [...]“ (B123)

XIII**Lösungswege: Altersarmut und Rente**

1. Das Auseinanderdriften unserer Gesellschaft führt dazu, dass immer mehr Menschen Altersarmut droht. Das Rentenniveau für künftige Ruheständler sinkt. Experten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gehen zwar davon aus, dass es in den alten Bundesländern relativ stabil bleiben wird. In den neuen Bundesländern sei dagegen mit einem dramatischen Rückgang der durchschnittlichen Rentenansprüche zu rechnen, die gerade bei Frauen oftmals unter dem Niveau der Grundsicherung liegen. Die Gefahr, durch Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse oder eine Unterbrechung der Erwerbsbiografie nur geringe Rentenansprüche zu erwerben, steige.³⁰⁰
2. Die den sozialen Sicherungssystemen zugrunde liegenden Berechnungstabellen gehen teilweise von einer zu geringen durchschnittlichen Lebenserwartung aus. Sie müssen auf das zu erwartende Lebensalter von im Durchschnitt 86 (Männer) bzw. 90 (Frauen) Jahren angepasst werden.³⁰¹ Zudem sollten sie sich nicht allein an starren Altersfristen orientieren, sondern vielmehr die tatsächlich geleistete Arbeitszeit mit einrechnen. Denn: Das Alter allein, egal ob 65, 67 oder 69 Jahre, sagt noch nicht viel darüber aus,

³⁰⁰Vgl. Johannes Geyer / Viktor Steiner, Künftige Altersrenten in Deutschland: Relative Stabilität im Westen, starker Rückgang im Osten, DIW-Wochenbericht 11/2010, S. 2ff.

³⁰¹So die Prognose der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2060; vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015, S. 13. Hiermit ist nicht eine Anpassung der Leistungen, sondern der Planungsdaten gemeint.

wie viel ein Mensch in seinem Leben gearbeitet hat. Hier müssen flexiblere Regelungen geschaffen werden.

3. Wir brauchen eine Mindestrente. Schon heute muss ein Durchschnittsverdiener 27 Jahre arbeiten und Beiträge zahlen, um später eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu beziehen.³⁰² Das jedoch widerspricht dem Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. Denn: Wer jahrzehntelang arbeitet und Beiträge zahlt, muss im Alter eine höhere Rente bekommen als derjenige, der nie oder nur sporadisch gearbeitet hat. Daher sollte das System der Mindestentgeltpunkte wieder eingeführt werden.³⁰³

4. Jedermann muss die Möglichkeit haben, für das Alter zusätzlich privat vorzusorgen. Das muss auch für Selbstständige gelten. Deshalb sollte der Kreis der Riesterberechtigten auch für bisher nicht zulageberechtigte Selbstständige attraktiv gestaltet werden.³⁰⁴ Für sie gibt es bisher nur steuerliche Begünstigungen. Je geringer aber das Einkommen ist, also je weniger auch Steuern gezahlt werden, desto

³⁰²Vgl. Beschluss C 2 „Altersarmut bekämpfen – Koalitionsvertrag zügig umsetzen“ des 23. Parteitages der CDU Deutschlands, im Internet abrufbar unter: <http://www.karlsruhe2010.cdu.de/images/stories/docs/c-beschluesse.pdf> (abgerufen am 24. Februar 2011).

³⁰³Vgl. Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands: Laumann will Rente für Geringverdiener verbessern, im Internet abrufbar unter: http://www.sozialausschuesse.de/uploads/media/Laumann_Rente_Oktober_2007.pdf (abgerufen am 31. März 2011).

³⁰⁴Laut einer 2007 veröffentlichten Studie des „Mannheim Research Institute for the Economics of Aging“ (mea) dürften sich die dem Staat durch eine entsprechende Gesetzesänderung entstehenden jährlichen Mehrkosten auf maximal 3,9 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 6,9 Milliarden Euro im Jahr 2030 belaufen. Realistisch sind demnach allerdings jährliche Mehrkosten zwischen 1,7 Milliarden Euro im Jahr 2020 und 4,1 Milliarden Euro im Jahr 2030; vgl. Mathias Sommer, Fiskalische Auswirkungen einer Erweiterung des Förderrahmens von Riesterrenten, mea-Discussion Paper 122-07, Mannheim 2007, S. 24.

weniger Möglichkeiten für Selbstständige gibt es, für das Alter privat vorzusorgen.³⁰⁵

Auch bei der betrieblichen Altersvorsorge gibt es

Verbesserungsbedarf: Zwar fördert der Staat Arbeitnehmer, die davon Gebrauch machen, indem der Teil des Arbeitsentgelts, der als Sparbeitrag verwendet wird, zunächst³⁰⁶ steuer- und sozialabgabenfrei bleibt. Das Problem ist allerdings: Nur jeder dritte Deutsche, das hat eine Befragung eines Versicherungsunternehmens gezeigt, kennt überhaupt den Rechtsanspruch auf eine betriebliche Altersvorsorge.³⁰⁷ Dazu kommt, dass die Höhe der tatsächlichen Rendite in vielen Fällen höchst ungewiss ist.³⁰⁸ Vor allem aber – und das wiegt in Zeiten einer immer größeren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und -situationen besonders schwer – zeigen sich nach wie vor große Hürden bei der Mitnahme angesparter Anwartschaften im Falle eines Arbeitgeberwechsels.³⁰⁹

5. Die persönliche Altersvorsorge muss im Falle von unverschuldeter Arbeitslosigkeit höher sein und besser als bisher geschützt werden.

³⁰⁵ In der Expertise „Herausforderungen des demografischen Wandels“ des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung heißt es hierzu: „Während bei den unteren Einkommensschichten eine geringe Wahrscheinlichkeit für einen Abschluss [eines Riester-Vertrags, d. Verf.] besteht, nimmt diese mit höherem Einkommen zu. Dies könnte auf die Abzugsfähigkeit bei der Einkommensteuer zurückzuführen sein, die vor allem für höhere Einkommensklassen die Attraktivität dieser Sparform erhöht (...). Das Ergebnis weist darauf hin, dass das Ziel, gerade Geringverdienern Anreize zum Aufbau einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge zu liefern, möglicherweise nicht erreicht wird.“; Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Herausforderungen des demografischen Wandels. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Wiesbaden 2011, S. 77.

³⁰⁶ Bei Auszahlung der Anwartschaften im Alter müssen dann allerdings Steuern und Krankenkassenbeiträge abgeführt werden.

³⁰⁷ Vgl. Nadine Oberhuber, Das Geld, das keiner will, Die Zeit, 26. Januar 2012.

³⁰⁸ Vgl. Philipp Krohn, Lohnt sich die Betriebsrente noch?, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3./4. Dezember 2016, S. C1.

³⁰⁹ Vgl. Nadine Oberhuber, a. o. O.

Deshalb ist es richtig gewesen, das Schonvermögen beim Arbeitslosengeld II (Alg II) von 250 Euro auf 750 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen, damit die Menschen im Alter eine Rente oberhalb der Grundsicherung bekommen.³¹⁰

Denn: Wer privat vorsorgt, muss eine höhere Rente haben als jemand, der nicht vorsorgt. Es ist weiter notwendig, dass die Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose die vollen Rentenbeiträge zahlt. Wer unverschuldet arbeitslos ist, sollte nicht mit Altersarmut bestraft werden.

6. Die in der Weltfinanzkrise durch eine Notsituation gesetzlich verankerte Rentengarantie ist systemfremd und sollte aufgehoben werden. Wenn die Politik die Garantie will, muss sie sie aus Steuermitteln bezahlen.

7. Die solidarische Rente ist ein Versicherungssystem. Und sie wird immer mehr zu einer Steuer.³¹¹ Sie hat, wie dargelegt, Konstruktionsfehler. Kindererziehung ist ein generativer Beitrag zum Erhalt unserer sozialen Sicherungssysteme. So sollte neben der

³¹⁰Die Bundesregierung bezifferte die dem Bund durch die Erhöhung des Schonvermögens entstehenden jährlichen Mehrkosten mit rund 190 bis 230 Millionen Euro; vgl. Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Finanzlage der Sozialversicherungssysteme und zur Einführung eines Sonderprogramms mit Maßnahmen für Milchviehhalter sowie zur Änderung anderer Gesetze (Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz [SozVersStabG]), Bundestags-Drucksache 17/507 vom 25. Januar 2010, S. 15. Der Entwurf wurde beschlossen und das Gesetz im April 2010 verkündet. Der ehemalige Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bert Rürup, empfiehlt sogar, Selbstständige generell in die gesetzliche Rentenversicherung aufzunehmen; vgl. Dirk Heilmann, Zeit für Reformen!, Handelsblatt, 8. April 2011, S. 6.

³¹¹In einem Artikel des Handelsblatts heißt es dazu: „Für die Jahrgänge der heute unter 35-Jährigen, so hat es der Rentenexperte Bernd Raffelhüschen ausgerechnet, entwickeln sich die Rentenbeiträge zu einer Steuer. Sie werden mehr einbezahlt haben, als sie ausgezahlt bekommen.“; Gabor Steingart / Dirk Heilmann / Dorit Heß, Deutschland ungeschminkt, Handelsblatt, 1. April 2011.

Mütterrente überlegt werden – wie jetzt bei der Pflegeversicherung – in die Rentenformel auch einen steuerfinanzierten Kinderfaktor mit einzubeziehen. Auch sollte – wie bei den Kindererziehungszeiten – über die Anerkennung von Pflegeleistungen im Rentenrecht diskutiert werden.

8. Der zweite Fehler der solidarischen Rente liegt in der möglichen Aushöhlung des Versicherungsprinzips durch politische Entscheidungen. Zwar hat die Politik immer wieder Steuermittel für das Rentensystem zur Verfügung gestellt. Der Bezug zwischen Einzahlung und Auszahlung ist für die allermeisten Bürgerinnen und Bürger jedoch nicht mehr nachvollziehbar. Für die Zukunft sollte die Politik verpflichtet werden, bei Änderungen im Rentensystem die erforderlichen Mittel auf der Basis einer versicherungsmathematischen Kostenberechnung zu bezahlen. Eine bessere Transparenz für die Versichertengemeinschaft führt zu einer höheren Akzeptanz des solidarischen Rentensystems.³¹² Eine weitere Überlegung in diesem Zusammenhang ist im Übrigen, die Pensionsrückstellungen für Beamte nicht mehr von den Regierungen, sondern etwa von der Bundesbank verwalten zu lassen. Auf diese Weise würden sie dem Zugriff der Politik entzogen werden.
9. Die Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Rentenbezug müssen flexibler gestaltet werden.³¹³ Das gilt für die Abschaffung starrer

³¹²Vgl. Jürgen Rüttgers, Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben. Eine Streitschrift, Köln 2007, S. 155f.

³¹³Diesen Vorschlag des Verfassers haben u. a. auch der IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber und Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser aufgegriffen. Dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer so umstrittenen Frage wie dem Renteneintrittsalter grundsätzlich einig sind, dürfte sicherlich nicht alle Tage

Altersfristen wie etwa in Großbritannien und in Schweden³¹⁴ und die Schaffung von Möglichkeiten, früher oder später in Rente zu gehen. Die Kosten einer solchen Entwicklung müssen berechnet und vom Rentner bzw. Arbeitgeber übernommen werden. Auch die Möglichkeiten, eine Teilrente zu beziehen bzw. Rentenanwartschaften beim Wechsel der Arbeitsstelle mitzunehmen, müssen verbessert werden. Die bestehenden finanziellen Anreize für Frühverrentung müssen reduziert, positive Anreize für längere Beschäftigungen müssen aufgebaut werden.³¹⁵ Das jetzige Renteneintrittsalter wird dann nur noch ein Orientierungspunkt zur Berechnung von Rentenabschlägen, ggf. auch von Rentenzuschlägen sein.³¹⁶

10. Neben der Verlängerung der Arbeitszeit werden wir neue Arbeitsformen fördern müssen und sie nicht bekämpfen dürfen. Warum muss die berufliche Tätigkeit von einem auf den anderen Tag aufhören? Wir haben (fälschlicherweise) Formen des Vorruhestandes entwickelt. Warum gibt es nicht mehr Formen der „Seniorenarbeit“, der Arbeit nach Beginn der Rentenzahlungen? In den USA gibt es nur

vorkommen; vgl. Thomas Öchsner, „Maloche macht die Menschen kaputt“. Interview mit Berthold Huber und Martin Kannegiesser, Süddeutsche Zeitung, 22. Dezember 2011, S. 20.

³¹⁴Vgl. Peter Rásonyi, Grossbritannien schafft Rentenalter ab, Neue Zürcher Zeitung Online, 14. Januar 2011, im Internet abrufbar unter: http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/grossbritannien_schafft_rentenalter_ab_1.9088921.html, (abgerufen am 13. April 2012).

³¹⁵Axel Börsch-Supan / Martin Gasche, Sägen an den Säulen, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.01.2013, S. 7, schlagen vor, das gesetzliche Renteneintrittsalter regelmäßig und automatisch an die Entwicklung der Lebenserwartung zu knüpfen, sodass die durchschnittliche Anzahl der Rentenjahre je Erwerbsjahr konstant bleibt, verbunden mit einem flexibleren, versicherungsmathematisch korrekt abgerechneten individuellen Renteneintrittsalter.

³¹⁶Vgl. Jürgen Kocka, Ursula M. Staudinger (Hg.) Altern in Deutschland Bd. 9, Nova Acta Leopoldina, Halle (Saale) 2010, S. 55.

für wenige Berufsgruppen gesetzlich vorgeschriebene, starre Altersgrenzen – etwa bei Piloten.³¹⁷ Bei uns dagegen wird – teils sogar arbeitsrechtlich fest verankert³¹⁸ – Formen des langsamen Herausgleitens aus dem Arbeitsprozess ein Riegel vorgeschoben: zum Beispiel in Tarifverträgen, die mit 65 ein automatisches Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vorsehen.³¹⁹ Diese Einschränkungen der Vertragsfreiheit sind falsch, ja oftmals offenbar unzulässig.³²⁰ Der vielzitierte Dachdecker muss mit 70 Jahren nicht mehr auf die Dächer steigen, kann stattdessen aber Baustellen überwachen und Arbeitsabläufe organisieren und kontrollieren. Eine Krankenschwester muss im Rentenalter nicht mehr im Schichtdienst tätig sein, sondern kann Arbeitspläne erstellen. Und ein älterer Pilot, der aus Sicherheitsgründen nicht mehr im Cockpit sitzen darf, kann die Ausbildung seiner Nachfolger übernehmen.³²¹

11. Das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet – bezogen auf die Arbeit – nur zwei Formen: die nichtselbständige Arbeit und die selbstständige Arbeit. Es schränkt damit Kombinationen verschiedener Arbeit ein. Warum schaffen wir nicht

³¹⁷Vgl. Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 42.

³¹⁸„Die Zulässigkeit der Befristung eines Arbeitsverhältnisses auf die Regelaltersgrenze ist nicht ausdrücklich gesetzlich geregelt. Sie ergibt sich aber mittelbar aus § 41 S. 2 SGB VI.“; Peter Hanau: *Die Rente mit 67 – flexibler als ihr Ruf*. KAS Analysen & Argumente Nr. 93, Berlin 2011, S. 4.

³¹⁹Vgl. Maike Rademaker, *Mit 65 Jahren, da hört das Schufften auf*, *Financial Times Deutschland* vom 13. Oktober 2010, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/karriere-management/karriere/:ruhestand-mit-65-jahren-da-hoert-das-schufften-auf/50181915.html>, (abgerufen am 16. Februar 2011).

³²⁰Vgl. Annette Berger, *Lufthansa muss ältere Piloten ins Cockpit lassen*, *Financial Times Deutschland*, 13. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:altersgrenze-60-jahre-lufthansa-muss-aeltere-piloten-ins-cockpit-lassen/60103452.html>, (abgerufen am 26. September 2011).

³²¹Vgl. Christian Elger, *„Arbeit und Alter nicht ausschließen“*, Interview in der *Kölnischen Rundschau*, 3. März 2012, S. 22.

den „Ruhestand“ ab und ersetzen ihn durch den „Beginn“ der Rente und Pension. Wer länger arbeiten will, muss mit seinem Arbeitgeber über ein neues Beschäftigungsverhältnis für die Zeit nach dem 67. Lebensjahr verhandeln können. Wer aber länger arbeitet, darf nicht durch die Verrechnung von weiteren Einkünften mit den Rentenzahlungen bestraft werden. Wer freiwillig weiter in die Rentenkasse einzahlt, muss später eine höhere Rente erhalten.

12. Wir brauchen mehr Teilzeitjobs für Menschen, die auch nach dem „Kernarbeitsleben“ weiter arbeiten wollen. Wir brauchen mehr Dienstleistungsangebote für ältere Menschen außerhalb der Wohlfahrtskonzerne.

13. Die Verbote für Zuverdienstmöglichkeiten bei Renten und Pensionen sollten gestrichen werden. Was spricht eigentlich dagegen, im Ruhestand zusätzlich zur Rente oder Pension Geld zu verdienen, etwa weil man eine zu geringe Rente hat oder weil man gerne arbeitet. Erwerbstätigkeit im Alter ist längst kein zwingender Indikator für Armut. Ein großer Teil der Rentner mit einem Minijob, möchte sich mit dem Geld zum Beispiel Extrawünsche erfüllen.³²² Auch die Anrechnungsvorschrift der Riester-Rente gegenüber der Grundsicherung muss gestrichen werden. Wer trotz geringem Einkommen privat versorgt, muss ein höheres Alterseinkommen haben als derjenige, der nicht privat versorgt.³²³

³²²Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Rentner wollen sich was gönnen, IW-Nachricht am 30. August 2016.

³²³Nadine Oberhuber, Das leere Versprechen, in: Die Zeit, 05. September 2013, S. 30 f.

XIV

Lösungswege: Generationengerechte Lebenswelt

Wenn die demografische Herausforderung unsere Gesellschaft älter, bunter, kleiner macht und wir gleichzeitig den Wohlstand und die soziale Absicherung erhalten wollen, müssen wir die Art, wie wir leben, ändern. Dafür muss ein „stimmiges Bild der gealterten Gesellschaft von morgen“³²⁴ erarbeitet werden.

1. Alte Menschen kommen in der Sozialwelt oft nur als Abhängige vor. Ältere Menschen brauchen häufig aber erst bei schwerer Krankheit oder kurz vor dem Tod eine intensive Betreuung. Zwischen der Arbeitszeit und dem „Alter“ gibt es heute ein „Zwischenalter“. Dort sind die Menschen fit, agil, mobil, intellektuell interessiert. Sie wollen oft etwas tun, was sie bisher nicht tun konnten. Alter ist nicht mehr gleich Alter.³²⁵ Wir brauchen neue Angebote für diese, teilweise mehr als zwei Jahrzehnte dauernde, neue Lebensphase.
2. Die Stadt- und Regionalplanung muss umgestellt werden auf die Bedürfnisse einer schrumpfenden Gesellschaft. Kommunalpolitiker im Westen scheuen eine Diskussion über konkrete Folgen des Schrumpfungsprozesses, weil sie Angst vor dem angeblichen Imageverlust haben, der damit verbunden sei. Dabei gibt es in Ostdeutschland erste konkrete Erfahrungen mit dem notwendigen

³²⁴ Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 20.

³²⁵ Der Soziologe Hans Bertram schreibt dazu überspitzt: „Selbst wenn Sie bis zu ihrem 65. Lebensjahr arbeiten und Sie werden 100 Jahre alt, 35 Jahre nur im Garten, das ist auch nicht das, was man sich vorstellt.“; vgl. Hans Bertram, *Zur Krise der modernen Familie*, in: Susanne Mayer / Dietmar Schulte (Hrsg.), *Die Zukunft der Familie*, München 2007, S. 35.

„Changemanagement“. Rückbau bedeutet auch Schließung von Schulen, Theatern, Freibädern, Sporthallen. Kommunen, die nichts tun, werden steigende Gebühren für Abwasser, Müllbeseitigung, Straßenreinigung etc. für die Bürger erheben müssen.³²⁶

Wir müssen die Infrastruktur unserer Städte und Gemeinden und unseren Wohnungsbestand weiter an die Ansprüche einer älter werdenden Gesellschaft anpassen. Die gute Idee der Mehrgenerationenhäuser alleine reicht nicht aus.³²⁷

3. Die Städte und Gemeinden müssen kommunale Anpassungsstrategien entwickeln. Die regionalen Unterschiede müssen stärker ermittelt und berücksichtigt werden.³²⁸ Die Kommunalpolitik ist in den letzten Jahren von Wissenschaft und Landesplanung allein gelassen worden. Die kommunalen Strategien werden vielfältig sein. Es ist ein Unterschied, ob es eine hohe oder eine moderate Schrumpfungsquote gibt. Manche Studien beruhigen die Kommunen mit Globalzahlen. Es gibt keine Differenzierungen, ob in einem Stadtteil die Bevölkerungszahl steigt, in anderen aber sinkt. Der mangelnde Mut, sich der Aufgabe zu stellen, führt zu unrealistischen Auffassungen, man werde wohl weiter wachsen. Deshalb wird mit immer neuen Bebauungsplänen ein Wettbewerb um junge Familien durchgeführt. Die Landesplanung muss sich dieser Herausforderung ebenso stellen wie die kommunalen Verantwortlichen. Die Erarbeitung einer „Schrumpfungsstrategie“ erfordert von Kommunalpolitikern Mut. Es gibt zwar gute kommunale Beispiele, viele Kommunalpolitiker entziehen sich aber ihrer

³²⁶Vgl. Elisabeth Niejahr, *Alt sind nur die anderen. So werden wir in Zukunft leben, lieben und arbeiten*, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2005, S. 77 ff.

³²⁷Vgl. Wolfgang Koyoll, *Miteinander, nicht nebeneinander*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 03.09.2013, S. 9.

³²⁸*Altern in Deutschland*, Nova Acta Leopoldina Bd. 9, 2010, Halle (Saale), S. 65 ff.

Verantwortung. Die bei vielen Stadt- und Gemeinderäten vorhandene Opferhaltung führt dazu, dass man eigene Initiativen unterlässt. Man wartet auf Geld von Land und Bund. Eine solche Blockadehaltung ist sicher nicht hilfreich, eine gesamtgesellschaftliche Anpassungsstrategie zu entwickeln.³²⁹

4. Wir brauchen ein Wiederaufleben der Sozialstationen als Service-Center für hilfeschuchende, vor allem ältere Mitbürger. Sie sind als Kontakt- und Service-Stationen sehr hilfreich und benötigen eine verlässliche Finanzierung. Wir brauchen mehr Angebote für die Hochbetagten, die noch nicht ins „Heim“ wollen. Neben „Essen auf Rädern“ und mobiler Pflege gibt es einen Markt für „Bettwäsche auf Rädern“, Mobilitätsdienste, Besuchsdienste, etc.
5. Wir brauchen heute eine gesellschaftliche Initiative gegen Einsamkeit. Viele Menschen sind heute einsam. Viele Senioren über 70 Jahre sind im Schnitt rund 17 Stunden allein am Tag. Mehr als 20 Prozent haben keine oder nur noch eine feste Bezugsperson. Kinderlosigkeit vergrößert das Risiko, einsam zu sein, erheblich.³³⁰
6. Die Zunahme sozialer Gewalt in den vergangenen Jahren hat nicht nur zu Jugendgewalt und Kindesmissbrauch geführt. Auch über Gewalttätigkeiten in Familien und Heimen gegenüber älteren Menschen wird immer wieder berichtet. Die Anstrengungen zum Schutz hilfebedürftiger Senioren und Hochbetagter müssen verstetigt und intensiviert werden. Dazu gehören die Meldepflichten

³²⁹Vgl. Claudia Henzler, Bis zum letzten Mann, in: Süddeutsche Zeitung, 12.01.2013, S. 6/7; Mechthild Küpper, Die rührende Stadt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08. Oktober 2011, S. 3.

³³⁰Vgl. Guido Kleinhubbert / Antje Windmann, Die Übriggebliebenen, DER SPIEGEL 2/2013, S. 38.

von Ärzten, denen ungewöhnliche Verletzungen auffallen, ebenso wie in Heimen und Altenheimen. Besonders perfide sind zudem Trickbetrügereien, Raubüberfälle und weitere Straftaten, bei denen sich Kriminelle zum Teil mittels Vortäuschung falscher Tatsachen, zum Teil gewaltsam ganz bewusst Zugang zu den Wohnräumen älterer Menschen verschaffen. Auch hier gilt es, weiter vorzubeugen – u. a. durch breit angelegte öffentlichkeitswirksame Maßnahmen.

7. Bereits heute gibt es gute Erfahrungen mit „Altengenossenschaften“. Wer es sich nicht leisten kann, stellt Zeit zur Verfügung, die er in der Genossenschaft später anfordern kann. Wir brauchen mehr solcher Selbsthilfeorganisationen.

8. In Deutschland darf es keine „Alten-Ghettos“ geben. Statt weiter den Bau neuer Altenheime zu subventionieren, sollten neue Formen des integrierten Wohnens, Lebens und Arbeitens entstehen – beispielsweise der Bau von Wohngenossenschaften und Wohnstiften.³³¹ Notwendig ist auch der weitere Bau von Hospizen. Die Trennung verschiedener Lebensbereiche wie Wohnen, Arbeiten und Freizeit im deutschen Städtebau muss überwunden werden.

Da viele Senioren im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung leben, müssen viele Immobilien umgebaut werden. Dies bietet die Chance, neue Wohnformen zu entwickeln (vorstationäre Wohnformen, Service-Wohnen etc.). Bis zum Jahr 2020 müssen für die ambulante Pflege mindestens 800.000 Wohnungen angepasst

³³¹ Vgl. Margaret Heckel, Die Midlife-Boomer, Hamburg 2012, S. 129. Sie berichtet über praktische Beispiele, die den Wunsch verwirklichen, „zwar in der eigenen Wohnung, aber dort gemeinsam mit anderen [zu] wohnen“, verwirklichen.

werden. Nach einer Studie des Eduard-Pestel-Instituts ergeben sich bei einer Absenkung der stationären Pflegequote um fünf Prozent für das Jahr 2025 gesamtwirtschaftliche Einspareffekte von fast drei Milliarden Euro.³³²

9. Die Vorschriften für die Betreuung und Pflege müssen einfacher werden. Eine Haushaltshilfe, die für Leistungen entlohnt wird, darf keine Medikamente geben, da es sich um eine medizinische Leistung handelt, die gewerblich nicht ohne Zertifikationen erbracht werden.³³³ Angehörigen ist dies erlaubt.

10. Die Infrastruktur in unseren Städten und Gemeinden muss altenfreundlicher werden. Größere Verkehrsschilder und breite Mittelstreifen wie in den USA sind hierfür ein Beispiel. Einschränkungen im städtischen Winterdienst tragen oftmals zur Immobilität alter Menschen bei. Auch der öffentliche Nahverkehr muss den besonderen Erfordernissen des demografischen Wandels angepasst werden.³³⁴

11. Die Pflegeinfrastruktur muss um neue Angebote ergänzt werden. Es muss geprüft werden, ob noch neue große Altenheime gebaut werden. Alternativ können Altenwohngemeinschaften eingerichtet werden. Dann können die Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. In Form von Genossenschaftsmodellen oder Wohnungen mit angegliederter Pflegeinfrastruktur könnten gemeinnützige

³³²Vgl. Walter Rasch, Wachstumsmarkt Seniorenimmobilien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24. Juli 2009, S. 37.

³³³Vgl. Michael Isfort, Anpassung des Pflegesektors zur Versorgung älterer Menschen, Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2013, S. 32.

³³⁴Die Initiative „Demografie Region und ÖPNV-Mobilität“ (DRÖM) der Regionalverkehr Köln GmbH gibt hierfür ein Beispiel. Vgl. Regionalverkehr Köln GmbH, Demografie Region und ÖPNV-Mobilität, Köln 2013.

Wohnungsgesellschaften Alternativen zu Altenheimen entwickeln.³³⁵

Die Nachfrage nach Pflegeangeboten wird nach Schätzungen bis 2030 um 320.000 Heimplätze steigen, ohne dass es bereits hinreichende konzeptionelle Überlegungen für den weiteren Ausbau der Pflegeinfrastruktur gibt.³³⁶

12. Wir wissen immer noch zu wenig über die Lebenswelten älterer Mitmenschen. Die Altenforschung, aber auch die Gesundheitsforschung im Allgemeinen müssen daher ausgebaut werden.³³⁷ Der „Altenbericht“ der Bundesregierung, der über die Werte und Wünsche, die Lebensstile, die finanzielle Situation und insbesondere über Trends und Veränderungen bei den Älteren Auskunft gibt, ist hierfür ein guter Ansatz. Er alleine reicht allerdings nicht aus.

Die Altersforschung an den Universitäten muss intensiviert werden. Es reicht nicht aus, nur generationenübergreifende Projekte zu entwickeln oder eine „Demografiestrategie“ zu verkünden, ohne die politischen Konsequenzen zu ziehen. Politik und Gesellschaft müssen Ziele festlegen und die notwendigen Anstrengungen unternehmen, diese Ziele zu erreichen.

Wir müssen auch mehr in die altersbezogene Forschung investieren. In den letzten Jahren wurde in Bonn ein Nationales Forschungszentrum für Demenzforschung und in Köln ein Max-

³³⁵Vgl. Andreas Mihm, Die Pflege ist eine komplexe Angelegenheit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Dezember 2012, S. 15.

³³⁶Vgl. Mathias Bartsch / Fidelius Schmidt / Antje Wiedmann, Der Pflegefall, DER SPIEGEL 47/2012, S. 56 f. unter Bezugnahme auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung (www.wegweiser-kommune.de).

³³⁷Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes, Berlin 2011, S. 237.

Planck-Institut für Biologie des Alterns gegründet. Der Ausbau des Max-Planck-Instituts für molekulare Biomedizin in Münster wird neue Möglichkeiten zur Heilung oder Linderung altersbedingter Krankheiten aufzeigen. Nicht nur die Behandlung, sondern auch die Prävention bei altersbedingten Krankheiten sollte weiter ausgebaut werden.

Dies gilt besonders, weil neue wissenschaftliche Erkenntnisse darauf hinweisen, dass die weit verbreitete Auffassung, dass längeres Leben automatisch zu mehr Alterskrankheiten wie Alzheimer und anderen Demenzerkrankungen führt.

Studien aus Schweden, den USA und den Niederlanden zeigen, dass Demenz vielleicht doch kein unabwendbares Schicksal einer alternden Gesellschaft ist. Wenn sich dies bestätigt, gibt es auch die Möglichkeit, durch präventive Maßnahmen die Zahl der Neuerkrankungen abzusenken.³³⁸

13. Fälle von Altersdiskriminierung müssen – deutlich mehr als das bislang der Fall ist – kenntlich gemacht, verhindert und bekämpft werden.³³⁹ Das betrifft sowohl Jung als auch Alt. Es kann nicht sein, dass Menschen u. a. deswegen keine Kreditkarte bekommen, weil

³³⁸Vgl. Harro Albrecht, Alter Schwede! Schützt gesunder Lebensstil die Gesellschaft vor Demenz?, Die Zeit, 25. April 2013, S. 31.

³³⁹Vgl. „Sowohl junge als auch ältere Menschen dürfen nicht wegen ihres Alters diskriminierend vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Innerhalb des Arbeitsverhältnisses darf eine Differenzierung nach dem Alter, ohne dass ein berechtigtes verhältnismäßiges Ziel angestrebt wird, nicht erfolgen. Im Falle der ungerechtfertigten Differenzierung droht Ungemach: Diskriminierende Beschäftigte können Vorteile der günstiger gestellten älteren oder jüngeren Arbeitnehmer verlangen“, siehe Ulrich Preis, Altersdiskriminierung im Arbeitsrecht, in: Ulrich Becker / Markus Roth (Hrsg.), Recht der Älteren, Berlin / Boston 2013, S. 288, der sowohl die europäische wie die deutsche Rechtslage darstellt.

sie als zu alt bewertet werden.³⁴⁰ Es kann nicht sein, dass ab einem bestimmten Alter der Abschluss einer zusätzlichen privaten Krankenversicherung nicht mehr möglich ist.³⁴¹ Und genauso wenig kann es sein, dass in Arbeits- und Tarifverträgen enthaltene Entgeltregelungen sich zuvörderst am Lebensalter orientieren und nicht an individuellen Fähigkeiten und tatsächlichen Leistungen.³⁴²

Altersgrenzen gibt es im deutschen Recht und in anderen Regelwerken gibt es „vor allem im Berufsrecht und im Recht des öffentlichen Dienstes, im Sozialrecht (hier vor allem im Rentenversicherungsrecht, aber auch darüber hinaus), im Recht des Ehrenamtes und im Recht der kommunalen Wahlbeamten und Wahlbeamtinnen, untergesetzlich gibt es Altersgrenzen eben in Satzungen von Vereinen und Verbänden, in Geschäftsbedingungen (etwa von Autoverleihfirmen oder von Finanzinstituten), in Tarifverträgen und in Arbeitsverträgen“.³⁴³

Nach einer neuen Befragung zählt Altersdiskriminierung in Deutschland zwar zu den häufigsten Diskriminierungsgründen, wird aber offenbar nur von wenigen der Betroffenen angezeigt. Dabei spielen zum einen die Sorge eine Rolle, durch eine etwaige Beschwerde weitere Nachteile zu erleiden. Zum anderen werde Altersdiskriminierung schlichtweg als normal empfunden. Von

³⁴⁰Vgl. Andreas Jalsovec, Zu arm und alt für die Kreditkarte, Süddeutsche Zeitung, 18. August 2011, S. 24.

³⁴¹Vgl. Eva Quadbeck, Der Wert des Alters, Rheinische Post, 24. Januar 2012.

³⁴²Vgl. Peter Hanau, Demografiegerechtes Arbeitsrecht aktuell, Zeitschrift für Wirtschaftsrecht, 1/2011, S. 4.

³⁴³S. Wurm / F. Berner / C. Tesch-Römer, Altersbilder im Wandel, Aus Politik und Zeitgeschichte 4-5/2013, S. 7f.

Diskriminierung betroffen seien ältere Menschen vor allem als Verbraucher, Patienten und Arbeitnehmer.³⁴⁴

Das Thema Altersdiskriminierung beschäftigt die deutschen und europäischen Gerichte immer mehr: So entschied etwa der Bundesgerichtshof im April 2012, dass auch Manager mit zeitlich befristeten Verträgen Schutz vor einer Diskriminierung aus Altersgründen haben und sprach dem Kläger im konkreten Fall Anspruch auf Schadenersatz zu. Hintergrund: Einer der Geschäftsführer der Kölner Klinik-Gesellschaft hatte im Jahr 2004 einen Fünfjahresvertrag erhalten. Als dieser 2009 auslief, lehnte der Aufsichtsrat eine Verlängerung des Vertrages des damals 62-Jährigen ab und stellte stattdessen einen 41-Jährigen ein. Zugleich wurde der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft in den Medien mit Begründung zitiert, man habe den 62-Jährigen nicht weiter beschäftigen wollen, da man in den Leitungsämtern eine Altersgrenze von 65 Jahren anstrebe. Der Bundesgerichtshof sah in diesem Hinweis ein Indiz für eine Diskriminierung aus Altersgründen und ging von einer rechtswidrigen Benachteiligung aus, solange die Klinik-Gesellschaft nicht das Gegenteil beweise.³⁴⁵

Der Europäische Gerichtshof wiederum hat sich in einem Urteil vom September 2011 mit den Tarifverträgen der Deutschen Lufthansa

³⁴⁴ So die Ergebnisse einer gemeinsamen Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen und des Kuratoriums Deutscher Altershilfe, die im März 2012 veröffentlicht wurde; vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO), Verbände und Nichtregierungsorganisationen stellen fest: Hohe Dunkelziffer bei Altersdiskriminierung, BAGSO-Pressemitteilung 7/2012, 5. März 2012.

³⁴⁵ Vgl. Wolfgang Janisch, Ex-Klinik-Chef erstreitet Schadenersatz, Süddeutsche Zeitung, 24. April 2012; sowie Heike Anger, Keine Diskriminierung von Managern, Handelsblatt, 24. April 2012.

auseinandergesetzt. Geklagt hatten drei Piloten, deren Tarifverträge zum 60. Geburtstag automatisch ein Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis vorsahen. Dem Gerichtshof zufolge ist diese Altersgrenze unzulässig, diskriminierend, unverhältnismäßig und für die Luftsicherheit nicht notwendig. Denn nach geltendem deutschen und auch internationalen Recht können Piloten ihren Beruf bis zum 65. Lebensjahr ausüben.³⁴⁶

Im selben Monat erklärte der Europäische Gerichtshof darüber hinaus in einem weiteren Urteil eine Regelung im Bundesangestelltentarifvertrag für unzulässig, nach der die Vergütung eines Angestellten bei dessen Einstellung nach dem Lebensalter bemessen wird. Nach Ansicht der Luxemburger Richter ist auch dies eine unzulässige Diskriminierung – in diesem Fall jüngerer Arbeitnehmer. Noch nicht abschließend geklärt ist nun, inwieweit das Urteil auch über den Öffentlichen Dienst hinaus Bedeutung hat.³⁴⁷

In einem ähnlichen Fall hatte auch das Landesarbeitsgericht Düsseldorf zu urteilen. Dabei ging es um tarifvertraglich verankerte Urlaubsansprüche: Eine 24-jährige KassiererIn hatte dagegen geklagt, dass sie selber Anspruch auf 34 Urlaubstage hat, Kollegen, die das 30. Lebensjahr bereits überschritten haben, dagegen 36

³⁴⁶Vgl. Annette Berger, Lufthansa muss ältere Piloten ins Cockpit lassen, Financial Times Deutschland, 13. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:altersgrenze-60-jahre-lufthansa-muss-aeltere-piloten-ins-cockpit-lassen/60103452.html> (abgerufen am 26. September 2011).

³⁴⁷Vgl. Tobias Grambow, Alter Tarifvertrag diskriminiert junge Mitarbeiter, Legal Tribune Online, 19. September 2011, im Internet abrufbar unter: <http://www.lto.de/index.php/de/html/nachrichten/4327/eugh-urteil-zum-oeffentlichen-dienst-alter-tarifvertrag-diskriminiert-junge-mitarbeiter/> (abgerufen am 26. September 2011).

Tage. Die Düsseldorfer Richter gaben ihr Recht und der Tarifvertrag wurde derart angepasst, dass ab dem Jahr 2012 allen tarifvertraglich Beschäftigten im nordrhein-westfälischen Einzelhandel sechs Wochen Urlaub zustehen.³⁴⁸

Alleine diese wenigen Beispiele zeigen, dass wir nach wie vor eine Reihe von Regelungen und Vorschriften bestehen, die Menschen allein aufgrund ihres Alters benachteiligen. Dies darf nicht so bleiben. Daher gehören die immer noch weit verbreiteten „Stichtage“ in unseren Gesetzen und Vorschriften weitgehend abgeschafft. Frank Schirmacher hat Recht, wenn er schreibt: „Die Unterstellung, dass ein Mensch mit 60, 65, 70 oder 75 Jahren nicht mehr in der Lage sein soll, intellektuelle oder körperliche Leistungen im Berufsalltag zu erbringen, gehört zu den schleichenden Rassismen der Gesellschaft“.³⁴⁹

14. Ältere verfügen über einen riesigen Erfahrungsschatz. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser noch stärker als bisher den anderen Generationen zur Verfügung steht – beispielsweise durch einen „Generationenatlas“, in dem zukunftsweisende Projekte und Erfahrungen gebündelt und somit anderen als Vorbilder zur Verfügung gestellt werden können. Im Bereich des öffentlichen Dienstes ist ein Mentorenprogramm denkbar, in dem ältere Experten jungen Führungskräften ihr Wissen vermitteln können.
15. Es müssen neue Arbeitsangebote für „die zweite Karriere“ entwickelt werden. Menschen wollen im Alter etwas anderes tun als in ihrem

³⁴⁸Vgl. Manfred Engeser / Ruth Lemmer, Alter ist kein Verdienst, WirtschaftsWoche Nr. 38, 19. September 2011, S. 96.

³⁴⁹Frank Schirmacher, Das Methusalem-Komplott, München 2004, S. 91.

ersten Berufsleben. Und sie müssen angesprochen. Viele halten sich aus „Statusgründen“ sonst zurück und warten darauf, angesprochen zu werden.³⁵⁰

16. Für die Hochschulen sollten Seniorprofessuren eingerichtet werden. Wie bei dem in Niedersachsen eingeführten Modell erhalten sie eine Vertragsverlängerung mit Aufstockung der Pension, Mittel für eine Mitarbeiterstelle und zur Verfügung gestellte Räume. So kann es gelingen, die Abwanderung ins Ausland nach der Emeritierung zurückzuführen.³⁵¹ Ähnliche Angebote sollten auch für ausländische Wissenschaftler in Deutschland an Hochschulen und Forschungseinrichtungen geschaffen werden.
17. Zugleich muss es uns gelingen, die Familiendiskriminierung zu beenden. Denn auch Familien mit Kindern werden in unserer Gesellschaft vielfach diskriminiert. Werbung für kinderfreie Hotels ist ebenso diskriminierend wie der Versuch, behindertenfreien Urlaub anzubieten. Wenn Senioren nur noch „ungestört“ sein wollen, werden sie einsam und krank. Die Gesellschaft muss Senioren etwas abverlangen. Sie müssen nach Kräften weiter Verantwortung für das Allgemeinwohl übernehmen.
18. Wir müssen ein kinderfreundliches Bildungssystem schaffen. Deutschland braucht ein Kindergartensystem, das noch mehr Bildungsaufgaben wahrnimmt. Für Kinder unter drei Jahren muss ein größeres Betreuungsangebot aufgebaut werden. Zudem müssen wir in allen Schulformen ein erreichbares Ganztagsangebot

³⁵⁰Vgl. Henning von Vieregge, Encore Career: Von der Ausnahme zur Normalität, Aus Politik und Zeitgeschehen 4-5/2013, S. 16.

³⁵¹Vgl. Julia Nolte, Forschung 65+, Die Zeit, 23. Juli 2009, S. 63.

errichten sowie die individuelle Förderung und die Durchlässigkeit der verschiedenen Schulformen verbessern. Die Möglichkeit, mit allen Schulabschlüssen sozial aufzusteigen, muss auch in Zukunft gewährleistet werden.

19. Die Erziehungstätigkeit der Mutter muss mit der beruflichen Tätigkeit der Frau gleichgestellt werden. Die steuerliche Gleichstellung einer Familie mit mehreren Kindern mit einem „Familienunternehmen“ – das heißt Ehegatten- und seine Weiterentwicklung zum Familiensplitting³⁵² – soll die ungerechte Lastenverteilung korrigieren. Die alleinige Gewährung von Steuerbegünstigungen für überindividuelle Erziehung verstößt gegen die Grundsätze der staatlichen Neutralität und der Wahlfreiheit der Eltern.
20. Immer mehr ältere Menschen mit einer Zuwanderungsgeschichte leben in Deutschland. Auch für sie und ihre speziellen Wünsche und Bedürfnisse muss ein Leitbild entwickelt werden. Viele von ihnen werden sich nicht mehr darauf verlassen können, im Alter in der Großfamilie leben zu können. Hierzu sind weitere entsprechende Erhebungen und Studien notwendig.³⁵³
21. Die Zahl alter Menschen mit Behinderungen steigt. Auch hier sind neue Antworten für besondere Bedürfnisse erforderlich. Für die Eltern von behinderten Kindern ist es wichtig zu wissen, dass diese gut versorgt sind, wenn sie selbst die Pflege nicht mehr sicherstellen können.

³⁵²Vgl. Christian Geyer, Das dritte Kind, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Juni 2006, S. 41. Vgl. auch: Konrad Adam, Besser für Eltern und Kind, Die Welt, 29. Juni 2006.

³⁵³Siehe auch: Monika Alisch, Michael May, Selbstorganisation und Selbsthilfe älterer Migranten, Aus Politik und Zeitgeschehen 4-5/2013, S. 40 ff.

22. Hunderttausende von alten Menschen in Deutschland werden jedes Jahr ganz oder teilweise entmündigt. Die entsprechenden rechtlichen Grundlagen dazu müssen überprüft und geändert werden. Denn: Jeder Mensch soll solange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben führen können. Es darf nicht sein, dass ein Mensch entmündigt werden muss, nur weil er davor bewahrt werden soll, aus dem Bett zu fallen.

Trotz einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2010 (Novellierung des Betreuungsgesetzes von 2013), wonach die Entscheidungen von Betreuungsgerichten nur nach vorheriger Anhörung der Betroffenen erfolgen können, gibt es immer mehr Betreuungsverfahren. Jedes Jahr werden rund 240.000 Menschen „entmündigt“. Die Zahl der Betreuungsverfahren stieg von 2000 bis 2010 um 42 Prozent auf rund 1,3 Mio. Im Zuständigkeitsbezirk des Amtsgerichts München sind 16 Richter für 13.300 Menschen zuständig.³⁵⁴

XV

Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft machen eine Gesellschaft stark

Deutschland wird sich durch den demografischen Wandel ändern. Und es wird lange dauern, bis eine neue gesellschaftliche Balance entstanden ist. Natürlich wird es auch Konflikte geben. Die Generation

³⁵⁴Vgl. Guido Kleinhubbert / Michael Loeckx / Udo Ludwig, „Als Depperte abgestempelt“, DER SPIEGEL 23/2012, S. 54 ff. und Heribert Prantl, Es entstehen keine Kosten, Süddeutsche Zeitung, 15. Juni 2013, S. 6.

der Erwachsenen wird lernen, mit den „Neuen Alten“ zu leben.³⁵⁵ Früher hatten sie das Sagen, wenn sie den „Hof“ übernommen hatten. Sie bestimmten, wo es lang geht und die Alten passten sich an. Die „Neuen Alten“ haben eigene Vorstellungen von ihrem vierten Lebensabschnitt – und der ist aktiv³⁵⁶ Denn sie haben noch eine lange Zukunft vor sich. Und sie erwarten noch etwas vom Leben. Sie wollen noch etwas aus ihrem Leben machen. Ihnen geht es nicht um „mehr“ Geld. Sie wissen, was sie in einem langen Leben erarbeitet haben. Ihnen geht es um mehr Lebensqualität und nicht nur um mehr Rente und einen höheren Lebensstandard. Und weil sie „viele“ sind, werden sie auch zu Trendsettern. Noch lassen sie es sich gefallen, dass sie in der Öffentlichkeit, in den Medien als diejenigen dargestellt werden, die es eigentlich nicht gibt, die zwischen Jung und Alt leben.

Noch begehren sie nicht auf, wenn man ihnen empfiehlt, immer jung zu bleiben. Noch hat sich kein eigenes Bild, kein eigener Begriff der „aktiven Alten“ herauskristallisiert, für die, die nicht mehr der Fitness hinterher rennen und deren Lebenswirklichkeit mit Mallorca-Urlaub gleichgesetzt wird. Sie sind zwar nicht mehr so fit wie früher, aber vital. Sie wollen, dass ihr Leben einen Sinn hat. Sie sind bereit, zu arbeiten, wenn sie gebraucht werden. Sie sind bereit, zu helfen, wenn in der Familie Not am Mann bzw. an der Frau ist. Sie sind wissbegierig und lernfähig. Sie interessieren sich für Neues und können etwas beitragen, weil sie in ihrem Leben schon viel gelernt haben. Sie wollen ihre Erfahrung zur Verfügung stellen. Sie wollen Beständigkeit und verkörpern damit das, was unserer Gesellschaft heute am meisten fehlt.

³⁵⁵Vgl. Horst W. Opaschowski / Ulrich Reinhardt, *Altersträume. Illusion und Wirklichkeit*, Darmstadt 2007, S. 111.

³⁵⁶Vgl. Michael Eder / Alex Westhoff, *Die Alten machen mobil*, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeit, 29. März 2015, S. 16.

Eine große Frage der kommenden Jahre wird sein, wer die „aktiven Alten“ abholt. Unsere Gesellschaft wird ohne sie nicht auskommen. Aber entdecken die Kirchen, welcher Schatz in ihrem Leben liegt und wie viel Menschlichkeit von ihnen ausgehen kann? Versteht die Wirtschaft endlich, dass es nicht nur um Kreuzfahrten, Wellness, Seniorenresidenzen, Treppenlifter und Rollatoren geht? Haben die „aktiven Alten“ nicht ein Recht, im Kulturbetrieb das sehen und hören, ja sogar selber machen zu können, was ihnen zusagt? Viele von ihnen sind in einer Zeit aufgewachsen, in der man für mehr Bildung und sozialen Aufstieg noch kämpfen musste. Nicht jeder kommt aus dem Bildungsbürgertum, das so mancher immer noch meint bekämpfen zu müssen. Vielleicht gibt es ja noch etwas Neues, das die „aktiven Alten“ nicht gleich aus dem Theater jagt und Junge auch interessiert.

Wo können die „aktiven Alten“ ihren Bildungsdurst stillen? Gibt es eigentlich schon eine Pädagogik für die „aktiven Alten“ oder braucht man die nicht, weil man ja auch die Jüngeren alles (hin)nehmen müssen, wie es präsentiert wird? Übrigens auch die Politik könnte wieder interessanter werden, wenn die „aktiven Alten“ nicht erst nach 40 Jahren Parteimitgliedschaft das Recht auf politische Mitgestaltung bekommen.

Und wie werden die Parteien auf die Veränderungen in ihrer Wählerschaft reagieren? Eigentlich müssten sie wissen, wie es weitergeht. Die Mitgliederzahlen der Parteien sinken. Der „Vergreisungsprozess“³⁵⁷ geht weiter. Die ersten Seniorenvereinigungen

³⁵⁷ Franz Walter, Die SPD. Biographie einer Partei, Reinbek bei Hamburg 2009, S. 282.

in den Parteien sind gegründet.³⁵⁸ Schon heute kann keine Partei ohne „Senioren“ Wahlkampf führen. Wer Marktstände der Parteien besucht, trifft dort vor allem ältere Mitglieder. Da aber die Jungen fehlen, ist diese Entwicklung nicht von Dauer. Gelegentlich entstehen Konflikte, wenn junge Politiker in angeblicher Wahrnehmung der Interessen der jungen Generation einen Verteilungskampf vom Zaun brechen. Solche innerparteilichen Streitigkeiten werden zumeist schnell beendet. Aber verloren haben meist die Jungen. Und wer von den Senioren-Politikern in angeblicher Interessenwahrnehmung seiner Generation überzogene Forderungen erhebt und spaltet, der steht schnell allein da. Er hat übersehen, dass die Senioren keine homogene Interessengruppe sind. Wenn Parteiführungen daraus den Schluss ziehen, man müsse sich nicht um Interessen der älteren Generation kümmern, dem sei die Lektüre der Leserbrief-Seite der Zeitungen empfohlen. Keine Generation ist so davon überzeugt, dass sie es verdient hat, dass es ihr gut geht.

Es wird Zeit, neue Möglichkeiten für eine neue Generation zu schaffen. Das sind Menschen, die es immer schon gegeben hat, aber die nicht so sind, wie sie früher waren. Wo sind die neuen Türen zum Einsteigen? Wir sollten die „aktiven Alten“ nicht draußen vor der Tür lassen. Wir brauchen sie!

Individualismus und Materialismus haben nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa dazu geführt, dass unsere westliche Gesellschaft kälter geworden ist. Viele Menschen fühlen sich einsam und alleine. Statt gemeinsam das Leben lebenswert zu machen, denken zu viele nur an sich.

³⁵⁸ CDU: Senioren-Union seit 1988, SPD: Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus seit 1994, Bündnis 90 / Die Grünen: Die Grünen Alten seit 2004, FDP: Liberale Senioren seit 2001, Die Linke: Seniorenarbeitsgemeinschaft seit 1991.

Eine Gesellschaft ist aber nur menschlich, wenn unsere Kinder und Jugendlichen die Chance zum sozialen Aufstieg haben. Sie ist menschlich, wenn Erwachsene und Senioren Arbeit haben, wenn sie sinnvollen Tätigkeiten nachgehen können und gemeinsam mit Familie und Freunden ein erfülltes und glückliches Leben führen. Und sie ist menschlich, wenn Hochbetagte wissen, dass sie die Hilfe, die sie benötigen, auch bekommen.

Unser Land kann vorhandene Spaltungen überwinden, wenn es nur will. Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft machen eine Gesellschaft stark. Wer für andere da ist und ihnen etwas schenkt, bekommt es tausendfach zurück. Eine lebenswerte Gesellschaft wird den demografischen Wandel nutzen, um die alten Tugenden der Gemeinsamkeit und des Miteinanders neu zu beleben.